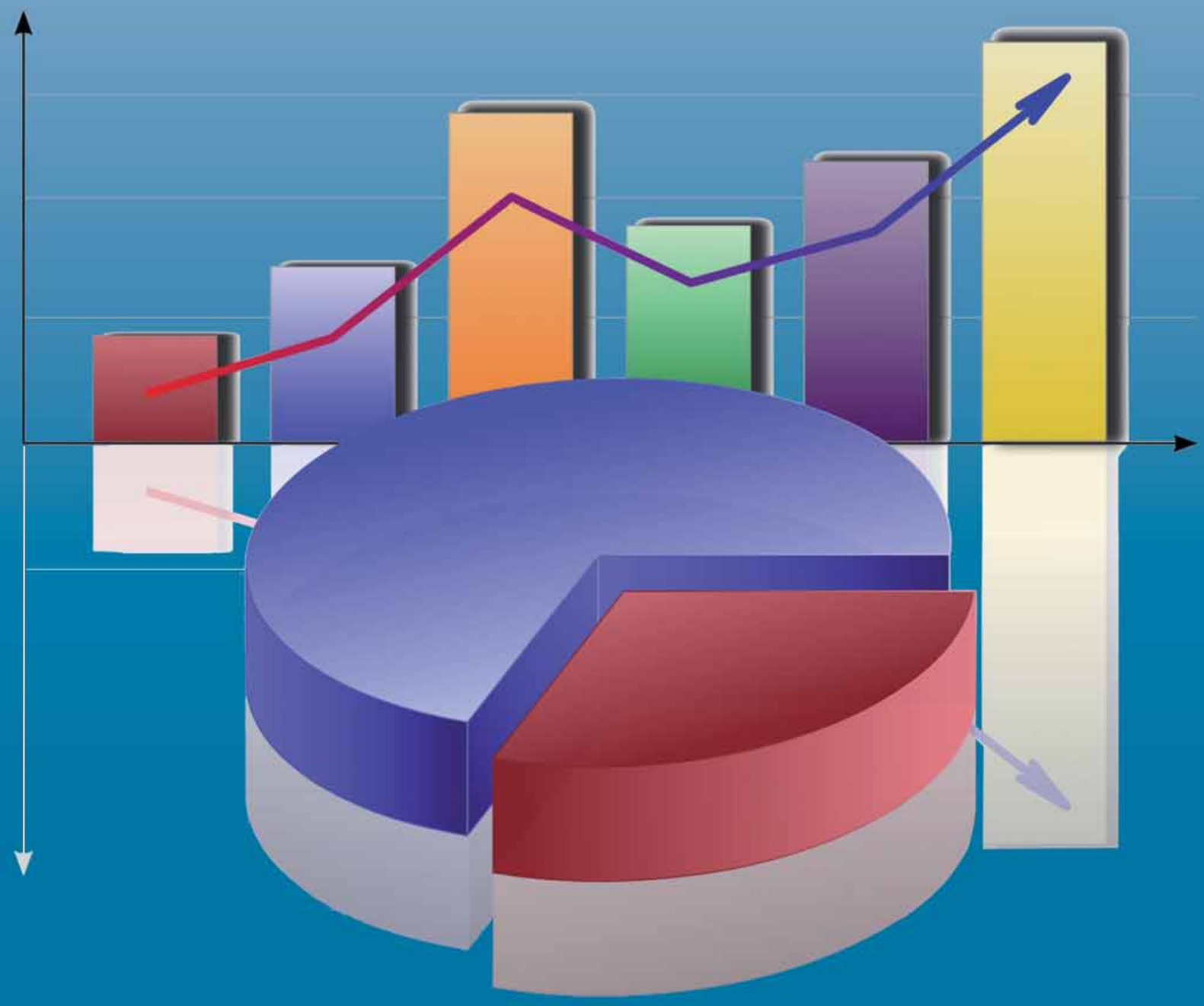
JAHRESBERICHT

JAHRESBERICHT

RheinlandPfalz
FINANZVERWALTUNG

Oberfinanzdirektion Koblenz

2013



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden im gesamten Text lediglich männliche Bezeichnungen verwendet, die die jeweilige weibliche Form mit einschließen.

Das Jahr 2013 stand für den Bereich der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung weiterhin unter dem Zeichen „Zukunftsinitiative Steuerverwaltung". Erste Maßnahmen zum Teilprojekt der Strukturreform der Finanzämter, so die Zentralisierung der Finanzkassen zu einer Landesfinanzkasse mit Hauptsitz in Daun und Nebenstandort in Idar-Oberstein sowie die Integration der Außenstelle Zweibrücken in das Finanzamt Pirmasens wurden umgesetzt.

Weitere Fusionen, wie die der Standorte Ludwigshafen und Frankenthal, Bernkastel-Wittlich und Daun sowie Gebäudeabmietungen wurden noch Ende 2013 in die konkrete Planungsphase übergeleitet und sollen 2014 in die Umsetzung gehen.

Auch die länderübergreifende Kooperation mit dem Saarland im Bereich der Erbschaft- und Schenkungssteuer sowie der Rechenzentren hat konkrete Formen angenommen. Innerhalb der rheinland-pfälzischen Zuständigkeit wurde die bisher an zwei Finanzämtern angesiedelte Erbschaft- und Schenkungssteuer in 2013 am Standort Kusel zentralisiert. Ein Staatsvertrag, der die weitergehende Kooperation mit dem Saarland auch hinsichtlich der Grunderwerbsteuer regeln soll, ist in Planung.

Parallel dazu galt es, die Arbeitsfähigkeit der Finanzämter trotz technischer Probleme mit neuen bundeseinheitlichen Verfahren zu erhalten. Eine Aufgabe, die auch in Zukunft nur mit Hilfe der Zentralen Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin) – und damit mit IT-Fachverstand - zu bewältigen ist.

Hauptaugenmerk der Landesoberkasse lag in 2013 auf der Einführung des Einheitlichen Kassenverfahrens (EKV).

Schwerpunkt der Abteilung Bundesbau waren in 2013 das Großprojekt der amerikanischen Streitkräfte zum Bau eines neuen Krankenhauskomplexes in Weilerbach/AirBase Ramstein sowie die Auswirkungen der Stationierungsentscheidung des Bundesverteidigungsministeriums im Bereich der Bundeswehr.

Im Einzelnen ging es um die Verlegungskonzepte und Machbarkeitsstudien mit detaillierten Aussagen zur Umnutzung der Bausubstanz und entsprechenden Kostenansätzen, die es innerhalb kürzester Zeit zu erstellen galt.

Die Aufgaben der Abteilung Zentrale Besoldung- und Versorgung (ZBV) waren auch nach der Einführung von „IPEMA" (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) und „RHESCABA" (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung) noch stark durch diese beiden Projekte geprägt. Zudem stand das am 01.07.2013 in Kraft getretene Landesbeamtenversorgungsgesetz Rheinland Pfalz im Fokus. Dieses erforderte eine Neukonzeption des bisher genutzten Auskunftsprogramms. Eine Aufgabe, die erfolgreich mit Einführung des neuen Versorgungsauskunftsprogramms bewältigt wurde.

Dem von vielen Beamten geäußerten Wunsch nach einer Berechnung ihrer Versorgungsansprüche für die Zeiten nach dem aktiven Dienst konnte somit entsprochen werden.

Der Ausblick auf das Jahr 2014 zeigt weitere Veränderungen auf, von denen für die OFD die massivste ihre Auflösung und die Verselbstständigung der bisherigen drei Abteilungen Besitz- und Verkehrsteuer, ZBV und Bundesbau in eigenständige Landesämter darstellt.

Oberfinanzpräsident Werner Nägler

Die Oberfinanzdirektion Koblenz - Dienstleister der Finanzverwaltung

Die Oberfinanzdirektion Koblenz (OFD) wurde 1950 gegründet und ist eine Mittelbehörde der Landesfinanzverwaltung Rheinland-Pfalz. Sie gliedert sich in drei Abteilungen, die Besitz- und Verkehrsteuerabteilung, die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie die Abteilung Bundesbau.

Darüber hinaus gehören zur OFD die Landesoberkasse (LOK), zwei Stabsstellen, das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Justiziariat und die Geschäftsstelle.

Geleitet wird die OFD durch den Oberfinanzpräsidenten.

Übergeordnete Behörde ist das Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz.

Nachgeordnete Ämter sind die 27 rheinland-pfälzischen Finanzämter, inklusive der Landesfinanzkasse.

Zum Geschäftsbereich zählen rund 8.000 Beschäftigte, die sich um eine bürgernahe und gerechte Aufgabenerledigung kümmern.

Die **Besitz- und Verkehrsteuerabteilung** leitet die Durchführung der Aufgaben der Steuerverwaltung, für deren Erledigung die rund 6.700 Bediensteten der 27 Finanzämter des Landes an insgesamt 37 Standorten zuständig sind. Zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehört auch die Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin) sowie die Fachhochschule für Finanzen/Landesfinanzschule in Edenkoben.

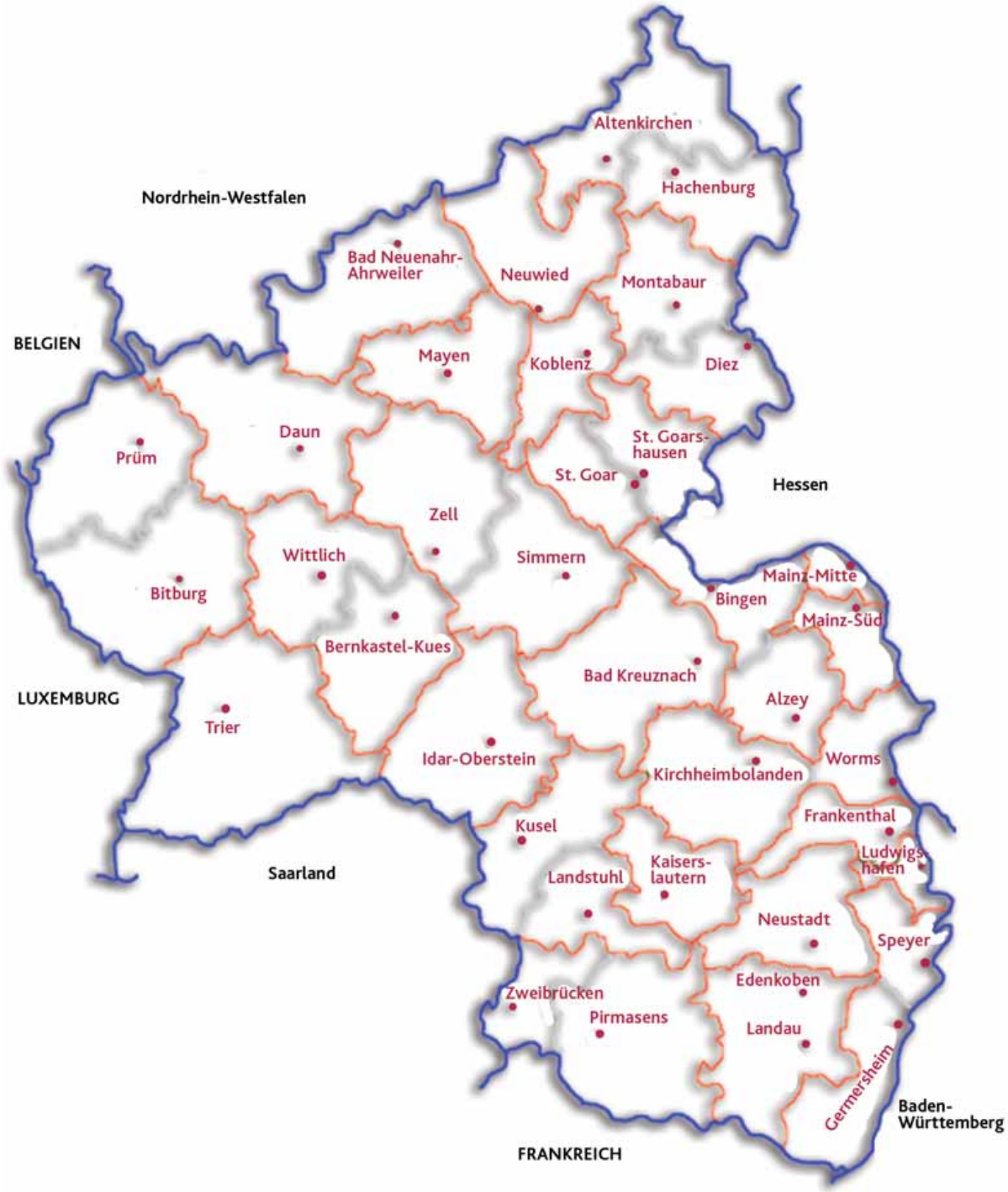
Die **Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)** betreut rund 167.500 Bedienstete des Landes. Die Hauptaufgabe der ZBV ist es, Bezüge und Entgelte, Zuschüsse zu Krankheitskosten (Beihilfe), Kindergeld und die Reisekosten zahlbar zu machen. Sie zählt damit zu den größten "Lohnbüros" des Landes Rheinland-Pfalz.

Die **Abteilung Bundesbau (ABB) Mainz** übernimmt in Rheinland-Pfalz die Bauherrenaufgaben des Bundes, wenn es um Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Gaststreitkräfte, der NATO und zivile Bundesbaumaßnahmen geht. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten Organleihe. Die Personal- und Sachkosten, die dem Land für die Aufgabenerfüllung des Bundes entstehen, werden dem Land dabei vom Bund erstattet.

Die **Landesoberkasse (LOK) von Rheinland-Pfalz** erledigt ressortübergreifend für 220 Dienststellen der Landesverwaltung den Zahlungsverkehr, die Buchführung, die Beitreibung öffentlich-rechtlicher sowie privat-rechtlicher zugelassener Forderungen des Landes und Geldbußen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz. Die LOK hat ihren Hauptstandort in Koblenz und zusätzlich Außenstellen in Neustadt und Trier.

Im Abrechnungsverkehr sind der LOK die Landesfinanzkasse Daun mit den Außenstellen Idar-Oberstein, Montabaur und Pirmasens zugeordnet sowie weitere ca. 300 Zahlstellen angeschlossen. Am Vollzug des Landeshaushalts von Rheinland-Pfalz ist die LOK mit 59,27% der HH-Einnahmen und 55,42% der HH-Ausgaben beteiligt.

LANDESWEITE ZUSTÄNDIGKEIT DER 27 RHEINLAND-PFÄLZISCHEN FINANZÄMTER, INKL. LANDESFINANZKASSE DAUN (LANDESWEIT ZUSTÄNDIG)



8 **Organigramm der Oberfinanzdirektion Koblenz**

PERSONALSTAND UND -ENTWICKLUNG

9 **Besitz- und Verkehrsteuerabteilung**

10 **Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle**

11 **Abteilung Bundesbau**

STABSSTELLEN

12 **Landesoberkasse**

16 **Innenrevision und Controlling**

17 **Geschäftsstelle**

19 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/ Veranstaltungsbüro**

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

23 **Personalangelegenheiten**

28 **Beruf und Familie**

31 **Organisationsangelegenheiten**

34 **Fachbereiche**

34 Fallzahlentwicklung bei den Ertragsteuern

36 Fortbildung im Ertragsteuerrecht

37 Vollstreckung

40 Fallzahlenentwicklung im Rechtsbehelfs-verfahren

43 Verkehrsteuern und Einzelsteuern

46 Einheits- und Bedarfsbewertung

49 Tätigkeitsbericht der Sachverständigen

51 Steuerspirale

52 Betriebsprüfung

58 Lohnsteueraußenprüfung

59 Bußgelder und Strafsachen/Steuerfahndung

61 Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung

64 Umsatzsteuer

67 **Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin)**

67 **Projekt- und Auftragsmanagement**

69 **Service-Desk**

70 **Fachbereiche**

70 Länderübergreifende Kooperation mit dem Saarland

70 Kooperationsprojekt ZDV Saar/LDI/ZDFin

71 Zentralisierung der Erbschaft- und Schen-kungsteuerstellen beim Finanzamt Kusel-Landstuhl

71 Übergabe der Verwaltung der Kraftfahrzeug steuer an den Bund

72 Einrichtung einer Landesfinanzkasse (Stufe 1)

72 SEPA - Single Euro Payments Area

73 Migration auf Windows 7

73 Projekt „Neukonzipierung des Exchange-Systems unter Einführung von Exchange Ser-ver 2010 und Zentralisierung des UMS-Systems“

FINANZAMTSSTECKBRIEF

74 Fachhochschule für Finanzen/Landesfinanzschule
75 Landesfinanzkasse Daun
76 Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg
77 Finanzamt Bad Kreuznach
78 Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler
79 Finanzamt Bernkastel-Wittlich
80 Finanzamt Bingen-Alzey
81 Finanzamt Bitburg-Prüm
82 Finanzamt Daun
83 Finanzamt Frankenthal
84 Finanzamt Idar-Oberstein
85 Finanzamt Kaiserslautern
86 Finanzamt Koblenz
88 Finanzamt Kusel-Landstuhl
89 Finanzamt Landau
90 Finanzamt Ludwigshafen
91 Finanzamt Mainz-Mitte
92 Finanzamt Mainz-Süd
93 Finanzamt Mayen
94 Finanzamt Montabaur-Diez
95 Finanzamt Neustadt
96 Finanzamt Neuwied
97 Finanzamt Pirmasens
98 Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar
99 Finanzamt Simmern-Zell
100 Finanzamt Speyer-Germersheim
101 Finanzamt Trier
102 Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

103 **Allgemeines**
103 **Personalstand**
104 **Fachbereiche**
104 Zentraldezernat
108 Dezernat Beamtenbesoldung- und -versorgung
109 Dezernat Familienkasse
109 Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer
110 Dezernat Reisekosten und Pfändungen/Schadenersatz
111 Dezernat Beihilfe
112 Dezernat Bescheinigende Stelle
113 Dezernat ISC

ABTEILUNG BUNDESBAU

115 **Baumaßnahmen für den Bund**
116 **Baumaßnahmen für die amerikanischen Gast-streitkräfte**
117 **Haushaltsangelegenheiten**

ORGANIGRAMM DER OBERFINANZDIREKTION KOBLENZ (STAND: JANUAR 2014)

Oberfinanzpräsident
Werner Nägler ☎ 36 720

Stabsstelle Projektmanagement IT Datenschutzbeauftragter
Herbert Meyers ☎ 36 222

Stabsstelle Innenrevision/Controlling
Jürgen Hilger ☎ 36 366

Landesoberkasse
Wilfried Stolte ☎ 39 001

Persönliche Referentin Justiziariat
Isabell Freischlader ☎ 36 723

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/ Veranstaltungsbüro
Wiebke Girolstein ☎ 36 726

Geschäftsstelle
Peter Olbrich ☎ 36 330

Besitz- und Verkehrsteuerabteilung
Werner Nägler ☎ 36 720

27 Finanzämter (inklusive Landesfinanzkasse)

Fachhochschule für Finanzen Landesfinanzschule Rheinland-Pfalz
Norbert Krischer ☎ 38 001

Z
Zentrale Aufgaben, Organisation, Personal, Haushalt, Kassenangelegenheiten, Landesvermögen und FHFin/LFS

Ulrich Kalkkuhl
☎ 36 820

St 3
Gemeinsame Angelegenheiten der Besitz- und Verkehrsteuern, Ertragsteuern

Michael Spira
☎ 36 700

Prozessvertretung

Elke Classen-Baltes
☎ 36 135
Irina Häusler
☎ 36 132
Sabine Rink
☎ 36 134
Manfred Rommersbach
☎ 36 657

St 4
Außendienste

Roswitha Götz
☎ 36 640

ZDFin
Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung

Reinhold Koch
☎ 36 200

Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)
Finanzpräsident Oliver Brehm ☎ 37 303

IPEMA Service-Center
Frank Matheja
☎ 37 637

Koordination IPEMA
Gabriele Müller-Dewald
☎ 37 560

Finanzierungsfonds
Beamtenversorgung

Nadja Diewald
☎ 37 323

Beihilfeprüfung

Gesundheitsmanagement
Johannes Eul
☎ 37 423

Dezernat ZBV 11
Vertreter des Leiters ZBV, Allg. und Grundsatzangelegenheiten

Andreas Frank
☎ 37 299

Dezernat ZBV 12
Bezüge der Beamten- u. Versorgungsempfänger

Hans-Ulrich Moog
☎ 37 154

Dezernat ZBV 13
Landesfamilienkasse Justiziariat II

Dirk Planz
☎ 37 346

Dezernat ZBV 14
Entgelt der Arbeitnehmer

N.N.

Dezernat ZBV 15
Reisekosten, Pfändung, Schadensersatz

Leo Permesang
☎ 37 173

Dezernat ZBV 18
Beihilfe

Jürgen Theisen (m.d.W.d.G.b.)
☎ 37 132

Dezernat ZBV 20
Bescheinigende Stelle

Dirk Planz
☎ 37 346

Dezernat ZBV 21
Justiziariat I

Martina Rahner
☎ 37 296

Abteilung Bundesbau (ABB)
Christoph Strohschneider
☎ 06131/14088 - 42

AB 1
Zentrale Dienste, Haushalts-, Organisations- und Personalangelegenheiten

Dr. Henning Bode
☎ 06131/14088-37

AB 2
Bauherrenausgaben des Bundes

Christoph Strohschneider
☎ 06131/14088-42

PERSONALSTAND- UND ENTWICKLUNG

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

Gesamt					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**7.634**	**7.664**	**7.578**	**7.511**	**7.406**
männlich	3.867	3.833	3.753	3.661	3.532
davon aktiv	3.848	3.817	3.742	3.653	3.516
nicht im Dienst	19	16	11	8	16
weiblich	3.767	3.831	3.825	3.850	3.874
davon aktiv	3.562	3.653	3.675	3.706	3.722
nicht im Dienst	205	178	150	144	152

Beamte					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**6.330**	**6.376**	**6.379**	**6.370**	**6.309**
männlich	3.598	3.566	3.499	3.418	3.295
davon aktiv	3.580	3.551	3.488	3.410	3.280
nicht im Dienst	18	15	11	8	15
weiblich	2.732	2.810	2.880	2.952	3.014
davon aktiv	2.569	2.665	2.763	2.838	2.890
nicht im Dienst	163	145	117	114	122

Arbeitnehmer					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**1.304**	**1.288**	**1.199**	**1.141**	**1.097**
männlich	269	267	254	243	237
davon aktiv	268	266	254	243	236
nicht im Dienst	1	1	0	0	1
weiblich	1.035	1.021	945	898	860
davon aktiv	993	988	912	868	832
nicht im Dienst	42	33	33	30	30

* Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen (alle Beamte und Arbeitnehmer, einschließlich beurlaubte, fremdfinanzierte und kurzfristig beschäftigte Personen)

Stand: 31. Dezember 2013/1. Januar 2014

* Quelle: IPEMA

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

Gesamt					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**546**	**570**	**589**	**637**	**642**
männlich	230	237	239	264	259
davon aktiv	214	219	219	238	231
nicht im Dienst	16	18	20	26	28
weiblich	316	333	350	373	383
davon aktiv	278	295	298	331	335
nicht im Dienst	38	38	52	42	48

Beamte					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**285**	**296**	**311**	**318**	**322**
männlich	156	162	167	168	164
davon aktiv	149	155	155	157	156
nicht im Dienst	7	7	12	11	8
weiblich	129	134	144	150	158
davon aktiv	115	121	122	132	140
nicht im Dienst	14	13	22	18	18

Arbeitnehmer					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**261**	**274**	**278**	**319**	**320**
männlich	74	75	72	96	95
davon aktiv	65	64	64	81	75
nicht im Dienst	9	11	8	15	20
weiblich	187	199	206	223	225
davon aktiv	163	174	176	199	195
nicht im Dienst	24	25	30	24	30

* Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen (alle Beamte und Arbeitnehmer, einschließlich beurlaubte, fremdfinanzierte und kurzfristig beschäftigte Personen)

Stand: 31. Dezember 2013/1. Januar 2014

* Quelle: IPEMA

ABTEILUNG BUNDESBAU

Gesamt					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**30**	**33**	**35**	**35**	**36**
männlich	19	21	21	20	21
davon aktiv	18	20	19	18	19
nicht im Dienst	1	1	2	2	2
weiblich	11	12	14	15	15
davon aktiv	11	12	14	15	15
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

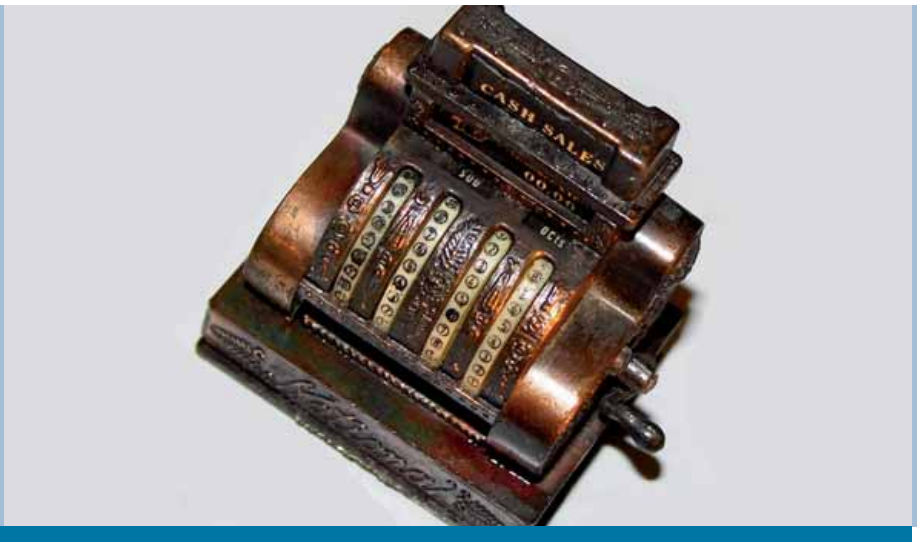
Beamte					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**6**	**6**	**6**	**7**	**7**
männlich	6	6	5	6	6
davon aktiv	5	5	4	6	6
nicht im Dienst	1	1	1	0	0
weiblich	0	0	1	1	1
davon aktiv	0	0	1	1	1
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

Arbeitnehmer					
	2009	2010	2011	2012	2013
gesamt	**24**	**27**	**29**	**28**	**29**
männlich	13	15	16	14	15
davon aktiv	13	15	15	12	13
nicht im Dienst	0	0	1	2	2
weiblich	11	12	13	14	14
davon aktiv	11	12	13	14	14
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

* Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen (alle Beamte und Arbeitnehmer, einschließlich beurlaubte, fremdfinanzierte und kurzfristig beschäftigte Personen)

Stand: 31. Dezember 2013/1. Januar 2014

* Quelle: IPEMA



LANDESOBERKASSE

Die Landesoberkasse (LOK) ist als eine von vier Landeskassen in Rheinland-Pfalz für den Vollzug des Landeshaushalts zuständig. Sie führte an den Standorten Koblenz, Neustadt und Trier im Jahr 2013 für 220 Dienststellen die Kassengeschäfte. Die erforderlichen ca. 1,084 Mio. Buchungen wurden in zwölf Buchhaltungen der LOK durchgeführt.

Insgesamt leistete die LOK im Haushaltsjahr 2013 innerhalb des Landeshaushalts Ausgaben in Höhe von 12,48 Mrd. € und vereinnahmte 13,35 Mrd. €. Hinzu kamen im Jahr 2013 als Sonderrechnung Ausgaben in Höhe von 0,98 Mrd. € und Einnahmen in Höhe von 1,50 Mrd €.

Die LOK ist eingebunden in das Erhebungsverfahren der Landesfinanzkasse. Mit den sonstigen Steuergläubigern wurde im Jahr 2013 wie folgt abgerechnet:
Bund: 8,61 Mrd. €, Kommunen: 1,74 Mrd. €, Kirchen: 0,53 Mrd. €.

Die Einführung des Einheitlichen Kassenverfahrens Rheinland-Pfalz (EKV-RLP) ist im Jahr 2013 flächendeckend bei allen Landeskassen erfolgt. Nachdem zunächst die Landeshauptkasse, die Landeshochschulkasse und die Landesjustizkasse im ersten Quartal des Jahres 2013 nach EKV-RLP umgestiegen sind, erfolgte die Produktivsetzung bei den beiden LOK-Außenstellen Neustadt und Trier zum 2. Mai 2013. Bei der LOK Koblenz fand für den HKR-Bereich der Umstieg nach EKV-RLP Mitte Juni statt; die Funktionalitäten der ehemaligen Oberfinanzkasse (OFK) sind als letzter Teilschritt am 11. November in Produktion gegangen. Probleme bei der Migration der Altdaten sowie der Einbindung der OFK-Schnittstellen aus den maschinellen Vorverfahren waren für Verzögerungen bei der Produktivsetzung dieses Bereiches verantwortlich.

Während das neue Kassenverfahren bei den Anwendern in den beiden LOK-Außenstellen sowie bei den übrigen Landeskassen eine hohe Akzeptanzquote – insbesondere im Tagesgeschäft - aufweist, ist der Zeitpunkt für eine abschließende Bewertung am Standort Koblenz aufgrund der erst kurzen Produktivphase sowie der noch auftretenden Probleme bei der Verarbeitung von Schnittstellendaten aus den Vorverfahren zu früh. Die EKV-Anwender aus dem ehemaligen OFK-Bereich gleichen zurzeit noch vorhandene Programmdefizite durch einen hohen personellen Einsatz aus.

Eine abschließende Gesamtbewertung ist gegenwärtig auch deshalb nicht möglich, weil viele Abläufe bisher erst einmalig erfolgt sind (z. B. der Jahresabschluss) und somit noch immer eine Vielzahl von Fehlern identifiziert und analysiert werden müssen, die bisher noch nicht in Erscheinung traten.

Inzwischen arbeiten jedoch rund 200 Nutzer an sechs Standorten mit dem neuen Kassenverfahren.

Im Jahr 2013 wurden rund 33.100 Mahnungen und Zahlungserinnerungen erstellt. Im Berichtszeitraum sind im Aufgabengebiet Vollstreckung insgesamt 23.611 neue Vollstreckungsfälle angefallen. Gleichzeitig konnten 18.648 Vollstreckungsfälle erledigt werden. Schwerpunkte der Vollstreckungsfälle sind Bußgelder aus Verkehrsordnungswidrigkeiten der Polizeipräsidien (53 %). Der Rest der Vollstreckungsfälle (47 %) verteilt sich auf Bußgelder nach dem Güterkraftverkehrsgesetz, Polizeikosten nebst Auslagenerstattungen, Verwaltungsgebühren der staatlichen Behörden nach den besonderen Gebührenverzeichnissen, Zwangsgelder und Rückforderungen von BAföG-Leistungen.

Im Aufgabengebiet Zahlungsverkehr (ZV) wurden bei acht verschiedenen Geldinstituten die Zahlungsvorgänge über 49 Konten abgewickelt und dabei ca. 14,0 Mio. Girodatensätze per Datenfernübertragung (DFÜ) ausgeführt. Zusätzlich zur vorhandenen DFÜ-Software für die Übertragungen im EBICS-Standard an Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg wird für Einzelverfügungen das Online-Banking der Bundesbank genutzt. Seit Juli 2013 wurde eine weitere DFÜ-Software im EBICS-Standard installiert (GEVA-ZVV), die auch die spezifischen Vorgaben der Bundesbank erfüllt, mit dem Ziel, Schritt für Schritt das Massenzahlgeschäft zur Bundesbank zu verlagern.

Die Einarbeitung in diese umfassend neue DFÜ-Software - inkl. diverser Anpassungen und Nachbesserungen - ist auch zu Beginn des Jahres 2014 aufgrund seiner großen Vielschichtigkeit einerseits sowie diverser, spezifischer Vorgaben der Bundesbank andererseits noch nicht abgeschlossen. Zur Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs, insbesondere in den Außenstellen der LOK, war daher zunächst ein Update der ZV-Software SFirm erforderlich. Der Zeitpunkt der endgültigen Ablösung von SFirm durch GEVA lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen.

Zudem war und ist das Aufgabengebiet stark eingebunden in die europaweite Umstellung auf die SEPA-ZV-Formate zur Anpassung von 32 verschiedenenen Giro-Beständen außerhalb von EKV-RLP sowie in die Integration der SEPA-Funktionalitäten in das Kassenverfahren selbst, inkl. des Zusammenwirkens mit IRMA, IRMA-Gateway und der Zentralen Mandatsverwaltung (ZMV).

Die mit der SEPA-Einführung zum 01.02.2014 erforderlichen Verfahrensanpassungen bei den vernetzten Haushalts- und Kassensystemen führten im Zusammenspiel mit der neu geschaffenen zentralen Mandatsverwaltung in der LOK zu weiteren personalintensiven Testaufwänden sowie Abstimmungsvorgängen. Die LOK war und ist hier neben den fachlichen Anforderungen in EKV-RLP als Ansprechpartner verschiedener Landesdienststellen intensiv gefordert.

Die Aufgaben der LOK wurden mit folgendem Personal bewältigt (Stichtag: 31.12.2013):

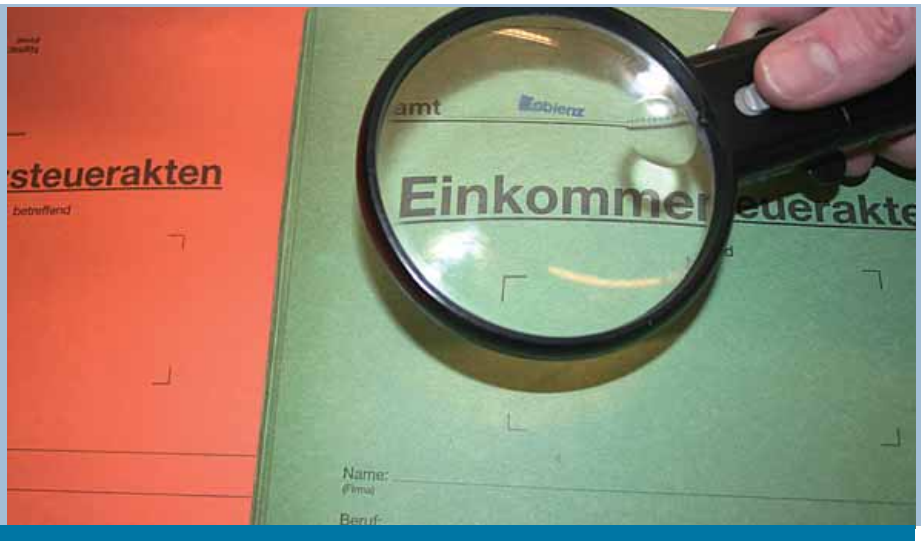
	Standort Koblenz	Standort Trier	Standort Neustadt	LOK gesamt
LOK-Leitung				
Bedienstete	4	1	1	6
VZÄ	4,00	1,00	1,00	6,00
Bedienstete Sonderaufgaben VZÄ	0,10	0,10	0,20	0,40
Ausbildungsbezirk				
Bedienstete	3	0	0	3
VZÄ	2,02	0,00	0,00	2,02
AG Buchführung/Organisation				
Bedienstete	36	13	16	65
VZÄ	34,94	11,20	12,40	58,54
AG Zahlungsverkehr/Automation				
Bedienstete	10	3	3	16
VZÄ	9,55	2,15	2,49	14,19
AG Vollstreckung				
Bedienstete	16	0	0	16
VZÄ	14,39	0,00	0,00	14,39
Gesamt				
Bedienstete	**69**	**17**	**20**	**106**
VZÄ	**65,00**	**14,45**	**16,09**	**95,54**

VZÄ = Vollzeitäquivalent

Landesoberkasse Koblenz

Steueraufkommen 2013 (in Tausend Euro)									
Finanzamt	Lohnsteuer Aufkommen	Veranl. Eink.Steuer Aufkommen	Körperschaftsteuer Aufkommen	Umsatzsteuer Aufkommen	Grunderwerbsteuer Aufkommen	Kraftfahrzeugsteuer Aufkommen	Übrige Steuern Aufkommen	Aufkommen	Anteil in % am Gesamtaufkommen
Bad Neuenahr-Ahrweiler	101.745	44.830	14.068	148.264	-	-	30.251	339.158	1,80
Altenkirchen-Hachenburg	220.037	79.836	28.087	268.242	-	-	42.320	638.522	3,39
Bad Kreuznach	179.094	60.595	30.603	188.050	-	-	30.265	488.607	2,59
Bingen-Alzey	372.191	249.548	276.317	259.419	-	-	69.376	1.226.851	6,51
Idar-Oberstein	81.563	30.727	4.579	92.716	-	27.706	11.873	249.164	1,32
Bitburg-Prüm	98.129	38.033	8.173	133.486	-	-	19.403	297.224	1,58
Daun	13.507	22.467	-	47.307	-	63.558	1.693	148.532	0,79
Frankenthal	139.355	47.018	13.698	148.802	-	-	26.508	375.381	1,99
Kaiserslautern	343.232	56.096	19.108	170.861	-	29.174	46.894	665.365	3,53
Koblenz	1.366.911	109.089	143.744	656.783	-	47.302	936.628	3.260.457	17,31
Kusel-Landstuhl	21.113	39.017	-	60.091	-	-	139.615	259.836	1,38
Landau	190.204	80.868	36.274	259.488	104.242	34.322	40.446	745.844	3,96
Mainz-Mitte	717.103	109.720	72.007	608.605	-	-	152.030	1.659.465	8,81
Ludwigshafen	991.650	47.073	40.854	-91.168	-	36.346	95.152	1.119.907	5,95
Mainz-Süd	22.883	60.548	-	78.555	-	41.099	3.960	207.045	1,10
Mayen	153.721	51.901	23.574	49.650	86.639	-	27.035	392.520	2,08
Montabaur-Diez	264.910	80.361	93.311	365.429	-	39.773	37.135	880.919	4,68
Neustadt	311.800	85.556	19.121	201.435	-	-	37.338	655.250	3,48
Neuwied	292.904	73.890	28.463	263.181	-	61.086	39.030	758.554	4,03
Pirmasens-Zweibrücken	185.130	55.363	17.450	150.175	-	19.922	28.854	456.894	2,43
St. Goarshausen-St. Goar	32.578	36.607	-6	17.825	-	-	3.205	90.209	0,48
Simmern-Zell	128.779	56.495	20.795	143.387	-	-	19.404	368.860	1,96
Speyer-Germersheim	314.844	103.990	33.986	336.115	-	27.497	41.967	858.399	4,56
Trier	349.699	126.006	33.748	886.448	48.838	-	46.130	1.490.869	7,92
Bernkastel-Wittlich	182.786	77.310	23.030	149.001	-	-	27.983	460.110	2,44
Worms-Kirchheimbolanden	243.632	59.485	52.818	165.839	126.301	32.459	57.977	738.511	3,92
Gesamtaufkommen	**7.319.500**	**1.882.429**	**1.033.802**	**5.757.986**	**366.020**	**460.244**	**2.012.472**	**18.832.453**	**100,00**
Summe LOK	16.264					273	323.481	340.018	
OFD	7.335.764	1.882.429	1.033.802	5.757.986	366.020	460.517	2.335.953	19.172.471	
Steueranteile Zerlegung	1.791.683	2.327	-43.545				213.281	1.963.746	
OFD zzgl. Zerlegung	**9.127.447**	**1.884.756**	**990.257**	**5.757.986**	**366.020**	**460.517**	**2.549.234**	**21.136.217**	

rotmarkierte Zahlen = höchstes Steueraufkommen
blaumarkierte Zahlen = niedrigstes Steueraufkommen
- = keine Erhebung



INNENREVISION UND CONTROLLING

Die Stabsstelle Innenrevision und Controlling ist direkt dem Oberfinanzpräsidenten unterstellt.

Zum 01.03.2013 wurde der Aufgabenbereich "Controlling/Leistungsvergleich" organisatorisch als selbständiger Teil in die bestehende Stabsstelle Innenrevision integriert. Die Einheit wurde daher in „Stabsstelle Innenrevision und Controlling (IRC)" umbenannt.

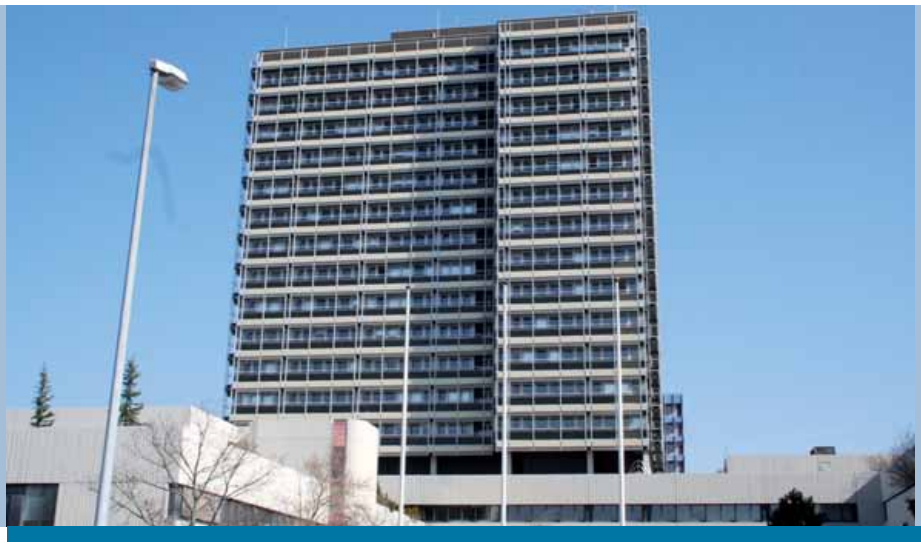
Parallel zur Einrichtung der Landesfinanzkasse in Daun zum 01.07.2013 wurde das bisherige Kassenreferat aufgelöst. Der Aufgabenbereich „Kassenprüfung" wird ab diesem Zeitpunkt ebenfalls durch die Stabsstelle IRC wahrgenommen. Seither obliegt der Stabsstelle IRC daher die Geschäftsprüfung für den gesamten Bereich der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung der OFD Koblenz.

Im Bereich der Innenrevision wurde nach Abschluss der Geschäftsprüfungen bei den Betriebsprüfungsstellen von vier Finanzämtern ein zusammenfassender und vergleichender Bericht erstellt. Hierdurch konnten die Erkenntnisse zu Auffälligkeiten und Fehlerschwerpunkten auch den Finanzämtern zur Verfügung gestellt werden, bei denen selbst keine entsprechende Prüfung stattgefunden hat. Weiterhin erfolgten Geschäftsprüfungen im Bereich der Vollstreckung sowie der Landesfinanzkasse.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Durchführung mehrerer Prüfungen in materiell-rechtlichen Schwerpunktbereichen des Veranlagungsinnendienstes, wobei zwei Prüfungen aufgrund der Feststellungen sogar landesweit ausgedehnt wurden.

Weiterhin erfolgte in 2013 eine Prozessanalyse der Veranlagungsstellen im Rahmen des Projekts Zukunftsinitiative Steuerverwaltung. Schließlich wurden mehrere Sonderprüfungen wegen des Verdachts der unerlaubten Hilfe in Steuersachen bzw. der Nichtbearbeitung von Vorgängen sowie der Manipulation von Steuerfällen durchgeführt.

Der Bereich Controlling war - neben den üblichen Controlling-Aufgaben - in 2013 erstmals in den neu initiierten Zielvereinbarungsprozess zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz eingebunden. Darüber hinaus wurde im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen erstmals ein Controlling-Verfahren implementiert. Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildete die Berichtserstellung zu länderübergreifenden Vergleichen im Rahmen des Leistungsvergleichs und der AG Kernkennzahlen.



GESCHÄFTSSTELLE

Nach nunmehr zweijährigem Bestehen hat sich die Geschäftsstelle ihren festen Platz in der OFD erarbeitet und sich zu einer zentralen Einrichtung entwickelt. Schwerpunktthemen der Arbeit der Geschäftsstelle im Jahr 2013 bildeten:

Hausverwaltung/Haustechnik

Einen breiten Raum nimmt die Verwaltung der Dienstgebäude der OFD und des Finanzamts Koblenz ein. Neben den alltäglich anfallenden Störungen in den 36 Jahre alten Dienstgebäuden - in 2013 galt es 2068 Arbeitsaufträge (Tickets) abzuarbeiten -, betreut die Hausverwaltung eine Vielzahl von Baustellen des LBB. Der Umbau der Fenster im Maschinensaal, die Erneuerung der 20 kV Mittelspannungsschaltanlage, die Inbetriebnahme einer neuen Brandmeldeanlage oder der stromsparenden Freikühlanlagen auf dem Dach der ZDFin sind nur einige Beispiele für Vorhaben, die von den Bediensteten der Haustechnik und der Hausverwaltung begleitet werden.

Hinzu traten im Jahr 2013 113 Umzüge innerhalb des Hauses (ohne Finanzamt), die durch die Hausverwaltung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der betroffenen Bediensteten geplant und ausgeführt werden mussten.

Projekt zur „Sanierung der Sanitärräume und Schaffung von Teeküchen"

Das Projekt zur „Sanierung der Sanitärräume und Schaffung von Teeküchen", das im Oktober 2012 gestartet wurde, verlief angesichts des Umfangs der Maßnahme und der Umsetzung im laufenden Betrieb planmäßig und zufriedenstellend. Der Zeitplan wurde nach nunmehr einem Jahr Sanierungstätigkeit eingehalten und der Baufortschritt entspricht den Planungen. Die seitens der Geschäftsstelle angebotenen Ausweichmöglichkeiten für die Mitarbeiter, mithin die Vergabe von Ausweichbüros und die Ausgabe von Boot-CDs für die vorübergehende Arbeit von zu Hause, werden rege in Anspruch genommen.

Pilotierung Betreiberkonzept

Auf Beschluss der Staatsekretärskonferenz wurde die Vergabe der Haustechnik sowie Teile des Hausmeisterservices (technisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement) an einen externen Dienstleister unter der Federführung des LBB für die Dienstgebäude der OFD, des Finanzamts sowie des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformationen ausgeschrieben. Die Fremdvergabe ermöglicht eine effizientere und damit wirtschaftlichere Gebäudebewirtschaftung, sichert Qualitätsstandards und stellt angesichts von Personalabgängen den Gebäudebetrieb sicher.

Leistungsverzeichnis- und Beschreibung wurden unter Einbindung der Geschäftsstelle für das laufende Vergabeverfahren erstellt. Voraussichtlich ab dem 01.05.2014 kann mit der Einarbeitung der Mitarbeiter des externen Dienstleisters begonnen werden; die eigenständige Übernahme der Aufgaben durch die Fremdfirma soll zum 01.10.2014 erfolgen.

Beurteilungsverfahren

Erstmals unter Mitwirkung der Geschäftsstelle konnte das Beurteilungsverfahren des 1. Einstiegsamtes (EA) (ehemals einfacher Dienst) und des 3. EA (gehobener Dienst) im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Für beide Beurteilungsverfahren mit insgesamt 213 Beurteilten übernahm die Geschäftsstelle vorbereitende und allgemeine organisatorische Arbeiten sowie - bis auf wenige Ausnahmen - die abschließende Bekanntgabe der Beurteilungen.

Telearbeit / Arbeit von zu Hause

Im Jahr 2013 wurden 39 Anträge auf Einrichtung bzw. Verlängerung eines Telearbeitsplatzes bewilligt. Insgesamt verfügt die OFD nun über 62 Telearbeitsplätze.

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Boot-CD für die vorübergehende Arbeit von zu Hause wurde seit dem 1. Januar 2013 von über 51 Mitarbeitern genutzt.

Landesamt für Steuern

Voraussichtlich zum 01.09.2014 wird die „alte“ OFD aufgelöst werden und durch ein „Landesamt für Steuern“ ersetzt. Zeitgleich wird auch die ZBV in ein eigenständiges Landesamt mit der Bezeichnung „Landesamt für Finanzen“ umgewandelt.

Die Vorbereitungen dazu laufen unter Einbindung der Geschäftstelle. Neben organisatorischen Angelegenheiten gilt es vor allem, Schnittstellen in der Zusammenarbeit mit der Abteilung ZBV für die Zukunft zu regeln und verbindlich festzuhalten.

Kunstausstellung

Erstmals in der OFD fand unter der Federführung der Geschäftsstelle am 08.11.2013 eine Ausstellung unter dem Motto „Verwaltung & Kunst“ statt.

Künstler des Finanzamtes und der OFD präsentierten im Rahmen einer Vernissage im großen Sitzungssaal ihre Werke. Leihgaben der Künstler werden in den Fluren der Dienstgebäude dauerhaft zu sehen sein.

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT/ VERANSTALTUNGSBÜRO

Das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der OFD ist zuständig für die Pressearbeit der Abteilungen der OFD, Besitz- und Verkehrsteuer, Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie Abteilung Bundesbau und koordiniert die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Finanzämter.

Der Bereich „Veranstaltungsbüro" ist im Wesentlichen für die Organisation der Fortbildungen der Abteilung Besitz- und Verkehrsteuern sowie die Planung der Vorsteherdienstbesprechungen, Vorsteher- und Geschäftsstellenleitertagungen sowie Amtswechsel zuständig.

Presse- und Medienarbeit

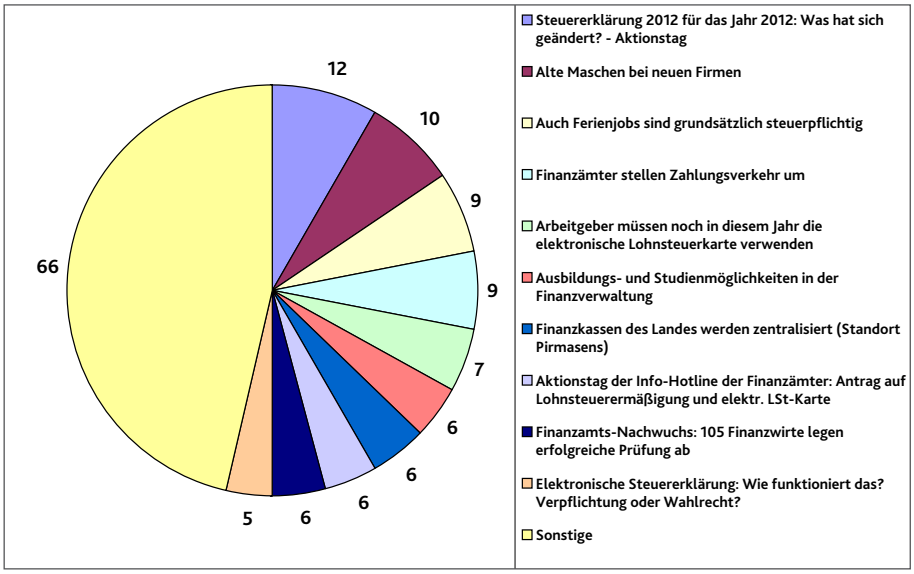
Presseresonanz: Aufgrund der eigenen Pressemeldungen und Muster-Pressemeldungen für die Finanzämter, der Beantwortung zahlreicher Presseanfragen und Interviews, konnten 392 Veröffentlichungen in überregionalen aber auch regionalen Print-Medien im Jahr 2013 verzeichnet werden[1]. Hinzu kommen Interviews und Beiträge in Hörfunk und Fernsehen.

Dabei ergab die Presseresonanzanalyse der Printmedien, dass 42 % der Veröffentlichungen eine positive, rund 55 % eine nachrichtlich wertneutrale Darstellung der Finanzverwaltung und weniger als 3 % der Beiträge ein eher negatives Bild der Finanzverwaltung in den Medien bewirkten (u. a. Artikel über die Zentralisierungen der Landesfinanzkasse und Schließung von Außenstellen).

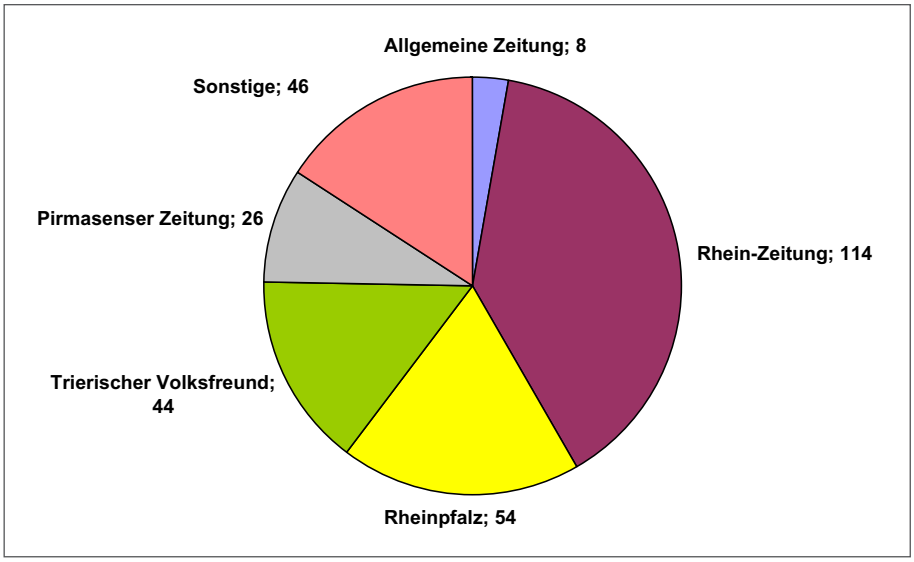
Neue Medien: Die Präsenz und Verbreitung von Informationen auch im Bereich „Social Media“ (hier insbesondere Twitter, Facebook) hat zu einer deutlich besseren Auffindbarkeit von Themen der Finanzämter/OFD über Suchmaschinen geführt. So veröffentlicht die Pressestelle über den Kurznachrichtendienst „Twitter“ unter „rlpFinanzNews“ aktuelle Pressemeldungen und Veranstaltungstipps und wird hier inzwischen von 368 Personen (vor allem Fachzeitschriften, Steuerberater und Journalisten) regelmäßig verfolgt. Darüber hinaus wird mit einer eigenen Facebookseite unter www.facebook.com/finanzverwaltung gezielt versucht, potenzielle Nachwuchskräfte über das Thema „Ausbildung und Studium“ zu informieren.

Pressespiegel: Mit dem täglichen Pressespiegel werden aktuelle Themen aus dem Bereich Steuern und Finanzen sowie Fachthemen der Abteilungen der OFD für alle Bediensteten via Intranet zugänglich gemacht.

Meist veröffentlichte Themen



Pressemeldungen und Presseberichte



[1] *Gewertet wurden alle seitens der Finanzämter an die Pressestelle gesendeten Artikel aus Lokalzeitungen und Amts- und Wochenblättern sowie die Auswertung des täglichen Pressespiegels der OFD.*

Öffentlichkeitsarbeit

Imagepflege durch die Aktion „Schule und Steuern"

Mit der Aktion „Schule und Steuern", die durch die Pressestelle begleitet und von allen Finanzämtern durch eigene Teams aktiv unterstützt wird, konnten im Jahr 2013 rund 1.800 Schüler im Land erreicht werden. Mit Hilfe des Unterrichtskonzepts wird das Verständnis für Steuern und die Arbeit der Finanzämter nachhaltig verbessert, da ein positives Bild der Steuerverwaltung vermittelt wird.

Unterstützung erhält die Aktion auch vom Bildungsministerium, das die Aktion und das Konzept auf dem Bildungsserver (http://oekonomische.bildung-rp.de/informationsmaterial.html) darstellt und gezielte Informationen an Fachlehrer vermittelt.

Broschüren, Flyer und Plakate

Die Pressestelle erstellt Druckerzeugnisse sowohl für die interne als auch externe Öffentlichkeit. Im internen Bereich werden insbesondere Themen aus dem Bereich Beruf und Familie sowie dem Gesundheitsmanagement, aber auch die quartalsweise erscheinende Mitarbeiterzeitung, „OFD Nachrichten" und der Jahresbericht erstellt und gestaltet. Mit Wirkung nach außen werden vor allem Flyer mit Steuertipps für die Service-Center der Finanzämter entworfen.

Zu dem wurde 2013 der komplette grafische Auftritt der Nachwuchswerbung (Flyer, Plakate, Messedisplays) für das 2., 3. und 4. Einstiegsamt der Steuerverwaltung neu gestaltet.

Veranstaltungsbüro

Das Veranstaltungsbüro übernimmt im Wesentlichen die operativen Aufgaben des früheren Fortbildungsreferates.

Neben dem organisatorischen Geschäft gehört auch die Anwendungsbetreuung IPEMA®-Learning Solution sowie die Umsatzsteuerbefreiung und die Überwachung des Fortbildungsbudgets zum Aufgabenbereich des Veranstaltungsbüros.

Fortbildung in Zahlen

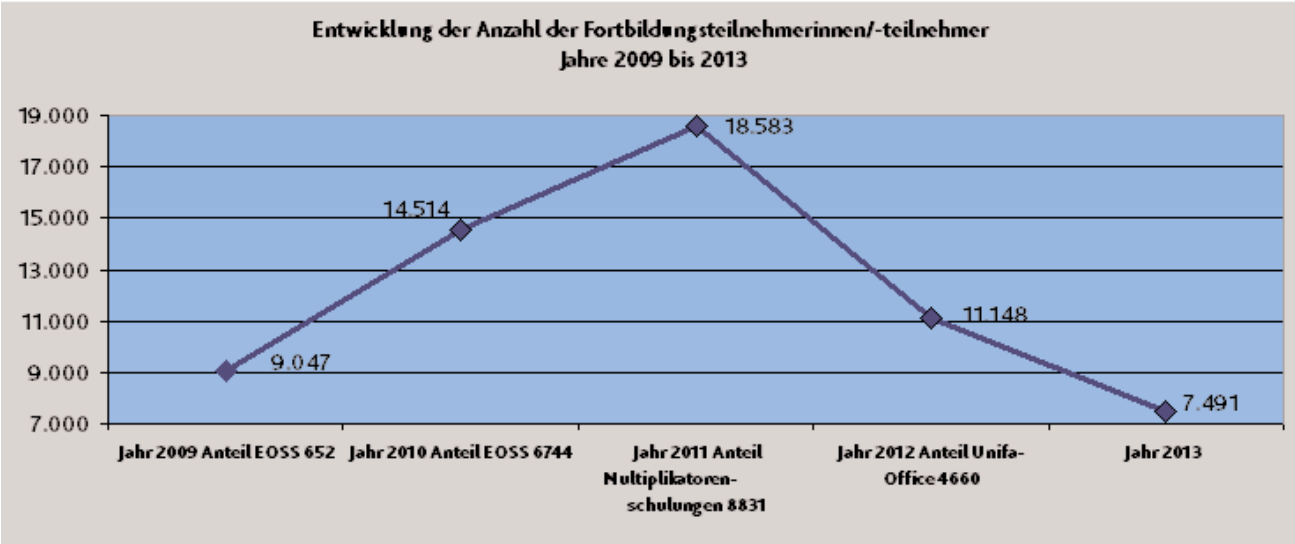
Im Jahr 2013 wurden von den verschiedenen Referaten der Besitz- und Verkehrsteuerabteilung sowie der ZDFin insgesamt 354 interne (Vorjahr 893) Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt.
Zusätzlich nahmen 480 Kollegen (Vorjahr 473) der Steuerverwaltung an 295 (Vorjahr 249) externen Fortbildungsveranstaltungen teil. Externe Anbieter sind im Wesentlichen die Bundesfinanzakademie in Brühl, das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur sowie die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen.

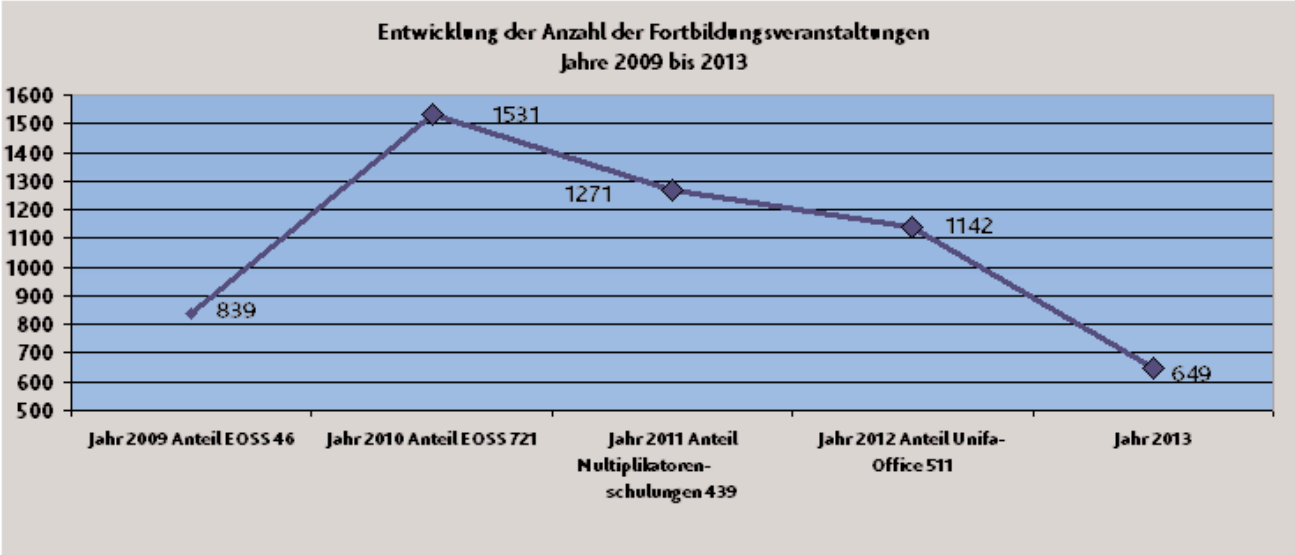
2013 insgesamt:

649	Fortbildungsveranstaltungen (354 intern und 295 extern)
7.491	Fortbildungsteilnehmer (7.011 intern und 480 extern)
13.827	Fortbildungstage (11.843 intern und 1.984 extern)

Die im Vergleich zum Jahr 2012 gesunkene Anzahl interner Fortbildungen beruht in erster Linie darauf, dass im Jahr 2012 aufgrund der Einführung neuer steuerlicher IT-Verfahren Schulungen für die Software „Unifa-Office-2007" in großem Umfang erforderlich waren: Insgesamt wurden allein zu diesem Thema 4.660 Teilnehmer in 511 Fortbildungsveranstaltungen geschult.

Die Entwicklungen im Bereich Fortbildung (Veranstaltungen und Teilnehmer) seit dem Jahr 2008 ergeben sich aus den nachfolgenden Diagrammen.





BESITZ- UND VERKEHRSTEUER-ABTEILUNG

PERSONALANGELEGENHEITEN

Neben den Finanz- und Steueranwärtern wurden vier Beamte des 4. Einstiegsamtes (EA), zwei Beamte des 3. EA, vier Beamte des 2. EA und 16 Arbeitnehmer (davon 1 x E 13) neu eingestellt.

Von der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung in andere Verwaltungen versetzt wurden 16 Bedienstete und zwar zwei Beamte des 4. EA, neun Beamte des 3. EA und fünf Beamte des 2. EA.

In der Einweisung in die Aufgaben des 4. EA befanden sich in 2013 fünf Männer sowie drei Männer vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) als Gastausbildung.

Außerdem sind in 2013 zwei Beamte des BZSt im Rahmen der Gastausbildung in die Aufgaben der Betriebsprüfung eingewiesen worden.

WERBEMASSNAHMEN

Für 62 Ausbildungsmessen und ähnliche Veranstaltungen wurde die organisatorische Ausrichtung übernommen. 30 wurden von den Kollegen der Personalbeschaffung selbst „bestückt"; 32 wurden personell von den Finanzämtern „bestückt".

BEWERBUNGSBEARBEITUNG

Bearbeitete Bewerbungen in der Oberfinanzdirektion	3. Einstiegsamt	2. Einstiegsamt* (nur Zeitsoldaten)	Tarifbereich
Anzahl	1.063	35	186
Testdurchführung	-	18	-
Vorstellungstermine	43	6	11
Anzahl Bewerber bei Vorstellungsgesprächen	195	18	43
Ausbildungsqualifizierung	10	-	-

** Weitere Bewerbungsbearbeitung obliegt den Finanzämtern.*

PRAKTIKA/WAHL- UND PFLICHTSTATIONEN

372 Praktika/Schülerpraktika im Bereich Besitz- und Verkehrsteuerabteilung
8 Praktika von Rechtsstudenten nach § 2 III JAG
4 Wahlstationen von Referendaren während des juristischen Vorbereitungsdienstes § 19 I Nr 2, § 33 I Nr 6 u. 7 JAPO
7 Pflichtstationen von Referendaren während des juristischen Vorbereitungs dienstes § 19 I Nr Ib JAPO

EINSTELLUNGEN 3. UND 2. EINSTIEGSAMT

Im 3. Einstiegsamt wurden 146 Einstellungen, im 2. Einstiegsamt 75 Einstellungen und im Tarifbereich sieben Einstellungen verwaltungsmäßig abgewickelt. Hierzu gehören die Anforderung aller erforderlichen Unterlagen, Vollständigkeitsprüfung, Beteiligung der Personalvertretung, Erstellen der Urkunden, Vorbereitung der Personalakten und die Aufnahme in IPEMA®.

AUSBILDUNG

Im Jahr 2013 befanden sich bis zu 808 rheinland-pfälzische Kollegen in der Ausbildung für das 2. und 3. Einstiegsamt. 214 (davon 197 erfolgreich und 17 endgültig nicht bestanden) legten ihre Laufbahnprüfung bei der Landesfinanzschule und Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben ab.

Die Bestellung der Prüfungsausschüsse, die Durchführung der Ausbildungsarbeitsgemeinschaften sowie die sonstigen organisatorischen Angelegenheiten der Ausbildung wurden abgewickelt.

IPEMA®

Das in den Jahren 2010/2011 eingeführte neue, auf eine einheitliche Datenhaltung ausgerichtete Integrierte Personalmanagement- und Bezügeabrechnungsverfahren IPEMA® im Geschäftsbereich der Oberfinanzdirektion Koblenz hat sich in den Personalverwaltungen etabliert. Im Jahr 2013 stand die Umsetzung der Änderungen durch das Landesbeamtengesetz 2012, die geänderte Entgeltordnung des TV-L sowie das Landesbesoldungsgesetz 2013 im Fokus der Weiterentwicklung des Systems.

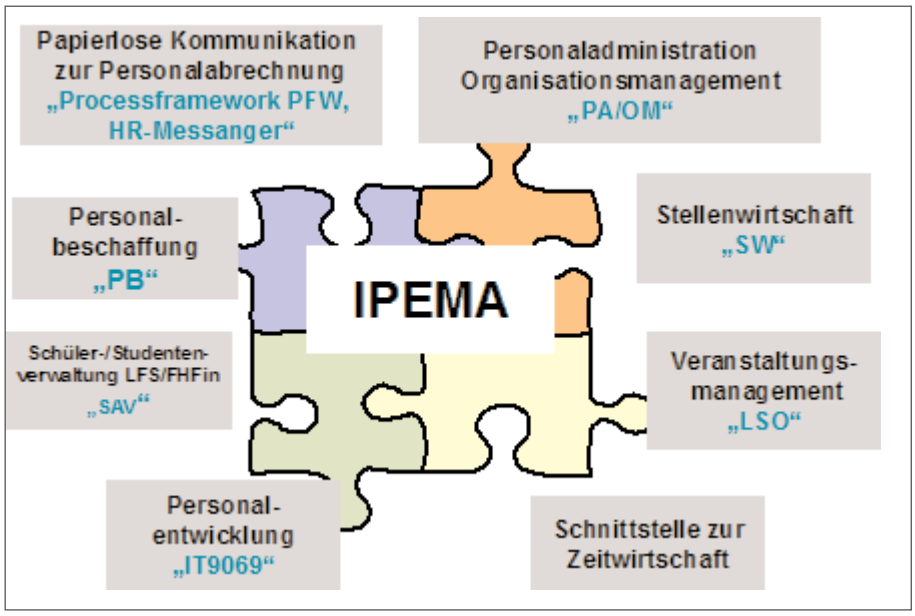


Abbildung: IPEMA®-Komponenten/Verfahren der Personalverwaltungen im Überblick

Insgesamt wurden in der Personalverwaltung durch IPEMA® sechs Altverfahren durch verschiedene Komponenten und ein neues grundsätzlich papierloses Kommunikationssystem zwischen den Personalverwaltungen und der zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle eingerichtet.

In den Personalverwaltungen im Geschäftsbereich der Oberfinanzdirektion Koblenz läuft IPEMA® dank des Engagements der Kollegen der Personalverwaltungen stabil.

Anwenderfehler sind selten und Systemfehler und Anforderungen, z.B. aufgrund struktureller und rechtlicher Veränderungen werden in Zusammenarbeit mit dem IPEMA® Service Center, welches bei der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle angesiedelt ist, behoben und umgesetzt.

Im Rahmen des Rollouts von IPEMA® auf weitere Dienststellen des Landes (Statistisches Landesamt, Ministerium der Finanzen, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz und Landesbetrieb Daten und Information) nahmen Kollegen der Gruppe Z aktiv an 41 Schulungsterminen und Workshops teil und bereiteten diese vor.

Des Weiteren begleiteten sie die Abnahmetest und die Betreuung nach Produktivsetzung.

IN 2013 BEFANDEN SICH INSGESAMT IN AUSBILDUNG ODER EINFÜHRUNG:

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle -ZBV- und Bundeszentralamt für Steuern -BZSt-)
In Klammern [ ] Werte des Vorjahres.

522 Finanzanwärter [511]
40 Aufstiegsbeamte für das 3. Einstiegsamt - Ausbildungsqualifizierung [37]
286 Steueranwärter [306]

PRÜFUNGEN

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung ZBV und BZSt)

Von den bei den Finanzämtern und den Bildungseinrichtungen in Edenkoben ausgebildeten Beamten haben im Jahr 2013

- 113 Prüflinge des 3. Einstiegsamtes - Studiengang 01.07.2010 - sowie
- 84 Prüflinge des 2. Einstiegsamtes - Ausbildungsgang 01.10.2011 - die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt.

Die Prüfungsgesamtnote "sehr gut" wurde bei den Laufbahnprüfungen des Jahres 2013 beim 3. Einstiegsamt zweimal und beim 2. Einstiegsamt zweimal erzielt.

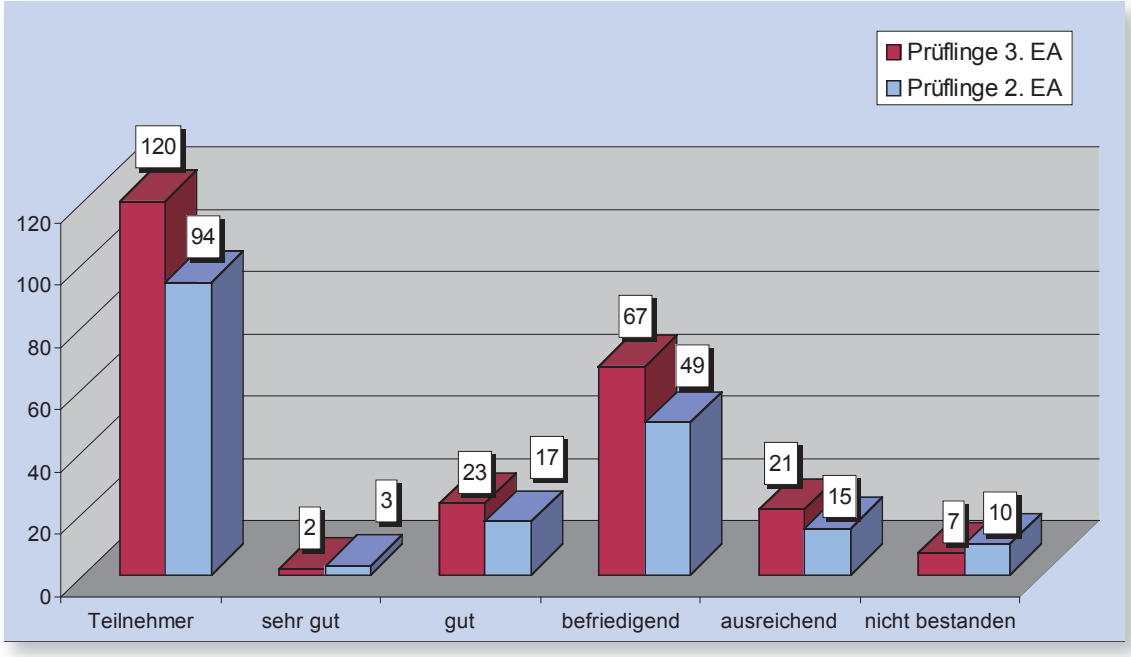
Die **Absolventen des Studienganges 01.07.2010** erzielten im Durchschnitt eine Endpunktzahl i.S.d. § 6 Abs. 4 StBAPO von 383,56 Punkten [vergleichbar = „9,59“]; mit diesem Ergebnis wird das Vorjahresergebnis (= 376,89 [= 9,42] Punkte) um 6,67 Punkte [= 0,17] überboten.

Punktesystem lt. StBAPO:

0-600 Punkte entspricht
0-15 nach dem Punktesystem
der gymnasialen Oberstufe

Lehrgangsbeste beim Studiengang 01.07.2010 ist Stefanie Geis. Sie hat ihre berufspraktischen Studienzeiten beim Finanzamt Kusel-Landstuhl absolviert und erzielte die Endpunktzahl '545,67' [= 13,64].
Die **Absolventen des Ausbildungsganges 01.10.2011** erzielten in der Laufbahnprüfung ein Durchschnittsergebnis von 386,85 Punkten [vergleichbar = „9,67"].
Dieser Wert liegt damit unter dem Ergebnis beim vorhergehenden Ausbildungsgang (= 415,16 [= 10,98] Punkte) -28,31 Punkte [= 0,70].
Zu den 84 Prüfungsabsolventen zählen vier Beamte, die für das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn ausgebildet wurden sowie ein Beamter aus der Abteilung „Zentrale Besoldungs- und Versorgungstelle" (ZBV).
Bester rheinland-pfälzischer Absolvent beim Ausbildungsgang 01.10.2011 ist Christopher Oliver Schmengler. Der Beamte war für seine berufspraktische Ausbildung dem Finanzamt Koblenz zugewiesen. Er erzielte eine Endpunktzahl von '577,02' [= 14,43]. Zwei weitere Prüfungsabsolventen haben die Prüfung mit der Note „sehr gut" bestanden.
Die weiteren Prüfungsergebnisse ergeben sich aus der nachfolgenden Grafik.

SCHAUBILD: ERGEBNISSE DER LAUFBAHNPRÜFUNGEN 2013



PERSONALENTWICKLUNG

Der Ausbilder als Coach

Im Rahmen der Mitarbeiterbefragung in 2010 wurde unter anderem gefordert, die Sozialkompetenzen der Führungskräfte, auch im Hinblick auf die berufspraktische Ausbildung der Anwärter, zu stärken. In Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsreferat der OFD und Soencksen & Teilhaber, wurde ein Seminar zum Thema „Der Ausbilder als Coach - Anwärter fördern, fordern und motivieren" konzipiert. Es handelt sich um ein Angebot zur nachhaltigen und effektiven Unterstützung der Tätigkeit als Ausbildungsleiter und Sachbearbeiter, die mit der Ausbildung von Anwärtern betraut sind und sich mit Ihrer Rolle als Ausbilder auseinander setzen wollen.

Das Seminar wurde in der ersten Phase den Ausbildungsleitern der Finanzämter vorgestellt.

In Abhängigkeit zur Haushaltslage ist in einem nächsten Schritt geplant, die Sachbearbeiter der Lehrbezirke in den Themen „Der Ausbilder als Coach" und „Beurteilung" zu schulen.

Überfachliche Fortbildungen durch verwaltungseigene Dozenten

Die inhaltliche Betreuung und Koordination von Seminaren mit mehreren Dozenten im Rahmen der Schatztruhe erfolgt über sog. Seminarpaten. Dank des Einsatzes dieser Seminarpaten konnte in 2012 und 2013 zu den Seminaren „Der leichtere Einstieg" und „Zeit- und Selbstmanagement" für alle internen Dozenten je ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, der der inhaltlichen und qualitativen Weiterentwicklung der Seminare diente, durchgeführt werden.

Das Seminar „Projektmanagement" ist mittlerweile ein fester Bestandteil der SGL-Reihe und wird von einem internen Dozenten durchgeführt.

Weitere Seminare von Mitgliedern der Schatztruhe sind in der Konzeption befindlich und werden ab 2014 voraussichtlich erstmals angeboten werden können.

Projekt Wissenstransfer - Erstellung von Wissensdokumentationen

Auch in 2013 konnten wieder einige Stellenwechsel mit Hilfe des moderierten Wissenstransfers begleitet werden. Das Konzept des Wissenstransfers in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung wird weiter fortgeschrieben.

Unter der Federführung von Rheinland-Pfalz fand im Oktober 2013 ein Erfahrungsaustausch zum Thema Wissensmanagement mit anderen Bundesländern bei der BFA in Brühl statt.

Der Wissenstransfer mittels Wissensdokumentation stellt nur ein Instrument dar, welches bei Stellenwechseln eingesetzt wird. Da die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen bei Stellenwechseln auch ein Thema ist, dem sich einige Finanzämter im Rahmen der Aktivitäten zur Umsetzung unseres Selbstverständnisses gewidmet haben, fand Ende 2012 ein Erfahrungsaustausch dieser Ämter mit den Prozessbegleitern der OFD statt. Nach Vorstellung der unterschiedlichen Ansätze wurde beschlossen, die einzelnen Maßnahmen zum Wissenstransfer bei Stellenwechseln in einem gemeinsamen landesweiten Projekt zu bündeln und voran zu treiben.

Führungskräfte-Feedback

Das Projekt „Führungskräfte-Feedback" ist im Rahmen der Maßnahmen zum Selbstverständnis in der Finanzverwaltung von den Finanzämtern Koblenz, Trier, Bitburg-Prüm, Simmern-Zell, Bernkastel-Wittlich und Landau initiiert worden. Hinzu kam Idar-Oberstein. Informationen hierzu sind im Intranet abgelegt.

Nach der Ausbildung von internen Moderatoren durch eine externe Trainerin startete bereits in 2012 die Pilotierung bei 10 ausgewählten Sachgebieten. In 2013 startete dann die zweite Feedbackphase bei den an der Arbeitsgruppe beteiligten Ämtern. Den Beginn machten dabei die Vorsteher. Der Abschluss des ersten Durchgangs wird Mitte 2015 erwartet. Eine Evaluation ist geplant.

Die OFD ist Mitglied der Arbeitsgruppe und nimmt im Rahmen der Pilotierung u.a. Koordinierungsaufgaben wahr.

BERUF UND FAMILIE

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Vor dem Hintergrund der Verwaltungsmodernisierung und mit dem Ziel, weiterhin zeitgemäß leistungsfähig, wirtschaftlich, mitarbeiter-, auftrags- und bürgerorientiert zu agieren, ist die familienbewusste und damit lebensphasenorientierte Personalpolitik ein Instrument, um Entwicklungspotenziale und Handlungsbedarfe konkret zu identifizieren. Speziell im Bereich der Familie werden soziale Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen erworben, die für die Personal- und Organisationsentwicklung von Bedeutung sind. Sie werden durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erkannt und sollen zum Wohl des Personals und der Verwaltung in Balance zwischen Auftragserfüllung und Familieninteressen genutzt werden.

Aufgrund des demografischen Wandels und den hiermit einhergehenden starken Personalabgängen ist es für die Steuerverwaltung unverzichtbar, weiterhin die bisher eingeführten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu evaluieren, weiterzuentwickeln und fortzuführen.

Die Arbeitspotenziale von Kollegen in Elternzeit und Beurlaubung gilt es im Rahmen des Konzeptes zur Förderung eines früheren und erfolgreichen Wiedereinstiegs in den aktiven Dienst zu integrieren und die Arbeitspotenziale der Teilzeitkräfte durch geeignete Maßnahmen sukzessive zu erhöhen.

Die Potenziale von jungen Eltern, Teilzeitkräften, Allenerziehenden oder Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen gilt es zunehmend besser als bisher zu nutzen.

Zudem geht es auch darum, die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern, um in Bereichen, in der die Privatwirtschaft in starker Konkurrenz zur Steuerverwaltung steht, qualifiziertes Personal rekrutieren zu können.

Der im Jahr 2005 eingeschlagene Weg zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Steuerverwaltung und der damit verbundene Einsatz vieler Akteure hat sich gelohnt. Viele Kollegen machen Gebrauch von den reichhaltigen und vielfältigen Angeboten. Die gute Resonanz auf diesen Veränderungsprozess wird nicht zuletzt auch in sehr vielen Anregungen und Rückmeldungen deutlich, die die Steuerverwaltung in ihrem Ziel bestärkt, ein familienbewusster Arbeitgeber zu sein.

Im Jahr 2013 wurde u. a. durch nachfolgend aufgeführte Umsetzungsschritte eine weitere Optimierung der familienbewussten Ausrichtung erreicht:

Workshop „Flexibilität beanspruchen und bieten. Wie kann ein Interessensausgleich gelingen?"

Das in der Steuerverwaltung eingeführte Arbeitszeitmodell ermöglicht allen Bediensteten ein sehr hohes Maß an Flexibilität. Dem gesetzlich fixierten Auftrag, die Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Leistungen zu sichern, muss bei aller Flexibilität Rechnung getragen werden.

Den in der Praxis auftretenden Konflikten im Interessenausgleich zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten soll durch das Workshopangebot für Teilzeitkräfte begegnet werden. Im Workshop wird bestehende Flexibilität hinsichtlich Umfang und Lage der Arbeitszeit, Arbeitsort und Erreichbarkeit sowie Bereitschaft zu Job-/Desksharing analysiert. Zudem gilt es die Erwartungen an Kollegen, Führungskräften und Dienststellenleitung zu erfragen.

Erste Auswertungen der Workshops ergaben, dass eine Bereitschaft zu Flexibilität und Aufstockung bei den Teilzeitkräften besteht, wenn diese konkret angesprochen werden.

In 2013 wurden insgesamt 12 Workshoptermine durch das dreiköpfige Moderatorenteam bei den Finanzämtern Mainz-Süd, Bernkastel-Wittlich, Altenkirchen-Hachenburg, Speyer-Germersheim, Frankenthal, Bad Kreuznach, Trier, Kaiserslautern, Idar-Oberstein und Neuwied durchgeführt.

Informationsreihe über Auswirkungen von Elternzeit, Beurlaubung aus familiären Gründen und Reduzierung der Arbeitszeit auf die Altersversorgung

„Was bleibt am Ende eines Erwerbsleben dann noch übrig?"- diese Frage steht bei vielen weiblichen Beschäftigten der Steuerverwaltung im Raum. Dabei kursieren viele - oft falsche - Gerüchte, aber Antworten zu diesem Thema sind spezielle für die Gruppe der Beamtinnen kaum zu finden.

Doch viele sind daran interessiert, was am Ende auf der Versorgungsabrechnung steht und wie „Frau" zum jetzigen Zeitpunkt noch agieren könnte.

Anders sieht es bei dem weiblichen Tarifbeschäftigten aus. Durch die Renteninformation erhalten sie jährlich eine Auskunft über die Höhe der künftigen Regelaltersrente. Jedoch ohne hinreichende Erläuterungen, wie sich welche Ausfallzeiten auf die Rente auswirken.

Zur Beantwortung der offenen Fragen wurden flächendeckend Informationsveranstaltungen über die besoldungsrechtlichen und versorgungs- sowie rentenrechtlichen Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung angeboten. Insgesamt standen an den Standorten Trier, Koblenz, Mainz, Wittlich und Edenkoben knapp 1.500 Zuhörerplätze zur Verfügung, die primär an Teilzeitkräfte und Beurlaubte, aber auch an Geschäftsstellenleiter, Sachgebietsleiter und Multiplikatoren vergeben wurden.

Die Resonanz und die Rückmeldungen zum Vortragsangebot waren überaus positiv. Zudem wurde umfangreiches Informationsmaterial im Intranet zum Nachlesen eingestellt.

Infoveranstaltung für Beamte in der Oberfinanzdirektion Koblenz mit Dozentin Sandra Sesterhenn (ZBV)

Angebote einer pflegesensiblen Personalpolitik

Die Pflege ist schwer planbar, tritt häufig plötzlich und unerwartet ein. Sie beginnt meist mit geringem Aufwand und steigert sich bis zur extremen Belastung. Hinzu kommt, dass der Umgang mit Krankheit, Alter und dem Sterben eines nahe stehenden Menschen besonders schwierig und belastend ist. Stress und psychische Belastungen für die Pflegenden können sich verstärken, wenn das Thema tabuisiert wird. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist in der Steuerverwaltung kein Tabuthema mehr!

Durch die kontinuierliche Sensibilisierung der Bediensteten und der Führungskräfte ist das Thema aus der Grauzone heraus gekommen. Wenn der Bedarf besteht, kann

beim direkten Vorgesetzten oder bei der Geschäftsstelle, nach konkreten Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege nachgefragt werden.

Dies sind insbesondere:

- Flexible Arbeitszeiten und die Inanspruchnahme eines „Zeitkredits" (Zulassung von Minderzeiten über die Höchstgrenze hinaus auf Antrag) für die Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen.
- Reduzierung der Arbeitszeit
- Familienpflegezeit oder Beurlaubung aus familiären Gründen
- Erbringung eines Teils der Arbeitsleistung mittels Telearbeit, Heimarbeit oder Nutzung der BootCD
- Jahresmitarbeitergespräch zur Klärung der beruflichen und privaten Bedürfnisse
- Vier-Phasen-Konzept zur Förderung eines früheren und erfolgreichen beruflichen Wiedereinstiegs nach der Pflegeauszeit
- Betreuungskostenzuschuss bei Fortbildungsveranstaltungen für die Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen
- Spezielle Informations-, Beratungs- und Fortbildungsangebote

Alternierende Telearbeit und Arbeit von zu Hause

Besonders die alternierende Telearbeit ist als familienfreundliche, moderne Arbeitsform nicht nur ein Personalinstrument, das dem Beschäftigten Vorteile bringt. Die Steuerverwaltung als Arbeitgeber ist zunehmend darauf angewiesen, gut ausgebildete und motivierte Fach- und Führungskräfte zu gewinnen und zu halten. Die alternierende Telearbeit und die Arbeitsform „Arbeit von zu Hause" leisten hier ihren wertvollen Beitrag.

Die Anzahl der ausgestatteten Telearbeitsplätze konnte landesweit auf knapp 300 ausgedehnt werden. Ca. 25 % der Telearbeiter sind Bedienstete der OFD, 75 % Bedienstete der Finanzämter. Bei den Finanzämtern gibt es landesweit Telearbeit nahezu in allen Arbeitsgebieten. In 2013 verzeichneten die Arbeitsgebiete der Allgemeinen Veranlagung und der Arbeitnehmerstellen die größte Steigerung. 68 % der Telearbeiter kommen aus dem Mitarbeiterbereich, 25 % aus dem Bereich der Sachbearbeitung und 2 % aus der Sachgebietsleitung. Auch in der OFD gibt es Telearbeit im Bereich der Sachbearbeiter und bei den Führungskräften (z. B. Teamleitung, Referatsleitung, Gruppenleitung).

Die Arbeitsform „Arbeit von zu Hause" wird ebenfalls zunehmend in Anspruch genommen. Die Gründe zur Wahl dieser Arbeitsform sind vielfältig. Die Kurzfristige Betreuung eines erkrankten Kindes, der Ausfall einer Betreuungsperson, ein Schließtag in der Kita, die Wahrnehmung eines Arztbesuchs oder Handwerkertermins sowie der Wunsch nach flexiblem Arbeiten kann durch das Ausleihen der sog. BootCD einfacher überbrückt bzw. ermöglicht werden.

Ferienbetreuung in der Steuerverwaltung

Als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird von vielen Bediensteten mit Kindern die Betreuungsangebote in den Schulferien angesehen. Die bisher eingeführten Maßnahmen zur Unterstützung von Bediensteten mit Kindern werden in gewohnter Weise fortgeführt und sind ein fester Bestandteil in der Verwaltung geworden.

Die angeboten Maßnahmen sind regional sehr unterschiedlich. In vielen Dienstellen wird, oftmals in Kooperation, ein Betreuungsangebot in den Ferien organisiert. Die meisten Angebote finden in den Sommerferien statt; vereinzelt jedoch auch in den Oster- oder Herbstferien. Zudem gibt es vereinzelt auch Angebote zur Überbrückung von Brückentagen im Rahmen einer Kinderbetreuung.

ORGANISATIONSANGELEGENHEITEN

IMMOBILIENBETREUUNG

Für den Arbeitsbereich Immobilienbetreuung standen 2013 die Projekte der Strukturreform sowie die erste Stufe der Einführung eines Facility-Management-Programms im Mittelpunkt.

Im Rahmen der Auflösung der Außenstelle des Finanzamtes Pirmasens-Zweibrücken wurde für das in Zweibrücken verbleibende Service-Center eine neue Unterkunft im Rahmen eines behördenübergreifenden Service-Centers in der Maxstraße bereitgestellt. Darüber hinaus waren die Unterbringung der Landesfinanzkasse in Daun sowie die zukünftige Unterbringung des Finanzamtes Neustadt nach der beabsichtigten Abmietung des Lescot-Gebäudes Arbeitsschwerpunkte.

Mit der Herstellung digitalisierter Grundrisse für alle von der Finanzverwaltung genutzten Immobilien und der Einführung eines elektronischen Raumbuches wurden die Grundlagen geschaffen, um in weiteren Projektschritten eine EDV-Unterstützung für Arbeitsprozesse der Immobilienverwaltung und der Arbeitssicherheit anbieten zu können.

Büro von Martina Lauer (links) und Sabine Jörg im Service-Center in Zweibrücken, rechts Sachgebietsleiter Franz-Josef Meurer.

NOTRUFKNOPF IN DEN SERVICE-CENTERN UND VOLLSTRECKUNGSSTELLEN

Die Bediensteten der Finanzämter können in Situationen geraten, in denen sie verbal oder möglicherweise auch körperlich angegriffen werden. Dabei sind insbesondere die Beschäftigten der Service-Center und der Vollstreckungsstellen gefährdet, da es in diesen publikumsintensiven Arbeitsbereichen häufig zu Einzelgesprächen mit Bürgern kommt. In diesen Fällen ist eine schnelle und detaillierte Alarmierung wichtiger Bestandteil eines sicheren Arbeitsplatzes.

Diese Forderung wurde in 2011 gestellt und die Umsetzung im Organisationsreferat der Oberfinanzdirektion angesiedelt. Zusammen mit der ZDFin wurde nach einer technisch geeigneten Lösung gesucht. Dabei wurde die Anbindung an die vorhandene Telefonanlage, Einbindung in das IT-Netz sowie Personensuchanlagen hinsichtlich der Machbarkeit und Finanzierbarkeit untersucht. Es wurde ein Gespräch mit dem Polizeipräsidium Koblenz - Zentrum polizeiliche Prävention - geführt. Weiterhin wurden im Jobcenter der Agentur für Arbeit Informationen über deren Notrufsystem eingeholt. Da deren Spezialsoftware nur auf PC's lauffähig war, kam sie für die Finanzverwaltung nicht in Betracht.

Nach einem Besuch im Mai 2012 beim Finanzamt Frankfurt II, in dem die Notrufsoftware „LUKAS" im Einsatz ist, war die Entscheidung gefallen. „LUKAS" von der Düsseldorfer Firma Thum sollte beschafft werden. Nachdem die Anzahl der Softwarelizenzen und der Notrufknöpfe bekannt waren, wurde die Beschaffung als freihändiges Verfahren im Rahmen des Pakts für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes vorgenommen.

Zunächst fand ein Test an einigen Arbeitsplätzen innerhalb der OFD statt. Ab Februar 2013 wurde im Finanzamt Mayen der Mitarbeiteralarm „LUKAS" pilotiert. Mitte November 2013 wurden in fünf Informationsveranstaltungen je ein ADV-Bearbeiter sowie je ein Bearbeiter aus dem Service-Center und der Vollstreckungsstelle über die Installation und Funktionalität des Systems unterrichtet. Anschließend wurden die Notrufknöpfe und die Dienstanweisungen an die Finanzämter versandt und die Installation vorgenommen.

Notrufknopf (Anbringung unter Schreibtisch).

ERHEBUNGSVERFAHREN 2013 IN DEN FINANZKASSEN/DER LANDESFINANZKASSE

Statistik über die Anzahl personell angewiesener Buchungsanweisungen

Die nachfolgende Übersicht spiegelt die Aufgabengliederung der Personalbedarfsberechnung wider und stellt den Stand sowie die Veränderungen bei den personell angewiesenen Buchungsanweisungen in einem Zweijahresvergleich dar.

Positiv ist festhalten, dass sich die Gesamtzahl aller personell angewiesener Buchungsanweisungen im Zweijahresvergleich 2013 / 2012 nur um 0,7 % erhöht hat, während die Zunahme im Zwei-Jahresvergleich 2012 / 2011 noch 1,0 % betrug. Mit dazu beigetragen hat die teilweise Wiedereinführung der Zahlungshinweise vor Fälligkeit.

Statistik über die Fallzahlen personeller Eingaben in der Landesfinanzkasse/den Finanzkassen im Kj. 2013 und 2012

Aufgabe	Daun	Idar-Oberstein	Montabaur	Pirmasens	insgesamt OFD Koblenz
Bearbeitung von Vollziehereinzahlungen					
Fallzahlen 2013	12.412	12.862	20.153	16.345	**61.772**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	-289	-3.253	-1.831	-3.775	**-9.148**
Bearbeitung von Scheckeinzahlungen					
Fallzahlen 2013	2.427	5.242	8.695	5.692	**22.056**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	-642	-1.488	-1.291	-2.031	**-5.452**
Bearbeitung von sonstigen Einzahlungen					
Fallzahlen 2013	8.312	12.719	12.761	44.586	**78.378**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	378	1.695	1.323	16.834	**20.230**
Personelle Erstattungen					
Fallzahlen 2013	1.997	1.368	2.034	2.338	**7.737**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	-455	88	-354	182	**-539**
Korrektur von Ist-Zahlungen					
Fallzahlen 2013	4.484	13.986	9.624	8.600	**36.694**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	1.523	4.194	262	-542	**5.437**
Bearbeitung von 600er-Verwahrungen/Vorschüssen					
Fallzahlen 2013	10.275	12.315	15.702	9.966	**48.258**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	4.934	1.912	3.021	1.098	**10.965**
Abwicklung unklarer Gutschriften im EZÜ-Verfahren					
Fallzahlen 2013	144.236	470.624	474.571	411.858	**1.501.289**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	5.163	23.639	18.028	18.923	**65.753**
Umbuchungen					
Fallzahlen 2013	167.229	321.564	343.607	269.779	**1.102.179**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	7.469	-2.113	-5.485	-12.413	**-12.542**
Auszahlungen in Fällen mit Erstattungshinderungsgründen					
Fallzahlen 2013	34.772	98.218	98.225	82.353	**313.568**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	-91	-231	-10.569	-3.660	**-14.551**
Übernahmen (incl. Kontenumsetzungen)					
Fallzahlen 2013	45.794	128.051	130.366	140.111	**444.322**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	2.587	-9.876	-11.080	-4.153	**-22.522**
Bearbeitung von 000er-Verwahrungen					
Fallzahlen 2013	67.499	82.251	85.432	53.942	**289.124**
Änderungen gegenüber 2012: absolut	962	-5.780	-2.885	-2.218	**-9.921**
Zusammenfassung					
Fallzahlen 2013	499.437	1.159.200	1.201.170	1.045.570	**3.905.377**
Änderungen gegenüber 2012 absolut	21.539	8.787	-10.861	8.245	**27.710**
Änderungen gegenüber 2012: in %	4,5 %	0,8 %	-0,9 %	0,8 %	**0,7 %**
Landesweiter Anteil	**12,8%**	**29,7 %**	**30,8 %**	**26,8%**	**100,0%**

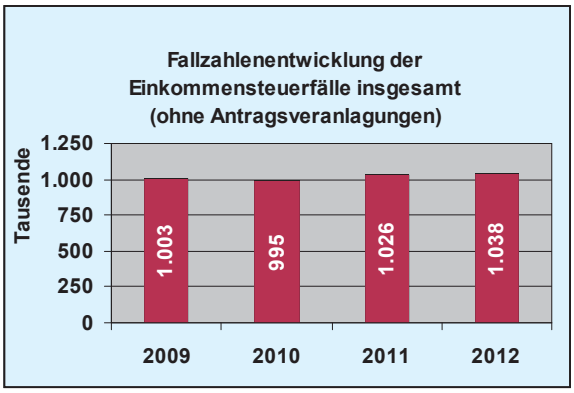
FACHBEREICHE

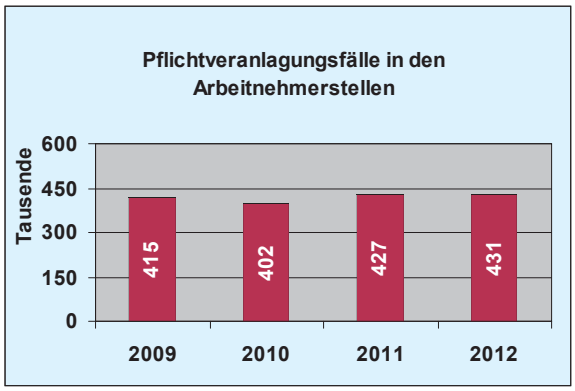
FALLZAHLENENTWICKLUNG BEI DEN ERTRAGSTEUERN

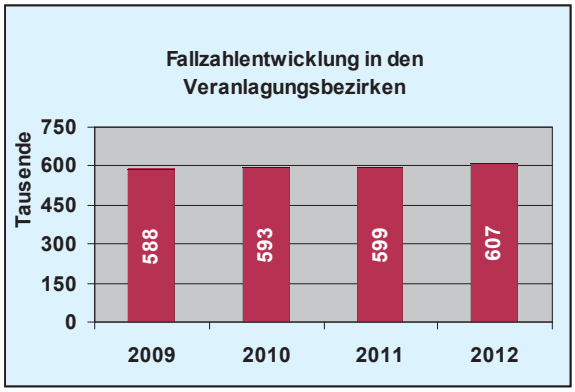
Die Arbeitsergebnisse der Veranlagungsstellen sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Quelle: Leistungsvergleich oder Daten des Leistungsvergleichs

Einkommensteuer





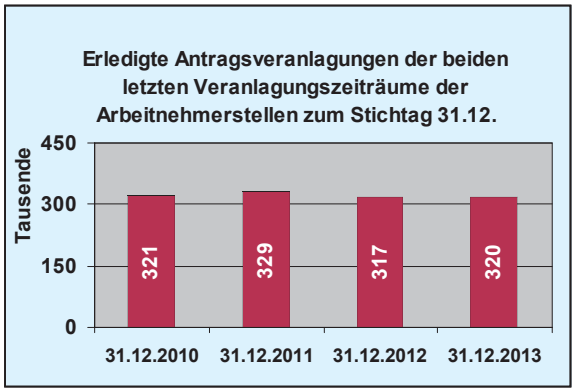


Die Fallzahl in den Veranlagungsbezirken und die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2012 um 11.423 (+1,11%) auf 1.037.670 (Vorjahr: 1.026.247) erhöht.

In den Arbeitnehmerstellen ist die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle des Veranlagungszeitraums 2012 gegenüber dem Vorjahr um 3.840 (+0,90%) auf 430.946 (Vorjahr: 427.106) gestiegen. Die Zahl der Einkommensteuer-Fälle der Veranlagungsbezirke hat sich im gleichen Zeitraum um 7.583 (+1,27%) erhöht.

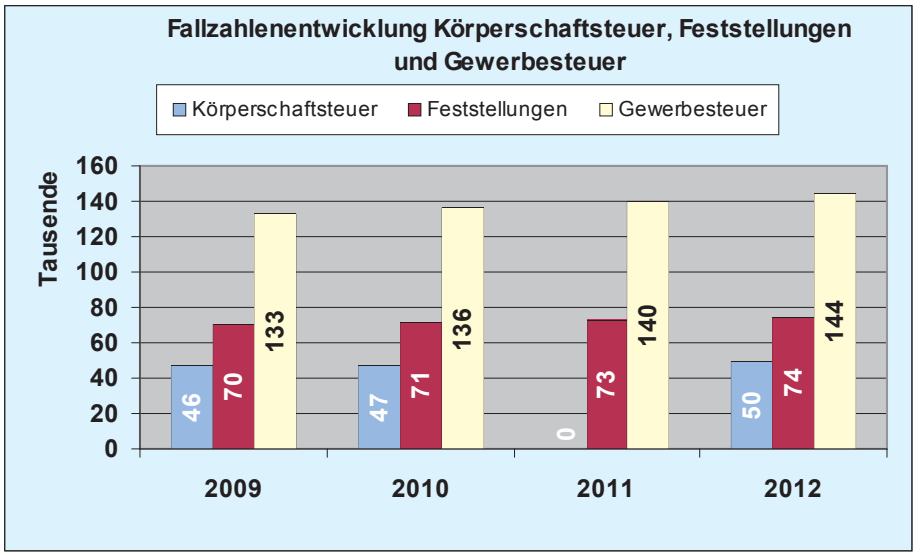
Bis zum 31.12.2013 waren - ohne Antragsveranlagungsfälle - 717.369 Einkommensteuer-Veranlagungen 2012 (69,13%) durchgeführt, was einen gegenüber dem Vorjahr um 0,67 % leicht gestiegenen Veranlagungsstand zur Folge hat.

Bis zum 31.12.2012 waren - ohne Antragsveranlagungsfälle - 676.763 Einkommensteuer-Veranlagungen 2011 (68,46%) durchgeführt, was einen gegenüber dem Vorjahr um 0,26 % geringfügig gestiegenen Veranlagungsstand zur Folge hat.



Die Anzahl der im maßgebenden Zeitraum von 4 Jahren gestellten Anträge und durchgeführten Antragsveranlagungen wird statistisch nicht mehr ermittelt. Im Kalenderjahr 2013 wurden für den Veranlagungszeitraum 2011 und 2012 insgesamt 320.443 Fälle (Vorjahr 317.282) erledigt. Die Zahl der erledigten Fälle hat sich somit um 3.161 (+ 0,99 %) leicht erhöht

Körperschaftsteuer



Quelle: Leistungsvergleich

Die Anzahl der Körperschaftsteuerfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2012 (49.774 Fälle) gegenüber 2011 um 1.273 Fälle (= 2,62 %) erhöht.
Bis zum 31.12.2013 waren 24.069 Veranlagungen 2012 (= 48,36%) durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang um 0,14% zu verzeichnen.

Feststellungen

Die Anzahl der Feststellungsfälle (siehe obiges Diagramm) hat sich im Feststellungszeitraum 2012 gegenüber 2011 um 1.468 Fälle (+2,02%) etwas erhöht.
Bis zum 31.12.2013 waren 36.099 Feststellungen 2012 (= 48,74 %) durchgeführt. Im Vergleich zu dem Vorjahr bedeutet dies einen fast identischen Bearbeitungsstand (Minderung um 0,11%).

Gewerbesteuer

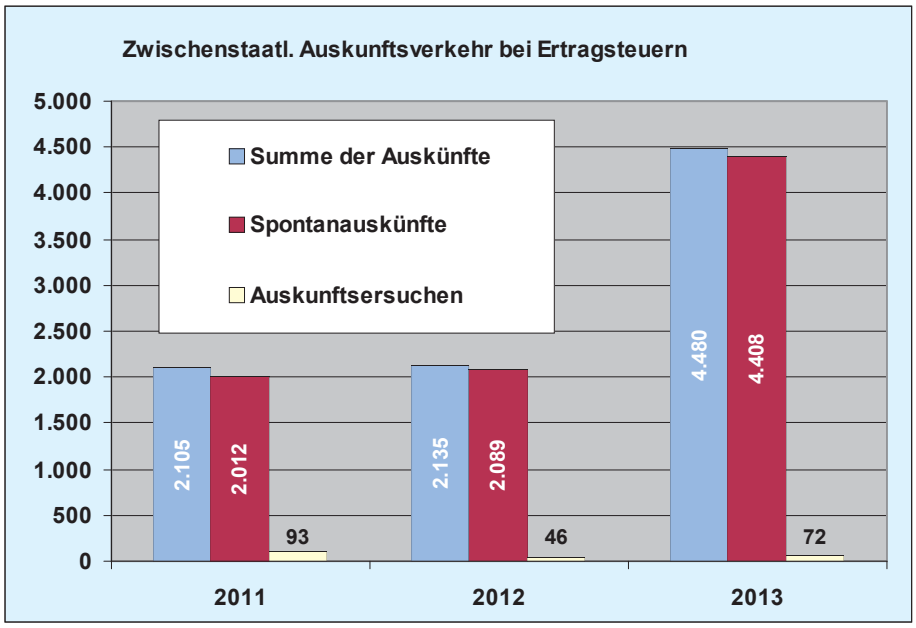
Die Anzahl der Gewerbesteuerfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2012 gegenüber 2011 um 4.492 Fälle (+3,21 %) erhöht.

Bis zum 31.12.2013 waren 57.387 Veranlagungen 2012 (= 39,72 %) durchgeführt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr wiederum eine geringe Steigerung um 0,2 %.

Freistellung bei Bauleistungen

Im Kalenderjahr 2013 wurden 17.351 Anträge auf Freistellung bei Bauleistungen gestellt und 17.161 Bescheinigungen ausgestellt. In 160 Fällen wurde die Bescheinigung widerrufen; in 30 Fällen zurückgenommen.

Zwischenstaatlicher Auskunftsverkehr bei Ertragsteuern



Die Anzahl der Spontanauskünfte und Auskunftsersuchen (4.480) im Bereich der Ertragsteuern ist im Kalenderjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 2.319 Anfragen bzw. Auskünfte (+107,31 %) erheblich gestiegen.

FORTBILDUNG IM ERTRAGSTEUERRECHT

Im Kalenderjahr 2013 wurde die Fortbildung im Ertragsteuerrecht mit hohem Zeit- und Arbeitsaufwand weiter intensiv fortgeführt. Sehr erfreulich war die Bereitstellung von zusätzlichem Etat im Laufe des Jahres, aufgrund dessen weitere Fortbildungsveranstaltungen (z.B. im Bereich der Bodengewinnbesteuerung) möglich wurden. Die Fortbildungsthemen waren über das gesamte Rechtsgebiet breit gefächert und umfassten sowohl aktuelle Fragen und Rechtsänderungen, insbesondere im Einkommen-, Körperschaft-, Umwandlungs- und Lohnsteuerrecht sowie im Internationalen Steuerrecht, als

auch jeweils einwöchige Lehrgänge für dienstjunge Sachgebietsleiter, Sachbearbeiter und Mitarbeiter zur Einführung in besondere Bereiche des Ertragsteuerrechts. Außerdem wurden die Bediensteten der Servicehotline und der Servicecenter in ausgewählten Fachthemen durch die Kollegen vom Referat St 32 fortgebildet.

In den Bereichen des Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuer- und Umwandlungssteuerrechts sowie bei der Anteilseignerbesteuerung erfolgte die Fortbildung überwiegend durch Großveranstaltungen. Neben den Schulungen für den Innendienst fanden Fortbildungsveranstaltungen für den Außendienst statt.

In sechs eintägigen Veranstaltungen "Start der Veranlagung 2012" wurden im Februar über 400 Teilnehmer die Änderungen im maschinellen Verfahren und den Erklärungsvordrucken vermittelt. Durch das bewährte Modell der Multiplikatorenschulung konnte auch im Jahr 2013 ein große Zahl von Bediensteten mit vergleichsweise geringem Kostenaufwand fortgebildet werden.

Für den Bereich der Ertragsbesteuerung von Personenunternehmen wurden darüber hinaus Fortbildungsveranstaltungen für Bedienstete der allgemeinen Veranlagungsstellen und der Veranlagungsstellen für Personenhandelsgesellschaften durchgeführt. Insbesondere war es im Jahr 2013 möglich, eine eigene Veranstaltung für Mitarbeiter der Veranlagungsstellen für Personenhandelsgesellschaften durchzuführen.

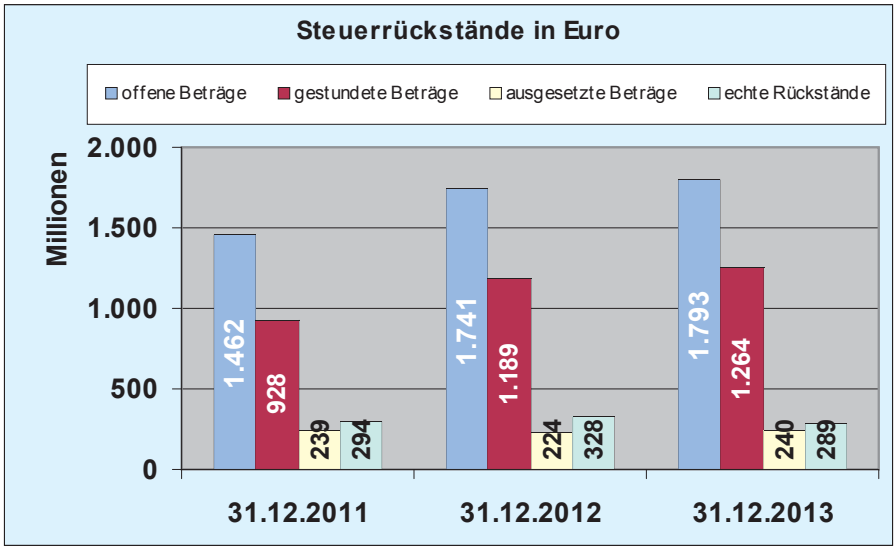
Das vierzehnte Steuerforum Rheinland-Pfalz - ein hochkarätiger zweitägiger Steuerkongress - fand 2013 erneut in der Mittelrheinhalle Andernach statt und erzielte bei den insgesamt über 350 Zuhörern aus den Steuerabteilungen des Bundes und der Länder sowie von Seiten der steuerberatenden Berufe wiederum ein ausgezeichnetes Echo.

VOLLSTRECKUNG

Die Steuerrückstände und die Arbeitsergebnisse der Vollstreckung sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Volumen der Steuerrückstände

Im Berichtszeitraum 2013 betrug das Kassensoll 20.819 Mio. € (Vorjahr 20.232 Mio. €). Die noch offenen Beträge haben sich wie folgt entwickelt:



Die Erhöhung des Stundungsvolumens ist auf das Stundungsverfahren nach § 6 Abs. 5 Außensteuergesetz (AStG) zurückzuführen (rd. 1.157 Mio. €)

Beitreibung der Steuerrückstände

Zur Beitreibung der Steuerrückstände waren im vergangenen Jahr 104 Sachbearbeiter und 172 Mitarbeiter im Innendienst (in 2012: 177 Mitarbeiter) sowie 37 Vollziehungsbeamte im Außendienst und 10 Liquiditätsprüfer eingesetzt.

Insgesamt hatten die Vollstreckungsstellen Rückstände (BT 92) im Gesamtvolumen von ca. 549 Mio. € zu bewältigen. Hiervon hat jeder Vollziehungsbeamte im Durchschnitt 0,4 Mio. € beigetrieben.

Die Intensität, mit der im Berichtszeitraum vollstreckt wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

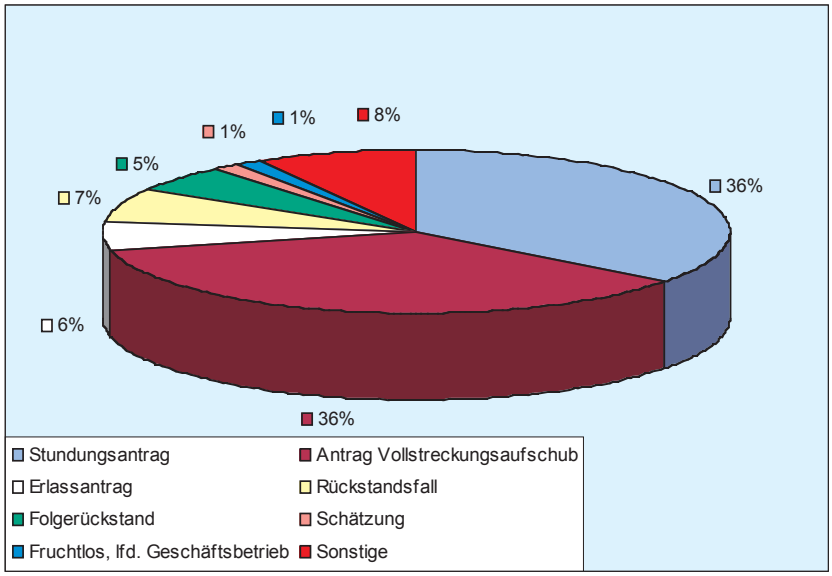
Sachpfändungen	6.350
Pfandverwertungen	545
erwirkte Durchsuchungsbeschlüsse	576
Forderungspfändungen	66.087
eingeleitete Verfahren nach § 284 AO	358
erwirkte Haftbefehle	118
Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek	1.067
Antrag auf Zwangsabmeldung von Kfz	16.042

Liquiditätsprüfung

Im Berichtszeitraum 2013 wurden die Liquiditätsprüfer in 410 Fällen von den Finanzämtern mit der Prüfung beauftragt.

In 45 Fällen wurden die bestehenden Abgabenforderungen bereits nach Prüfungsankündigung vollständig gezahlt. Neue - bislang unbekannte Vollstreckungsmöglichkeiten - wurden in 157 Fällen, anfechtbare Rechtshandlungen in 8 Fällen festgestellt.

Die Prüfungsgründe ergeben sich aus der nachfolgenden Darstellung:



Für die Liquiditätsprüfer fand am 10.09.2013 in der OFD Koblenz ein Erfahrungsaustausch statt.

VoSystem

In 2013 fanden drei einwöchige Einführungsschulungen in das VoSystem statt. Allen Teilnehmern wurde eine eintägige Nachbetreuung in ihrem jeweiligen Finanzamt angeboten.

Zudem fand in 2013 wieder ein zweitägiges Einführungsseminar für Sachgebietsleiter im Finanzamt Koblenz statt.

Fortbildung in der Vollstreckung

In 2013 wurden Einführungsveranstaltungen für dienstjunge Sachbearbeiter sowie dienstjunge Mitarbeiter durchgeführt, die erstmals in der Vollstreckung eingesetzt waren.

Die dienstjungen Sachbearbeiter wurden vom 02.12.-06.12.2013 in der OFD Koblenz geschult. Die jungen Kollegen wurden mit vielen praktischen Themen, u. a. Besuch des Insolvenzgerichts Koblenz, auf den Praxiseinsatz vorbereitet. Daneben wurden die neuen Kollegen auch in der Bearbeitung der Stundung- und Erlassanträge geschult. Ein Aufbaulehrgang fand vom 05.02.-07.02.2014 in Speyer statt.

Unter fachlicher Begleitung durch das Vollstreckungsreferat fand am 25.06.-26.06.2013 für die dienstjungen Sachbearbeiter ein zweitägiges Seminar in der Gesprächs- und Verhandlungsführung statt.

Die dienstjungen Mitarbeiter wurden im März 2013 in Koblenz eine Woche lang auf die Vollstreckungspraxis vorbereitet. Darüber hinaus wurden sie in einem zweitägigen Seminar vom 04.09. auf den 05.09.2013 in der Gesprächs- und Verhandlungsführung geschult.

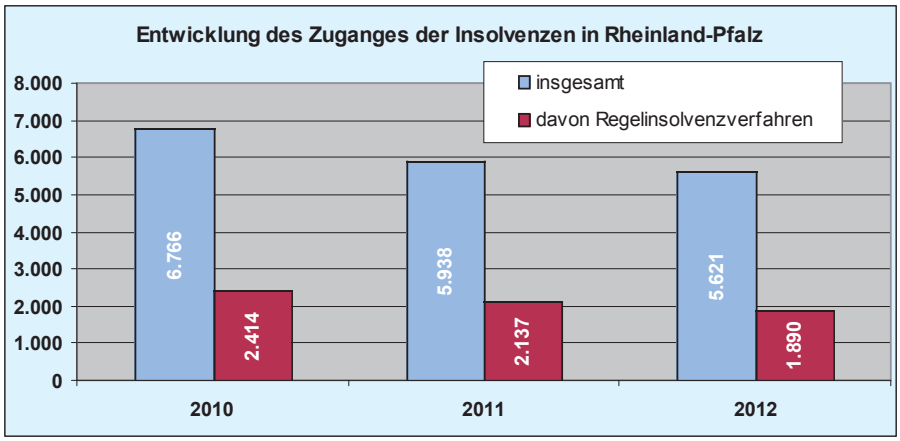
Im Bereich der Vermögensauskunft wurden vier eintägige Fortbildungsveranstaltungen am 26.02., 28.02., 05.03. und 07.03.2013 zu der Einführung des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung durchgeführt.

Die Vollstreckungsreferenten der Länder tagten vom 16.04.-17.04.2013 in der Oberfinanzdirektion Koblenz. Thematisiert wurden u. a. die Reform der Sachaufklärung, Probleme im Umgang mit sog. Reichsdeutschen, Risikomanagement in der Vollstreckung und insolvenzrechtliche Probleme.

Insolvenzrecht

Vom 13.05. bis 15.05.2013 fand in der OFD Koblenz die Sitzung der länderübergreifenden Arbeitsgruppe Insolvenz statt. Schwerpunkte waren neben den Änderungen des § 55 Abs. 4 Insolvenzordnung auch die Überarbeitung der Vollstreckungskartei zur Aufrechnung im Insolenzverfahren.

In 2012 ist die Anzahl der eröffneten Insolvenzverfahren erneut leicht rückläufig (- 5%). Für das Jahr 2013 setzt sich diese Entwicklung weiter fort.

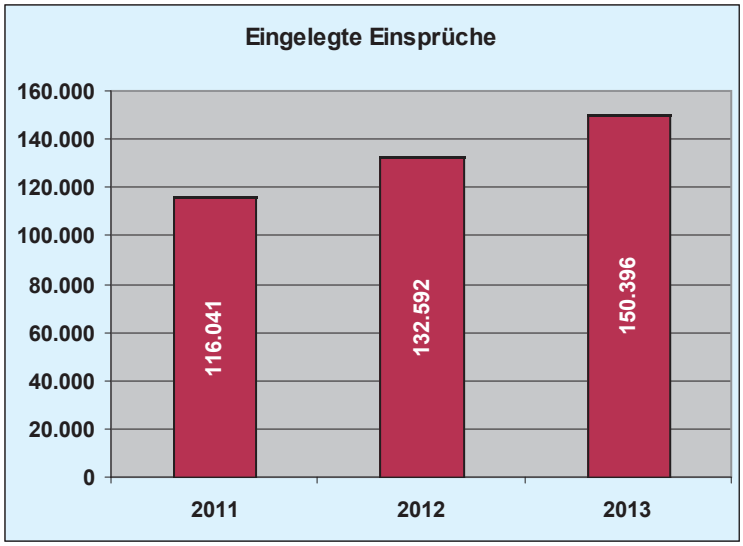


FALLZAHLENENTWICKLUNG IM RECHTSBEHELFSVERFAHREN

Die dargestellten Zahlen basieren auf Erhebungen für die Bundesstatistik im Rechtsbehelfsverfahren.

Einspruchsverfahren

Die Zahl der Einsprüche am 01.01.2013 lag bei 230.342 (01.01.2004 nur 82.514 Einsprüche; 01.01.2012: 213.434 Einsprüche) und weist damit gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Anstieg aus.

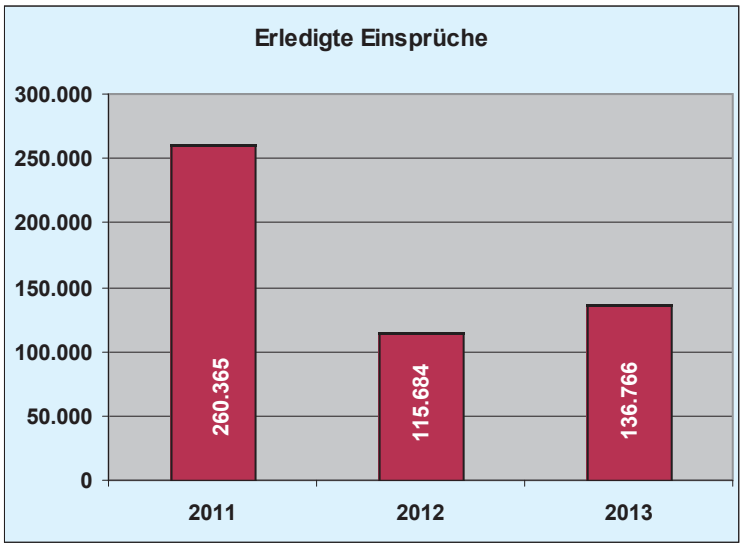


In 2013 wurden insgesamt 150.396 Einsprüche eingelegt. Im Vergleich zum Vorjahr macht dies eine Steigerung von 11,8% aus. Dabei ist zu beachten, dass die Zugangszahlen stark davon abhängen, welche neuen Musterverfahren mit Breitenwirkung bei den Gerichten im Berichtszeitraum anhängig geworden sind, auf die sich die Einspruchs- führer in ihrem Einspruch berufen. Im Vergleich zu Jahren wie 2008 oder 2009 - mit Zugangszahlen von je etwa 200.000 Einsprüchen - stellt sich die Situation in 2013 noch „moderat" dar. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Steuerbescheide vielfach bereits mit Vorläufigkeitsvermerken versehen sind, die den Steuerfall punktuell offen halten, ohne dass ein Einspruch eingelegt werden muss.

Nach wie vor wird aber trotzdem - insbesondere im Veranlagungsbereich - ein erheblicher Anteil der Einsprüche nicht mit Fehlern bei der individuellen Steuerfestsetzung begründet, sondern es wird ausschließlich auf anhängige gerichtliche Musterverfahren verwiesen, die die Verfassungsmäßigkeit oder die einzelgesetzliche Auslegung einer Steuerrechtsnorm betreffen (= reine Masseneinsprüche). Auf diesem Wege möchten die Einspruchsführer von möglichen günstigen Entscheidungen der Finanzgerichte, des Bundesfinanzhofs oder des Bundesverfassungsgerichts auch in ihrem Steuerfall profitieren.

Bei der Einkommensteuer (ESt) gingen Masseneinsprüche z. B. zu folgenden Streitfragen ein:

- Verfassungsmäßigkeit des Ansatzes einer zumutbaren Belastung bei der steuerlichen Berücksichtigung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung mit ca. 13.400 Einsprüchen
- Verfassungsmäßigkeit der beschränkten Abziehbarkeit von sonstigen Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG inkl. anhängiger Musterverfahren zur Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (ggf. im Wege des negativen Progressionsvorbehalts) mit ca. 10.500 Einsprüchen
- Pauschaler Kilometergeldansatz bei Dienst- und Geschäftsreisen mit ca. 1.000 Einsprüchen
- Reichweite der Vorläufigkeitsvermerke mit ca. 1.000 Einsprüchen

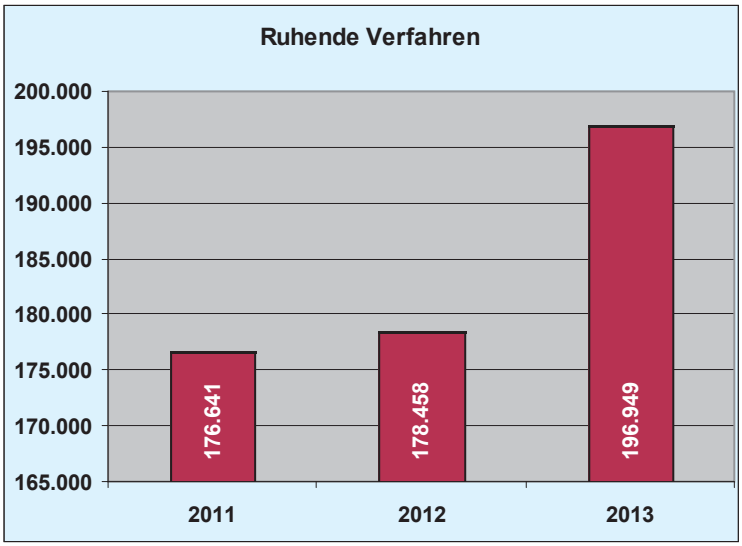


In 2013 wurden 136.766 Einsprüche erledigt. Dies entspricht im Vergleich zu 2012 einer Steigerung von gut 18%. Die Erledigungszahlen in 2011 waren außergewöhnlich hoch. Mittels eines Sonderrechenlaufs konnten in 2011 allein mehr als 116.000 Einsprüche dadurch erledigt werden, dass den Steuerfällen im nachhinein Vorläufigkeitsvermerke hinzugefügt werden konnten. Berücksichtigt man diese Sondersituation in 2011, lagen die Erledigungen in 2013 auf einem positiven Niveau. Die Finanzämter wurden insbesondere bei der Erledigung der Massenrechtsbehelfe durch landeseinheitliche Anschreiben und Textbausteine unterstützt, mit denen die Einspruchsführer nach Beendigung der Verfahrensruhe um Rücknahme ihrer Einsprüche ersucht werden konnten. Mit einer zentralen Aktion Anfang 2013 konnten hierdurch ca. 13.700 erledigungsfähige Einsprüche aufgegriffen werden. Im Laufe des Jahres 2013 konnten die Finanzämter bei der Abarbeitung der Masseneinsprüche die zur Verfügung gestellten Bausteine ebenfalls nutzen.

In 2013 lag die Abhilfequote in der Einspruchsbearbeitung bei ca. 56%. Diese Quote bedeutet aber nicht, dass die angegriffenen Steuerbescheide tatsächlich in mehr als der Hälfte der strittigen Fälle fehlerhaft waren. Teils wurden nämlich von den Einspruchsführern noch Belege im Einspruchsverfahren nachgereicht oder einem Einspruch wurde durch das nachträgliche Setzen eines Vorläufigkeitsvermerks abgeholfen, da dieser

Vermerk erst nach Einlegung des Einspruchs bundeseinheitlich festgelegt wurde. Die Rücknahmequote lag 2013 bei 31,7%, in 11,2% der Fälle ergingen Einspruchsentscheidungen und in 0,3% der Fälle Teil-Einspruchsentscheidungen.

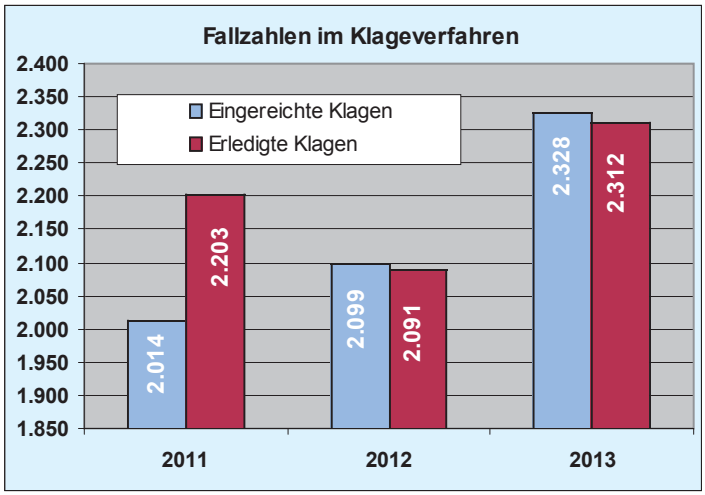
Die Zahl der ruhenden Einspruchsverfahren lag in 2013 bei 196.949 Fällen. Dies entspricht fast 81% der am 31.12.2013 noch unerledigten 243.615 Einsprüche.



Klageverfahren

Die Anzahl der eingelegten Klagen ist gegenüber dem Vorjahr um 229 Klagen (+ 10.9%) auf 2.328 Klagen gestiegen. Bei insgesamt 2.312 erledigten Klagen erfolgte in 126 Fällen (= 5,4%) eine volle Stattgabe durch das Finanzgericht. Die Stattgabequote 2013 ist damit weiter unauffällig (2009 = 5,5%; 2010 = 4,4%; 2011 = 5,0%; 2012 = 4,2%).

In 2013 wurden die Entscheidungen des Finanzgerichts in 50 Fällen (Vorjahr 35) mit Revision und in 154 Fällen (Vorjahr 338) mit Nichtzulassungsbeschwerde angegriffen.



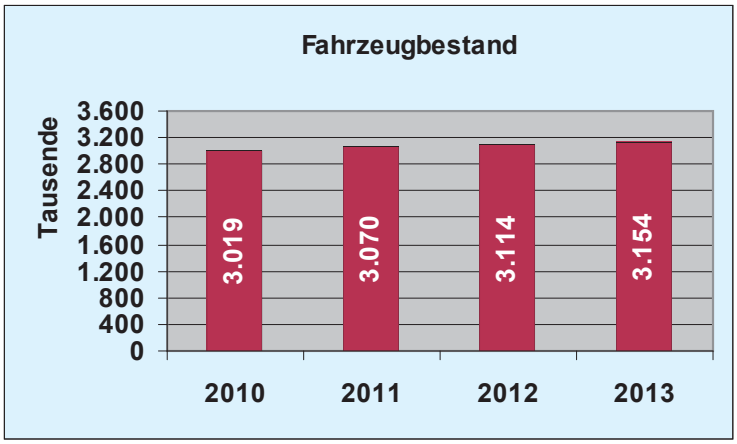
Tagungen zur Abgabenordnung

In 2013 fand eine Klimatagung mit dem Finanzgericht statt. Hier wurden beispielsweise Themen besprochen, wie das Verfahren vor dem Güterichter, der Umgang mit eDaten bei der Bearbeitung von Einsprüchen gegen Einkommensteuerfestsetzungen bzw. gesonderte Feststellungen oder die Laufzeiten des Postversands bis zur Bekanntgabe von Einspruchsentscheidungen.

VERKEHRSTEUERN UND EINZELSTEUERN

Die Arbeitsergebnisse der Stellen für die Verkehrs- und Einzelsteuern ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Erläuterungen:

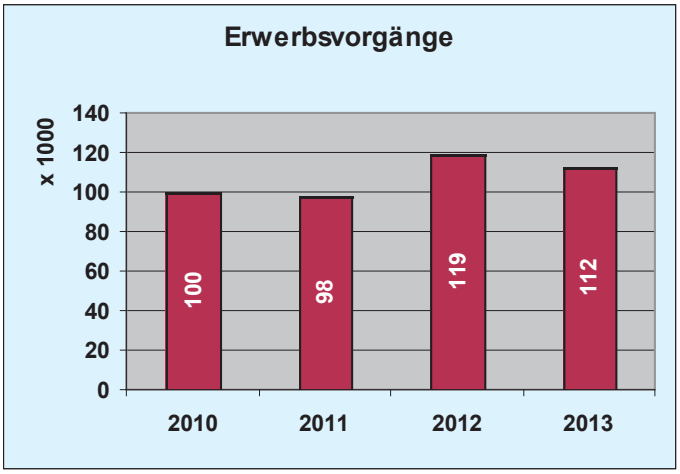
Kraftfahrzeugsteuer

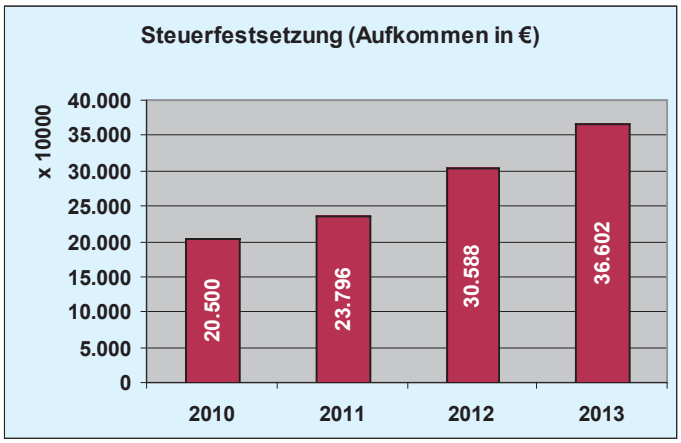


Zum 01.01.2013 waren bei den Finanzämtern 3.154.080 Fahrzeuge steuerlich erfasst. Der Bestand erhöhte sich in 2013 wiederum geringfügig um 40.442 Fahrzeuge (+1,30%).

Grunderwerbsteuer

Fallzahlen und Aufkommensentwicklung





Die Zahl der Erwerbsvorgänge ist im Vergleich zum Vorjahr zwar um 5,39 % gesunken, das Aufkommen hat jedoch um 19,66 % deutlich zugenommen.

Fortbildung zur Grunderwerbsteuer

Für die Sachbearbeiter und Sachgebietsleiter der Grunderwerbsteuerstellen wurde eine eintägige Fortbildungsveranstaltung durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem für die Fortbildung der Betriebsprüfer zuständigen Referat wurden insgesamt zwei Veranstaltungen zu dem Thema "Gesetzliche Grundlagen und gesellschaftsrechtliche Besonderheiten der Grunderwerbsteuer" durchgeführt.

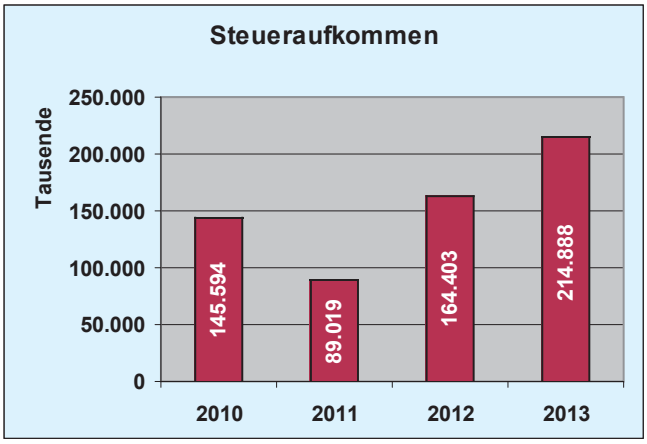
Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

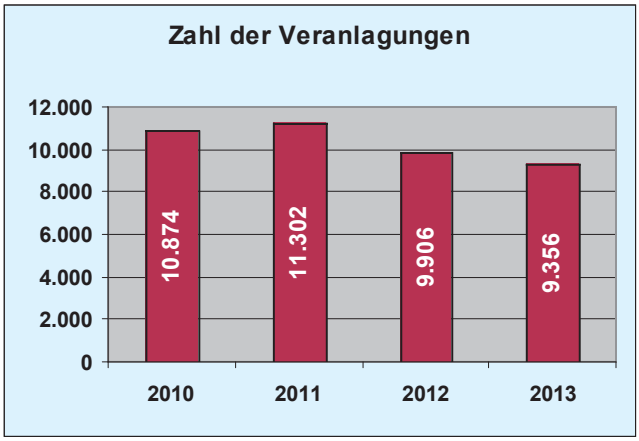
Fallzahlen und Aufkommensentwicklung

Gegenüber den Vorjahren ergab sich in 2013 ein leichter Rückgang bei der Zahl der erstmaligen Veranlagungen. Erfolgten in 2012 noch 9.906 Erstfestsetzungen im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer, so ist dieser Wert in 2013 auf 9.356 Veranlagungen gefallen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei im Wesentlichen um eine Folge des seit 01.01.2009 geltenden Erbschaftsteuerrechts handelt.

Das Steueraufkommen betrug im Kalenderjahr 2013 214.887.893 €. Somit ist das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahr um 30,71 % gestiegen. Das Steueraufkommen in 2013 wurde durch einen Einzelfall im Dezember 2013 merklich positiv beeinflusst.

In 45 Fällen (Vorjahr 19 Fällen) wurde im Kalenderjahr 2013 für einzelne Erwerbe Erbschaft- und Schenkungsteuer von jeweils mehr als 500.000 € festgesetzt.





Fortbildung

In 2013 fand im zweiten Halbjahr eine eintägige fachliche Fortbildung für die im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer eingesetzten Kollegen im Finanzamt Kusel-Landstuhl statt.

Die „Auster" Sondernutzer der Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl nahmen darüber hinaus zusammen mit den Kollegen aus den anderen Bundesländern an zwei mehrtägigen Workshops im Bildungszentrum des Landes Brandenburg in Königs-Wusterhausen teil.

Der überwiegende Teil der neu im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer eingesetzten Kollegen hat darüber hinaus an einem einwöchigen Grundkurs in der Bedienung des Programms Auster im Landesamt für zentrale Dienste in Saarbrücken bzw. im Bildungszentrum des Landes Brandenburg in Königs-Wusterhausen teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem für die Fortbildung der Betriebsprüfer zuständigen Referat wurden mehrere Veranstaltungen zu dem Thema „Schenkungsteuer bei Zuwendungen von Kapitalgesellschaften bzw. zwischen Kapitalgesellschaften" durchgeführt.

Organisatorische Veränderungen

Auch das Jahr 2013 war von den Arbeiten zur Zentralisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen am Standort Kusel geprägt. Die Zentralisierung wurde mit Migration des Datenbestandes der ehemals Koblenzer Erbschaftsteuerstellen im Dezember 2013 zum 31.12.2013 abgeschlossen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Kooperation mit dem Saarland geplant.

Bereich Spielbankaufsicht

Mit den Leitenden Aufsichtsbeamten der Spielbanken und deren Stellvertretern wurde ein Erfahrungsaustausch zur Erörterung aktueller Rechtsentwicklungen und Probleme in den Spielbanken des Landes durchgeführt.

EINHEITS- UND BEDARFSBEWERTUNG

Personaleinsatz in den Bewertungsstellen

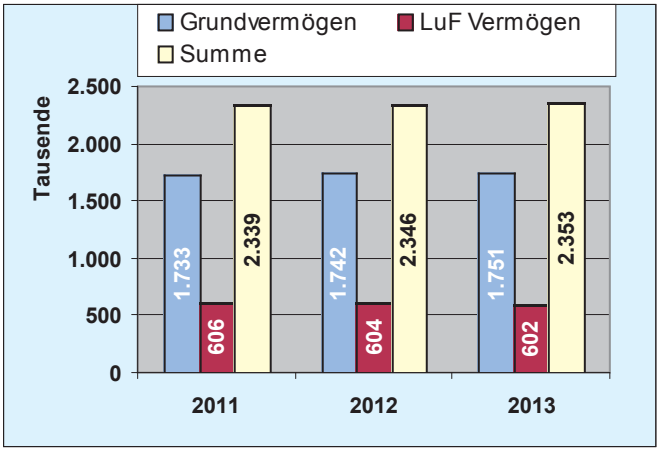
	Bedienstete
31.12.2011	185,97
31.12.2012	186,92
31.12.2013	185,95

Im 3-Jahresvergleich blieb der Personaleinsatz in den Bewertungsstellen nahezu konstant.

Die Arbeitsergebnisse der Bewertungsstellen sind in den folgenden Diagrammen dargestellt:

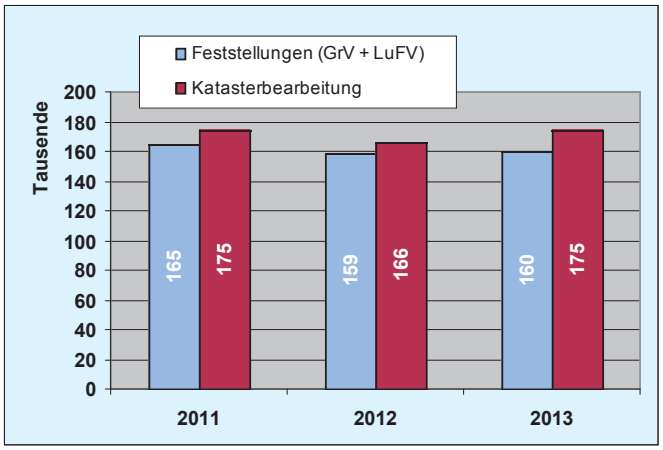
Einheitsbewertung

Zahl der wirtschaftlichen Einheiten



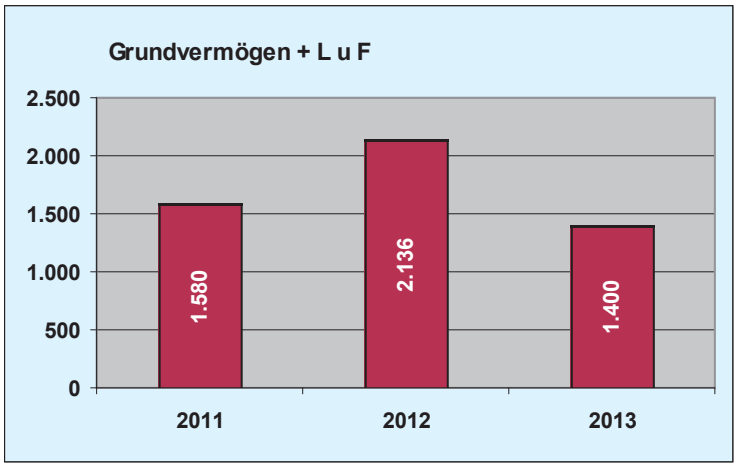
Wie bereits in den Vorjahren war auch in 2013 ein Anstieg der Zahl der wirtschaftlichen Einheiten im Bereich des Grundvermögens festzustellen. Dem stand nur ein leichtes Absinken der Fallzahlen im Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens gegenüber.

Feststellungen, Bestandspflege, Kataster



In 2013 wurden die Erledigungszahlen des Jahres 2012 sowohl im Bereich der maschinellen Einheitswertfeststellungen als auch in der Katasterbearbeitung übertroffen. Dementsprechend sank die Zahl der offenen Katasterfälle von 23.792 (31.12.2012) auf 20.330 (31.12.2013). Die Zahl der offenen Katasterfälle entwickelte sich in 2013 in den Finanzämtern regional unterschiedlich.

Erledigte Einspruchsverfahren zur Einheitsbewertung

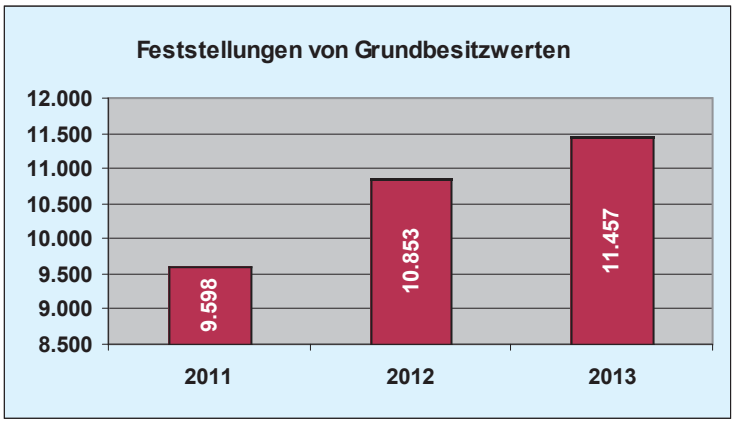


Nach Abklingen der öffentlichen Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung im Jahr 2012 ging die Zahl der Rechtsbehelfe in 2013 deutlich zurück.

Bedarfsbewertung

Feststellungen der Grundbesitzwerte

Die Fallzahlen umfassen die Anzahl der Feststellungen von Grundbesitzwerten für Zwecke der Erbschaft- und Schenkung- sowie der Grunderwerbsteuer.

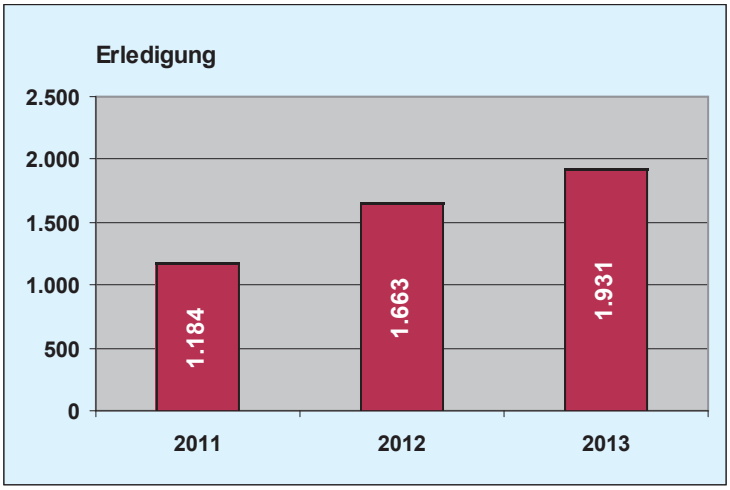


Auch in 2013 ist wiederum ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Volumen der Grundbesitzwerte

Das Volumen der Grundbesitzwerte der Bedarfswertfeststellungen aller Ämter lag in 2013 bei 3,2 Mrd. Euro und damit deutlich über dem Vorjahreswert von 2,5 Mrd. Euro. Die Grundbesitzwerte werden für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie der Grunderwerbsteuer festgestellt.

Erledigte Einspruchsverfahren zur Bedarfsbewertung



Die Zahl der erledigten Rechtsbehelfe ist auch in 2013 spürbar angestiegen. Die Gründe hierfür liegen zum einen an der gegenüber 2012 erneut gestiegenen Zahl der Feststellungen und zum anderen an der Streitbehaftung der festgestellten Grundbesitzwerte. So stieg die Zahl der eingereichten Verkehrswertgutachten von 523 im Jahr 2012 auf 632 im Jahr 2013.

Feststellungen nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2-4 BewG

In den in der Folge des ErbStRefG eingerichteten Zentralstellen für die gesonderte Feststellung des Werts von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Betriebsvermögen und sonstigen Vermögensgegenständen stieg die Zahl der Feststellungen von 510 im Jahr 2010 auf 1.278 im Jahr 2013.

Fortbildung

Im Jahr 2013 fanden vier Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und Rechtsfortbildung zwischen den Erbschaftsteuerstellen und den Bewertungsstellen einerseits und den Zentralstellen für die Bewertung von Betriebsvermögen andererseits sowie die jährliche Tagung der Sachgebietsleiter Bewertungsstellen jeweils unter der Leitung des Fachreferates statt. Daneben wurden zwei Veranstaltungen „Grundlehrgang Bedarfsbewertung nach ErbStRefG“ und die Mitwirkung an Fortbildungen für die allgemeinen Veranlagungsstellen, Bausachverständige und Workshops sowie einem Seminar der BFA geleistet.

TÄTIGKEITSBERICHT DER SACHVERSTÄNDIGEN

Allgemein

Die Sachverständigen sind zunehmend gefordert, in mündlichen Verhandlungen beim Finanzgericht eigene Gutachten und Wertermittlungen plausibel zu vertreten sowie mögliche Schwachstellen von Fremdgutachten kritisch zu würdigen. Der Wahrnehmung dieser Termine gehen in der Regel umfangreiche Sachverhaltsermittlungen und Stellungnahmen voraus. Hierbei sind die Sachverständigen auch im Rahmen von Rechtsbehelfsverfahren eingebunden.

Die Flucht in Sachwerte, extrem niedrige Kapitalmarktzinsen und der in Teilbereichen überproportionale Anstieg der Erzeugerpreise im Agrarbereich bewirken einen Anstieg von Pachtzinsen und Kaufpreisen für den Grund und Boden. Dies beeinflusst insbesondere das steuerliche Ergebnis bei Betriebsaufgaben.

Mit dem Erneuerbaren Energiengesetz sind neue Tätigkeitsfelder für die Sachverständigen entstanden. Der Grundstücksmarkt hat sich innerhalb weniger Jahre durch die Ausweisung von Windkraft- und Freiflächen mit Fotovoltaikanlagen sowie den großen Flächenbedarf zur Substratgewinnung für Biogasanlagen entscheidend verändert.

Fachgebiete

Landwirtschaft und Gartenbau

Anlässlich der referatsübergreifenden Tagung der Sachverständigen in Koblenz vom 10. – 11. September hatte die „grüne Front" einen Erfahrungsaustausch der besonderen Art. Neben den beiden zuständigen Sachbearbeitern Einkommensteuer LuF waren zusätzlich neun Sachverständige in die Veranstaltung eingebunden und stellten konkrete Einzelfälle aus dem breiten Spektrum ihres Tätigkeitsbereichs vor. Bereits am 5. Juni hatte in Koblenz ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch zur Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung und Vermessungs- und Katasterverwaltung stattgefunden. Hauptthemen waren Änderungen im organisatorischen und technischen Bereich im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz.

Im Vergleich der letzten Jahre zeigt sich der zunehmende Umfang des Einsatzes der Sachverständigen im Auftrag von Veranlagungsstellen und Betriebsprüfung. Auf die regionalen Unterschiede in der Beauftragung wurde bereits hingewiesen. Die Effizienz in der Zusammenarbeit wird allerdings durch die große personelle Fluktuation in den Veranlagungsbezirken erheblich beeinträchtigt.

Die Gesamtfläche der Bodenschätzung, die im Jahr 2013 von 10 ALS und deren vermessungstechnischen Mitarbeitern bearbeitet wurde, betrug 3.487 ha; darin sind die Wertermittlungen von 2.518 ha in 33 Flurbereinigungsverfahren enthalten.

Der Umfang der Tätigkeiten im Rahmen der Bodenschätzung und der Einheitsbewertung ist weiter rückläufig.

Forstwirtschaft

Insgesamt wurden 34 Anmeldungen zu kalamitätsbedingten Holznutzungen infolge höherer Gewalt vorgelegt. Eine abschließende Bearbeitung der Anträge auf Anwendung der ermäßigten Steuersätze nach § 34 b EStG wurde in 13 Fällen durchgeführt. Zur Feststellung der steuerlichen Nutzungssätze der privaten Forstbetriebe wurden 35 Betriebswerke überprüft. In 30 Fällen wurden Kaufpreisaufteilungen (Aufwuchs, Grund und Boden) abschließend bearbeitet. Für 18 Forstbetriebe waren Neubewertungen zur Feststellung der Einheitswerte erforderlich. Daneben wurde eine gutachtliche Stellungnahme zur Liebhaberei erarbeitet.

Weinbau

Der Arbeitsschwerpunkt im Fachreferat lag unverändert in der Erstellung und Überprüfung von Einzelgutachten. Dies bezieht sich primär auf Vorgänge mit Grundstücksbezug, aber auch auf das übrige Betriebsvermögen. Zur Begutachtung legten die Finanzämter vielfach externe Wertermittlungen zu weinbaufachlichen Fragestellungen vor. Insbesondere Betriebsanalysen und Ertragsprognosen zur Liebhabereiproblematik erforderten hierbei umfangreiche Stellungnahmen. Des Weiteren wurden Pachtpreisgestaltungen, Kaufpreisaufteilungen und Teilwertermittlungen bearbeitet sowie Betriebsaufgabeerklärungen auf Plausibilität, Vollständigkeit und zutreffende Wertfindung überprüft. Der Sachbearbeiter Weinbau wurde wiederholt in die Fortbildung Grundbuchrecherche für Angehörige der Veranlagungsstellen LuF eingebunden.

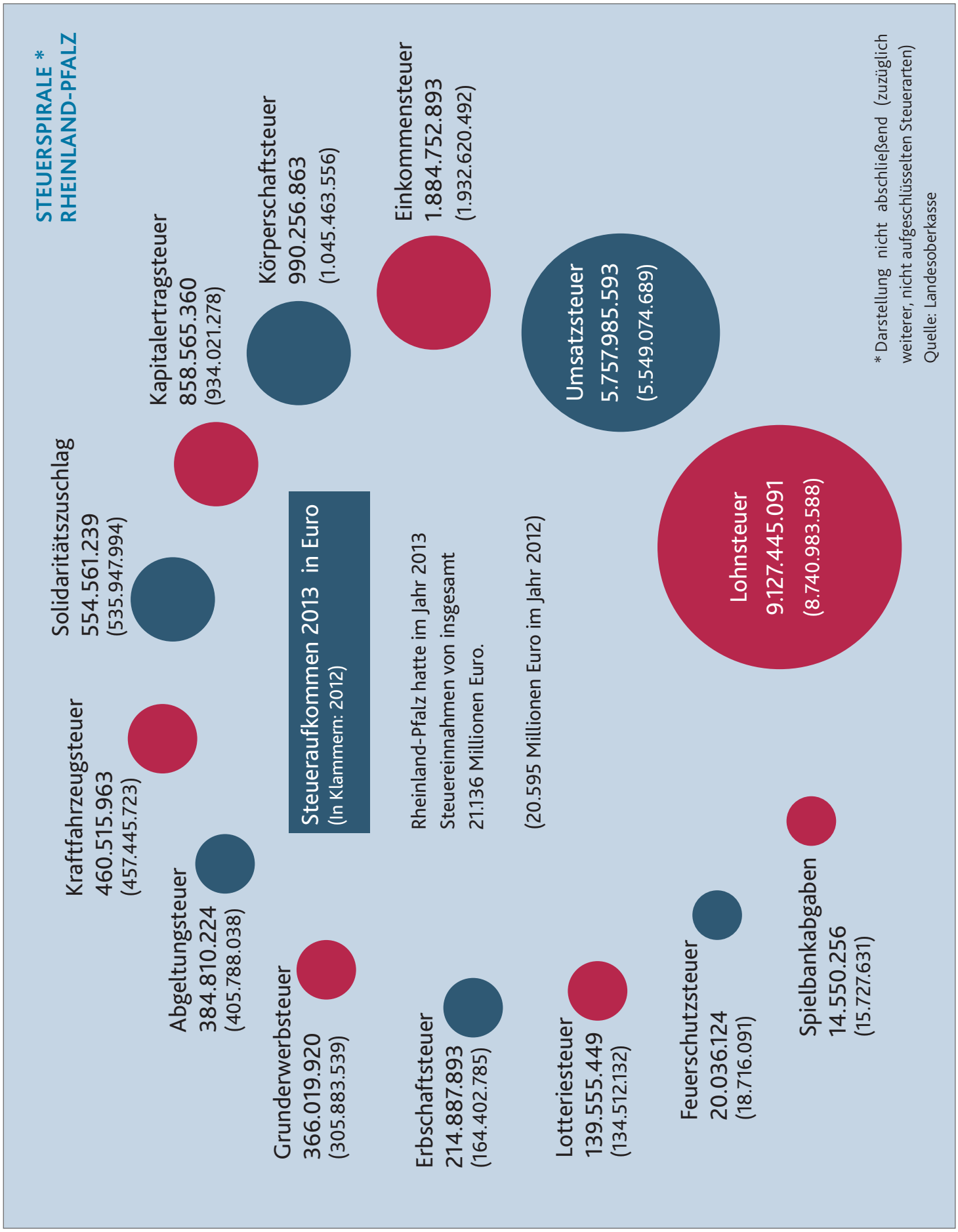
Bausachverständige

Die Bausachverständigen erstellten im Jahr 2013 Verkehrswertgutachten über insgesamt 368 Mio. €. Die Wertermittlungen dienen u. a. der Aufdeckung stiller Reserven bei der Entnahme aus dem Betriebsvermögen bzw. bei Betriebsaufgaben sowie der Feststellung von AfA-Bemessungsgrundlagen bei der Einlage von Grundstücken und Gebäuden in das Betriebsvermögen.

Wie im Vorjahr stellte die im Zuge der Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts erforderlich gewordene Überprüfung von Wertgutachten externer Sachverständiger im Zusammenhang mit § 198 BewG (Nachweis eines niedrigeren gemeinen Wertes) einen Arbeitsschwerpunkt mit weiterhin zunehmendem Auftragsvolumen dar.

Schwerpunkte der Fortbildungsveranstaltungen lagen im Bereich der Wertermittlungen im Zusammenhang mit Anlagen Erneuerbarer Energien sowie im Themenkomplex Sachwertrichtlinie (SW-RL) und Normalherstellungskosten NHK 2010.

Die Arbeit der Bausachverständigen ist durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet. Die ohnehin vorhandenen Arbeitsrückstände nehmen durch tlw. unerwartete Personalabgänge weiter zu. Diese Situation wird durch die notwendige intensive und zeitaufwendige Einarbeitung neuer Bausachverständiger noch verstärkt. In Anbetracht dieser Tatsache wurde der Aufstockung um eine halbe Stelle beim Finanzamt Neustadt zugestimmt. Seit August 2013 sind somit 19 Bausachverständige bei den Finanzämtern beschäftigt.


STEUERSPIRALE *
RHEINLAND-PFALZ
Kraftfahrzeugsteuer
460.515.963
(457.445.723)
Solidaritätszuschlag
554.561.239
(535.947.994)
Kapitalertragsteuer
858.565.360
(934.021.278)
Körperschaftsteuer
990.256.863
(1.045.463.556)
Einkommensteuer
1.884.752.893
(1.932.620.492)
Umsatzsteuer
5.757.985.593
(5.549.074.689)
Lohnsteuer
9.127.445.091
(8.740.983.588)
Spielbankabgaben
14.550.256
(15.727.631)
Feuerschutzsteuer
20.036.124
(18.716.091)
Lotteriesteuer
139.555.449
(134.512.132)
Erbschaftsteuer
214.887.893
(164.402.785)
Grunderwerbsteuer
366.019.920
(305.883.539)
Abgeltungsteuer
384.810.224
(405.788.038)
Steueraufkommen 2013 in Euro
(In Klammern: 2012)
Rheinland-Pfalz hatte im Jahr 2013
Steuereinnahmen von insgesamt
21.136 Millionen Euro.
(20.595 Millionen Euro im Jahr 2012)
* Darstellung nicht abschließend (zuzüglich
weiterer, nicht aufgeschlüsselten Steuerarten)
Quelle: Landesoberkasse

BETRIEBSPRÜFUNG

Vorhandene Betriebe und Sonstige Fallarten

Nach der Einordnung der Betriebe in Größenklassen ist die Zahl der vorhandenen Betriebe und Sonstigen Fallarten zum 01.01.2013 neu festgeschrieben worden. Dieser Bestand ist die Grundlage für die Berechnung des Personalbedarfs und die Ermittlung des Prüfungsturnus. Zu diesem Stichtag wurden folgende Fallzahlen erfasst.

Gewerbliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2013	781	1.825	4.669	**7.275**

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2013	36.978	50.779	211.275	**306.307**

Sonstige Fallarten

Stichtag	BHG[1]	bE[2]	VZG[3]	BKÖ[4]
01.01.2013	40	366	84	4

Land- und forstwirtschaftliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2013[5]	0	0	953	**953**

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2013	2.840	4.603	27.498	**35.894**

[1] Bauherrengemeinschaften
[2] Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften
[3] Verlustzuweisungsgesellschaften
[4] Steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände
[5] Lt. Beschluss der Bp-RL zu TOP 12 der Sitzung Bp II/09 vom 15.-17.09.2009 sind alle land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe dem Bereich G3 zuzuordnen

Vorhandene Prüfer

Im Hinblick darauf, dass die Ermittlung des Prüfereinsatzes (siehe Tabelle „Eingesetzte Prüfer" auf dieser Seite) in den Ländern nicht nach einheitlichen Kriterien erfolgt, ist nach der ab dem 01.01.2006 geltenden Neuregelung auch die Zahl der vorhandenen Prüfer darzustellen. Bei der Ermittlung der nachstehenden Werte wurde von 250 Arbeitstagen ausgegangen. Dabei wurden lediglich Zeiten der Freistellung, der Dauererkrankung und solche Zeiten in Abzug gebracht, die nicht für die Betriebsprüfung verwendet worden sind.

In den Jahren	2012	2013
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Betriebsprüfung (Bp)		
im gehobenen Dienst	534,59	529,67
im mittleren Dienst	8,49	7,08
insgesamt in der gewerblichen Bp	543,08	536,75
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	29,97	29,52
im mittleren Dienst	1,97	1,96
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	31,94	31,48
in der gesamten Bp	**575,02**	**568,23**

Eingesetzte Prüfer

Unter Berücksichtigung der von der Arbeitszeit insgesamt abzusetzenden Zeiten stellt sich der Prüfereinsatz wie folgt dar:

In den Jahren	2012	2013
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Bp		
im gehobenen Dienst	450,03	442,72
im mittleren Dienst	7,50	6,25
insgesamt in der gewerblichen Bp	457,53	448,97
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	26,67	26,78
im mittleren Dienst	1,87	1,80
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	28,54	28,54
in der gesamten Bp	**486,07**	**477,54**

Prüfungen

Verglichen mit dem Vorjahr wurden im Jahr 2013 in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten folgende Prüfungen abgeschlossen:

	2012	2013
Größtbetriebe (G1-Betriebe)	212	255
bedeutende Großbetriebe (G2-Betriebe)	393	525
übrige Großbetriebe (G3-Betriebe)	1.493	1.241
Stpfl. mit bedeutenden Einkünften (bE)	58	23
Bauherrengemeinschaft und Verlustzuweisungsgesellschellschaft (BHG u. VZG)	4	7
Summe der geprüften Großbetriebe	**2.160**	**2.051**
Sonstige Prüfungen	41	132
Zwischensumme	**2.201**	**2.183**
Mittelbetriebe	3.327	3.193
Kleinbetriebe	2.184	2.323
Kleinstbetriebe	2.633	2.530
insgesamt	**10.345**	**10.229**

Mehrergebnisse

Bei der Prüfung gewerblicher, freiberuflicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wurden folgende Mehr-/Mindersteuern einschließlich Zinsen erzielt:

	2012	2013
insgesamt	**577.838.373 €**	**541.859.203 €**
pro Prüfung	55.857 €	52.973 €
pro vorhandener Prüfer	1.004.901 €	953.591 €
pro eingesetzter Prüfer	1.188.797 €	1.134.689 €

Änderungen der Bemessungsgrundlagen zum Ende des Prüfungszeitraums

Als Abweichung von den jeweiligen Bemessungsgrundlagen wurden im Jahr 2013 Verluständerungen im Sinne des § 10d EStG/KStG zum Ende des Prüfungszeitraums in folgender Höhe erfasst.

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €							
	Größtbetriebe (G1)	Großbetriebe (G2)	Großbetriebe (G3)	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe	Kleinstbetriebe	Summe
gewerbliche Bp	41.876 €	10.980 €	71.833 €	16.493 €	6.649 €	6.508 €	**154.339 €**
land- und forstwirtschaftliche Bp	0 €	0 €	242 €	210 €	24 €	9 €	**485 €**
Gesamt	**41.876 €**	**10.980 €**	**72.075 €**	**16.703 €**	**6.673 €**	**6.517 €**	**154.824 €**

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	0 €	257 €	106 €	**363 €**

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum

Im Jahr 2013 wurden in allen Größenklassen im Durchschnitt etwa 3 bis 3,5 Jahre in einem Prüfungszeitraum zusammengefasst.

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren						
	Größt-betriebe (G1)	Groß-betriebe (G2)	Groß-betriebe (G3)	Mittel-betriebe	Klein-betriebe	Kleinst-betriebe
gewerbliche Bp	3,2	3,4	3,3	3,0	3,0	3,0
land- und forstwirtschaftliche Bp	0	0	3,4	3,1	2,9	3,0

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	3,5	3,0	2,8

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr

Bei den im Jahr 2013 abgeschlossenen Prüfungen enden die Prüfungszeiträume in der Mehrheit der Fälle im Jahr 2010.

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr						
	Größt-betriebe (G1)	Groß-betriebe (G2)	Groß-betriebe (G3)	Mittel-betriebe	Klein-betriebe	Kleinst-betriebe
gewerbliche Bp	2010,14	2010,47	2010,27	2010,50	2010,50	2010,26
land- und forstwirtschaftliche Bp	0,00	0,00	2010,27	2010,27	2010,09	2009,99

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	2010,26	2010,00	2009,8

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen

Da in den Fällen, in denen eine Beschränkung auf die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen geboten erscheint, vorrangig Schwerpunktprüfungen durchgeführt werden, wurde das Instrument der abgekürzten Außenprüfung im Jahr 2013 fast nicht in Anspruch genommen:

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen							
	Größt-betriebe (G1)	Groß-betriebe (G2)	Groß-betriebe (G3)	Mittel-betriebe	Klein-betriebe	Kleinst-betriebe	Summe
gewerbliche Bp	0	0	0	1	0	0	**1**
land- und forstwirtschaftliche Bp	0	0	0	0	0	0	**0**
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**1**

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	0	0	0	**0**

Prüfungsturnus

Bei den gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betrieben stellte sich die Prüfungsdichte im Jahr 2013 wie folgt dar:

Prüfungsturnus							
	Größt-betriebe (G1)	Groß-betriebe (G2)	Groß-betriebe (G3)	Mittel-betriebe	Klein-betriebe	Kleinst-betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	3,06	3,48	4,34	12,21	22,73	89,00	**32,26**
land- und forstwirtschaftliche Bp	0,00	0,00	5,81	17,32	52,91	176,27	**62,86**
Gesamt*	**3,06**	**3,48**	**4,53**	**12,47**	**23,84**	**94,38**	**33,99**

** Summe aller vorhandenen Betriebe im Verhältnis zur Summe aller geprüften Betriebe.*

Quote der qualifiziert abgesetzten Fälle

Der Anteil der qualifiziert abgesetzten Fälle entwickelte sich bezogen auf die Zahl der Prüfungen einschließlich der Absetzungen im Jahr 2013 wie folgt:

Absetzungsquote							
	Größt-betriebe (G1)	Groß-betriebe (G2)	Groß-betriebe (G3)	Mittel-betriebe	Klein-betriebe	Kleinst-betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	1,92%	4,72%	10,77 %	11,12 %	13,13 %	20,97 %	**13,70%**
land- und forstwirtschaftliche Bp	0,00%	0,00%	3,53 %	4,09 %	7,45 %	17,02 %	**8,35 %**
Gesamt	**1,92 %**	**4,72 %**	**9,88 %**	**10,79%**	**12,93 %**	**20,74 %**	**13,42%**

Absetzungsquote				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	52,08 %	22,22 %	21,43 %	**13,69 %**

Aus- und Fortbildung

In 2013 wurden in 73 Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie in 7 Workshops 1.413 rheinland-pfälzische Prüfer und 70 Prüfer aus anderen Bundesländern sowie des BZSt aus- und fortgebildet.

Die Ausbildung der dienstjungen Bezirksbetriebsprüfer erfolgte in der ersten Phase in zwei Einführungslehrgängen "Modellfall Ulmer", 15 PC-Kursen ("BpA-Euro", "IDEA" und "Indirekte Prüfungsmethoden-Verprobung der Einnahmen") sowie in drei Strafrechtslehrgängen. In der 2. Phase wurde die Ausbildung durch 12 steuerliche sowie zwei PC-Seminare ergänzt.

Die Ausbildung der dienstjungen Großbetriebsprüfer sowie der dienstjungen Sachgebietsleiter der Betriebsprüfung erfolgte in insgesamt vier steuerlichen Lehrgängen.

Die Fortbildung der bereits eingesetzten Prüfer sowie der Sachgebietsleiter wurde in 19 steuerrechtlichen und 23 PC-Fortbildungsveranstaltungen vorgenommen.

- **Steuerrechtliche Fortbildungsveranstaltungen**
  Neben der Fortführung der in 2012 aufgenommenen Veranstaltungen
  - „Der praktische Fall des UmwStR" (2 Veranstaltungen)
  - „Workshop der Ansprechpartner UmwStR" (1 Veranstaltung)

wurden die länderübergreifenden Seminare "Fortbildung für neu eingesetzte Sachgebietsleiter der Betriebsprüfungsstellen" (Hessen/Thüringen) im Robert-Schuman-Haus (Teilnahme von 10 Bp-Sachgebietsleitern) und „Aktuelle Fragen des Unternehmenssteuerrecht" (Baden-Württemberg/Nordrhein-Westfalen/Saarland) im pentahotel (Teilnahme von 36 Prüfern/Bp-Sachgebietsleitern) in Trier durchgeführt.

An der „Aufbauschulung Internationales Steuerrecht" für Bp-Sachgebietsleiter und Auslandsfachprüfer nahmen 30 Teilnehmer aus anderen Bundesländern sowie aus Österreich, Frankreich, den Niederlanden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika teil.

PC-Fortbildungsveranstaltungen

Neben den jährlich durchzuführenden Veranstaltungen (in der Einarbeitung, in der Fortbildung Körperschaftsteuer, Workshops "Systemverwalter", SAP) wurden in 12 eintägigen Seminaren den Prüfer die Neuerungen in den eingesetzten PC-Programmen (BpA-Euro, IDEA) vorgestellt.

Nach erfolgreich durchgeführter Pilotierung des Projekts „Prüfung von Daten aus vorgelagerten Systemen" (DavoS) an 12 Bp-Stellen in 2012 wurden im Rahmen von zwei zweitägigen Seminaren auch die übrigen Bp-Stellen eingebunden.

Zur Durchführung der genannten Veranstaltungen wurden überwiegend Dozenten aus der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung eingesetzt (FHFin Edenkoben, Bereiche Einkommen-/Körperschaft- und Umsatzsteuer und Betriebsprüfung).

Aus der nachstehenden Übersicht ergibt sich die Entwicklung der Aus- und Fortbildungen der letzten Jahre:

Jahr	Zahl der Seminare	Teilnehmerzahl insgesamt	Summe der Fortbildungstage	Fortbildungstage je Prüfer*
2009	113	1.871	4.012	6,63
2010	81	1.838	4.957	8,35
2011	84	1.622	3.968	6,64
2012	85	1.449	3.331	5,53
2013	80	1.413	3.267	5,54

* Die Wertermittlung basiert auf dem zum 01.07. eines jeden Jahres vorhandenen Prüferbestand - ohne Berücksichtigung von Ausfallzeiten.

(In den vorgenannten Veranstaltungen sind die externen Seminare, z.B. der Bundesfinanzakademie in Brühl und die Fortbildungsveranstaltungen anderer Gruppen nicht enthalten).

Ausbildung Bundesbetriebsprüfung

Im Jahr 2013 hat Rheinland-Pfalz begonnen, den Bund bei der Fortbildung von Beschäftigten des Bundeszentralsamtes für Steuern zum Groß-und Konzernbetriebsprüfer im Rahmen eines Konzepts zur strategischen Neuausrichtung der Bundes-Bp zu unterstützen.

LOHNSTEUER-AUSSENPRÜFUNG

Statistik zur Lohnsteuer-Außenprüfung

In den Jahren	2012	2013
betrug die Zahl der Arbeitgeber	115.990	121.947
betrug die Anzahl der durchgeführten Prüfungen	5.678	4.912
Gesamtmehrergebnis in Euro	35.811.511	31.160.893
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in Euro	6.307	6.344
Anzahl der tatsächlich eingesetzten Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)	101,78	98,20
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in Euro	351.852	317.321

BUSSGELDER UND STRAFSACHEN/ STEUERFAHNDUNG

Bußgeld- und Strafsachenstelle

	Vorjahresvergleich				Fünfjahresvergleich		
	2013	2012	+/-	%	Durch-schnitt	+/-	%
Eingänge	10.957	9.966	+991	+9,9%	9.764	+1.193	+12,2%
Eingeleitete Strafverfahren	5.702	3.968	+1.734	+43,7%	4.597	+1.105	+24,0%
Abgeschlossene Strafverfahren	4.360	4.060	+300	+7,4%	4.099	+261	+6,4%
Anträge auf Strafbefehl	176	177	-1	-0,6%	187	-11	-6,0%
Abgaben an die Staatsanwaltschaft	498	466	+32	+6,9%	465	+33	+7,0%
Einstellungen gem. § 153a StPO	1.102	1.097	+5	+0,5%	1.160	-58	-5,0%
Rechtskräftige Geldstrafen, Auflagen, Bußgelder (in Mio €)	4,44	4,66	-0,22	-4,7%	4,43	+0,01	+0,2%
Rechtskräftige Freiheitsstrafen (Jahre)	111	160	-49	-30,6%	122	-11	-8,7%
Nicht abgeschlossene Strafverfahren	5.869	4.537	+1.332	+29,4%	4.801	+1.068	+22,3%

Ermittlungen im Zusammenhang mit Geldanlagen im Ausland, insbesondere der Schweiz

Im Zusammenhang mit dem Ankauf von Bankdaten aus der Schweiz sind in der Zeit von Februar 2010 bis Ende 2013 insgesamt 5.331 Selbstanzeigen in den rheinland-pfälzischen Bußgeld- und Strafsachen- und Steuerfahndungsstellen eingegangen. Die von den Steuerpflichtigen nach Abgabe der Selbstanzeigen geleisteten Akonto-Zahlungen beliefen sich in dem oben genannten Zeitraum auf insgesamt 258,8 Mio €.

Insbesondere aufgrund des Datenankaufs durch das Land Rheinland-Pfalz im Februar 2013 war im Jahr 2013 noch einmal ein schwunghafter Anstieg von Selbstanzeigen zu verzeichnen. So sind allein in 2013 rund 2400 Selbstanzeigen eingegangen, die im Zusammenhang mit Kapitalerträgen im Ausland stehen.

Bis zum 31.12.2013 konnten ca. 60% aller seit 2010 eingegangenen Selbstanzeigen abschließend strafrechtlich bearbeitet werden.

Steuerfahndung

	Vorjahresvergleich				Fünfjahresvergleich		
	2013	2012	+/-	%	Durch-schnitt	+/-	%
Vorhandene Prüfer (VZÄ)	144,52	145,52	-0,99	-0,7%	139,79	+4,73	+3,4%
Erteilte Fahndungsaufträge	4.352	2.627	+1.725	+65,7%	3.118	+1.234	+39,6%
Durchgeführte Prüfungen	2.742	2.817	-75	-2,7%	2.682	+60	+2,2%
Eingeleitete Verfahren	2.566	1.322	+1.244	+94,1%	1.635	+931	+57,0%
Ermittelte Steuern (in Mio €)	166,7	223,0	-56,3	-25,2%	161,3	+5,4	+3,3%
Unerledigte Fahndungsaufträge	4.351	2.739	+1.612	+58,8%	3.109	+1.242	+39,9%

Ermittlungen im Zusammenhang mit Geldanlagen im Ausland, insbesondere der Schweiz

Die rheinland-pfälzischen Steuerfahndungsstellen haben im Berichtszeitraum über die Bearbeitung von Fremdanzeigen hinaus auch umfangreiche Ermittlungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Ausland durchgeführt.

Dabei nimmt die Steuerfahndung neben der Auswertung von Daten aus angekauften Steuer-CDs auch die Überprüfung der Vollständigkeit von Selbstanzeigen wahr, die im Zusammenhang mit ausländischen Kapitalerträgen stehen.

Zusätzlich zu den strafbefangenen werden im Rahmen dieser Ermittlungen auch straferechtlich bereits verjährte Zeiträume überprüft und der Frage nach der Mittelherkunft nachgegangen.

Aufgrund der mittels CD-Käufen erworbenen Steuerdaten und den in diesem Zusammenhang eingegangenen Selbstanzeigen wurden seit 2010 Ermittlungen in 5.900 Fällen ausgelöst. Hiervon wurden bis Ende 2013 3.665 Verfahren abgeschlossen, davon 1.105 Verfahren im Berichtszeitraum. Die daraus resultierenden steuerlichen Mehrergebnisse betragen seit 2010 an Steuern ca. 181,8 Mio € und an Zinsen ca. 51.3 Mio €.

Von den in 2013 abgeschlossenen Ermittlungen entfallen hierauf Steuern in Höhe von ca. 54,1 Mio € und Zinsen in Höhe von ca. 13 Mio €.

Aus- und Fortbildung

Die Bediensteten der Steuerfahndung und der Bußgeld- und Strafsachenstellen wurden in 2013 in 33 Seminaren aus- und fortgebildet. Siebzehn dieser Veranstaltungen fanden im Rahmen des Steuerstrafrechtlichen Ausbildungsverbundes der Länder statt, dem neben Rheinland-Pfalz die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angehören. Davon wurden wiederum sechs Seminare vom Fachreferat der Oberfinanzdirektion Koblenz organisiert und durchgeführt.

Insgesamt haben an den Veranstaltungen des Fachreferats 459 Bedienstete aus Rheinland-Pfalz und den oben genannten Bundesländern teilgenommen. An den von der Oberfinanzdirektion Koblenz organisierten länderübergreifenden Seminaren haben insgesamt 67 Bedienstete aus anderen Bundesländern teilgenommen.

UMSATZSTEUER-BETRUGSBEKÄMPFUNG

Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung als Querschnittsaufgabe der Referate Steuerfahndung und Umsatzsteuer

Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs ist eine Querschnittsaufgabe der Referate St 43 (Steuerfahndung) und St 44 (Umsatzsteuer). Die Aufgabe wird wahrgenommen durch die Zentralstelle für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung bei der OFD Koblenz, in der unter Federführung des Steuerfahndungsreferates Bearbeiter aus beiden Referaten zusammenarbeiten. Die Zentralstelle ist zuständig für die Kontakte zu anderen Ländern und dem Bund sowie für die landesweite Koordinierung der Aktivitäten der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung.

Das Umsatzsteuerreferat betreut federführend die Fortbildung von Prüfern aus den Bereichen Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung (Fallstudie Rotenburger) sowie die Datenbank Zauber.

Das Steuerfahndungsreferat sammelt und koordiniert u. a. die Kontakte zur „zentralen Stelle zur Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen der Länder im Bereich der Umsatzsteuer (KUSS)“ beim Bundeszentralamt für Steuern.

Das operative Geschäft der Fallbearbeitung wird von den Umsatzsteuer-Sonderprüfungsstellen in den Finanzämtern sowie den aus Steuerfahndern und Umsatzsteuer-Sonderprüfern zusammengesetzten „Operativen-Ermittlungs-Teams (OET)“ wahrgenommen.

Informations-Sammel-Datei Rheinland-Pfalz (Info SaD-RLP)

Im RMS-Bereich zur USt-Betrugsbekämpfung sind in den letzten Jahren zu den im UVV- und USt-Verfahren eingesetzten Programmhinweisen eine Vielzahl von zusätzlichen Informationsquellen aus unterschiedlichen Verwaltungsebenen (Land, Bund und EU) geschaffen worden.

Um die Vielzahl der Meldungen aus den entsprechenden Verfahrensläufen besser (weiter) verarbeiten zu können, wurde in der Zentralstelle für Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung der OFD Koblenz in enger Zusammenarbeit mit dem Automationsbereich im Jahr 2012 eine neue Datei (InfoSaD-RLP) entwickelt. Anhand einer Importfunktion können die Ergebnisse einzelner RMS-Verfahren elektronisch verarbeitet und mehrfach gelistete Fälle sofort angezeigt werden. Zusätzlich können Fälle mit vergleichbarem Betrugsmuster (z. B. In-/Out-Buffer) dargestellt und Auswertungen für statistische Zwecke erstellt werden. Die Datei wurde 2013 weiter entwickelt. Insbesondere wurde das komplette EUROFISC-Verfahren implementiert.

Bundeseinheitliche Fallstudie Rotenburger

Seit 2008 werden dienstjunge rheinland-pfälzische Betriebsprüfer und Umsatzsteuer-Sonderprüfer im Rahmen einer gemeinsamen einwöchigen Fortbildungsveranstaltung anhand der Fallstudie Rotenburger auf typische Betrugsmuster aufmerksam gemacht. Ziel der Fallstudie ist es, Kollegen beider Außendienste für mögliche Betrugsszenarien zu sensibilisieren und zu verdeutlichen, welche Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung ergriffen werden können.

Im Jahr 2013 wurde die Fallstudie zweimal durchgeführt. An einer Veranstaltung hat auch ein Prüfer der Bundes-Betriebsprüfung teilgenommen.

Zentrale Datenbank zur Speicherung und Auswertung von Umsatzsteuer-Betrugsfällen und Entwicklung von Risikoprofilen (Datenbank ZAUBER)

Programmänderungen

In 2013 wurden zwei neue Rubriken in die Start-Seite der Datenbank ZAUBER integriert:

- Informationen über Firmenbestatter

Seit 26.02.2013 stellt das Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT) die vom AO-Bereich übermittelte bundesweite Liste der Firmenbestatter zeitnah auf die Startseite von ZAUBER ein. Die Aktualisierung erfolgt zentral vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt).

- Umsatzsteuer-Länder-Online - Verfahren (USLO-Verfahren)

Bei Abfragen von ausländischen Unternehmern in USLO werden seit Mai 2013 über die bereits bisher bereitgestellten Informationen hinaus, auch der Rechtsformschlüssel und der Tätigkeitscode (NACE-Code) angezeigt. Somit stehen auf der ZAUBER-Startseite unter der Rubrik „US-LO-Verfahren“ auch die erforderlichen Informationen zur Entschlüsselung der übermittelten Angaben zur Tätigkeit des abgefragten Unternehmens (NACE-Code) zur Verfügung.

Nutzung der Datenbank ZAUBER

	aktive Benutzer je Quartal	zugel. Benutzer insgesamt	Anmeldungen (Login)	Suche mit Treffer	Suche ohne Treffer	Lesezugriffe auf Fallebene	Neuaufnahmen Fälle	Änderungen Fälle
Rheinland-Pfalz	**433**	**4.150**	**9.305**	**5.546**	**15.334**	**9.169**	**191**	**811**
Bund			302.407	207.557	564.006	340.725	14.813	38.251
Anteil RLP in %			3,08%	2,67%	2,72%	2,69%	1,29%	2,12%

Eingegebene Fälle in die Datenbank ZAUBER in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene

	Eingegebene Fälle	Allgemeine Betrugsfälle	Schein-rechnungen	Kfz-Fälle	Schein-unternehmen	Mehrergeb-nisfälle	Gründungs-täter
Rheinland-Pfalz	**191**	**57**	**9**	**5**	**139**	**0**	**1**
Bund	14.813	6.307	695	585	8.394	0	33
Anteil RLP in %:	1,29%	0,90%	1,29%	0,85%	1,66%	0,00%	3,03%

Die Statistiken zur Datenbank Zauber werden jedes Quartal auf der Zauber-Startseite und im Intranet der OFD Koblenz eingestellt.

Ergebnisse der OET

Die von den anderen Bundesländern über die KUSS geleiteten Überprüfungsfälle werden in Rheinland-Pfalz von fünf Operativen Ermittlungs-Teams (OET) zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung sowie von den Umsatzsteuersonderprüfern bearbeitet. Die von den OET bearbeiteten KUSS-Fälle sind in der nachfolgenden Aufstellung enthalten:

Gesamteingang seit Gründung	Eingang 2013	Abschluss 2013	Mehr-ergebnis	Tatsächlich vorhandene Prüfer 31.12.
2.536	384	198	18.195.235	8,48

UMSATZSTEUER

Entwicklung des Grundkennbuchstabens U

Besteuerungs-zeitraum	Stichtag	Zahl der Fälle	(gegenüber Vorjahr) +/-	in %
2011	31.12.2012	301.539	+9.544	+3,27
2012	31.12.2013	307.474	+5.935	+1,97

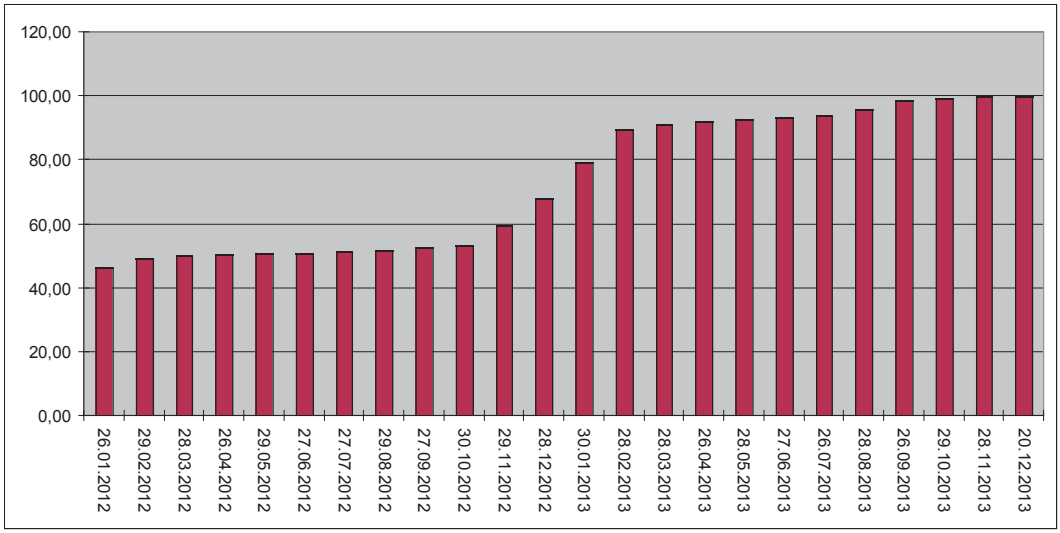
Im Fünfjahresvergleich ist die Zahl der Umsatzsteuerfälle gegenüber 2008 (von 282.484 auf 307.474) um 24.990 = rd. 8,85 % angestiegen.

Verpflichtung zur authentifizierten elektronischen Übermittlung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen

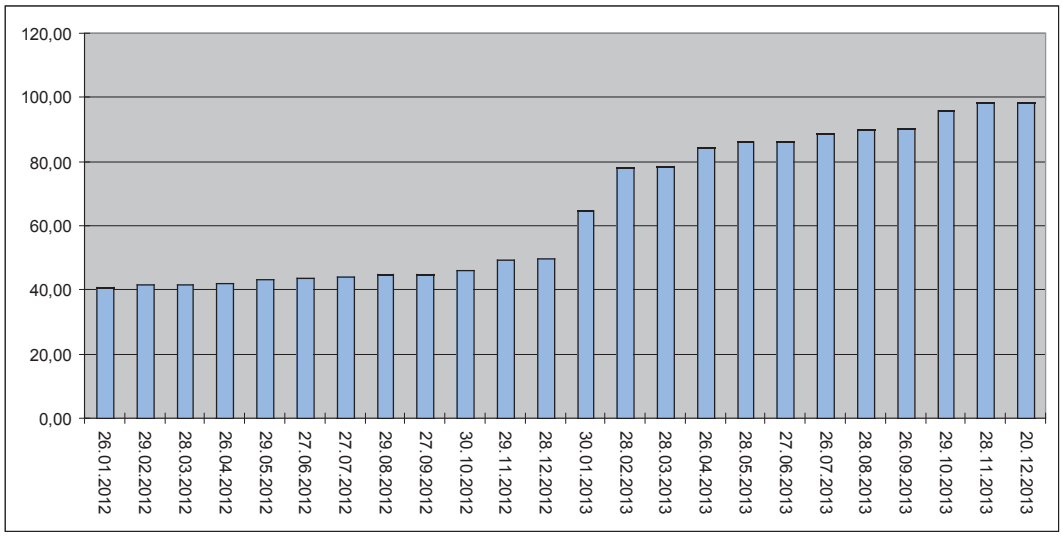
Seit dem 01.01.2013 müssen Umsatzsteuer-Voranmeldungen zwingend authentifiziert übermittelt werden. Um einen reibungslosen Umstieg zu ermöglichen, wurden aufgrund einer bundesweit geltenden Kulanzregelung nicht authentifiziert übermittelte Umsatzsteuer-Voranmeldungen noch bis zum 31.08.2013 angenommen.

Die Quote der authentifiziert übermittelten Umsatzsteuer-Voranmeldungen hat sich seit 2012 wie folgt entwickelt:

Entwicklung Auth. Monatszahler gesamt



Entwicklung Auth. Quartalszahler gesamt



Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens im Dreijahresvergleich

Haushaltsjahr	Betrag	(gegenüber Vorjahr) +/-	in %
2011	5.291.604.903,76 €	-26.716.662,77 €	-0,50 %
2012	5.549.074.688,88 €	+257.469.785,12 €	+4,87 %
2013	5.757.985.592,72 €	+208.910.903,84 €	+3,76 %

Umsatzsteuer-Sonderprüfung

	2012	2013
Anzahl der durchgeführten Prüfungen	6.443	6.416
Gesamtergebnis in **Euro**	125.460.705	115.091.461
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in **Euro**	19.472	17.938
Zahl der im Kalenderjahr vorhandenen USt-Sonderprüfer	112	112
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in **Euro**	1.121.186	1.025.131
nachrichtlich:		
durchgeführte Umsatzsteuer-Nachschauen	1.600	1.400
Prüfungsergebnis in **Euro**	4.002.753	2.497.783

Aus- und Fortbildung

Der Schwerpunkt der Arbeiten lag - wie in den Vorjahren - bei der Aus- und Fortbildung. Fortbildungen wurden für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, die Umsatzsteuerstellen, die USt-Hauptsachgebietsleiter und USt-Hauptsachbearbeiter sowie für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung durchgeführt. Außerdem wurden Fortbildungsveranstaltungen für die Sachbearbeiter und Mitarbeiter der Veranlagungsstellen angeboten. Insgesamt organisierte und führte das Umsatzsteuer-Referat **für 622 Bedienstete an 79 Fortbildungstagen 37 Fortbildungen** durch. Schwerpunkte der Fortbildung lagen bei der Vermittlung von Umsatzsteuerwissen im Rahmen von mehrtägigen Fallstudien (Düssel und Rotenburger) sowie im Bereich des Datenzugriffs.

An den Veranstaltungen haben zusätzlich **19 Bedienstete** aus anderen Bundesländern (Saarland, Hessen) sowie aus dem Bereich der Zollverwaltung und des Finanzgerichts teilgenommen.

Dabei zeichnet sich insbesondere die Fortbildungsveranstaltung „Aktuelle Fragen des Umsatzsteuerrechts für den Außendienst" durch die Beteiligung eines breiten Teilnehmerkreises über mehrere Entscheidungsebenen als besonders wertvoll aus. Durch die Teilnahme der Finanzrichterinnen des 6. Senats des FG RLP (Umsatzsteuer-Senat), Vertreterinnen der Prozessvertretung und Vertretern des Zolls sowie Bediensteter des Ministeriums für Finanzen RLP und benachbarter Oberfinanzdirektionen an dieser Veranstaltung - die schwerpunktmäßig für Umsatzsteuer-Sonderprüfer konzipiert ist - wurde ein besonders intensiver Meinungs- und Erfahrungssaustausch auf kurzem Wege erreicht.

Bedienstete des Umsatzsteuer-Referates haben zudem fach- und referatsübergreifend bei Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Betriebsprüfung und der Körperschaftsteuer mitgewirkt.

Amtshilfe Umsatzsteuer

Direkte Amtshilfe

Durch die Ausdehnung der direkten Amtshilfe in Umsatzsteuer-Sachen auf die Interrégion Est in Frankreich, das Königreich Belgien sowie das Großherzogtum Luxemburg werden regelmäßig **bilaterale Sitzungen** der begleitenden Arbeitsgruppen im Bereich der zwischenstaatlichen Amtshilfe durchgeführt.

Frankreich:

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben in den Jahren 2000 bzw. in 2003 einen direkten Auskunftsverkehr zwischen den beiden Staaten im Bereich der Umsatzsteuer und Ertragssteuern beschlossen. Auf deutscher Seite nehmen die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland teil; auf französischer Seite vierzehn ostfranzösische Departements (Interrégion ESt).

Auf der Grundlage dieser Abkommen fand im Juni 2013 die turnusmäßige Amtshilfetagung zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Finanzverwaltung in Freiburg statt.

Auf rheinland-pfälzischer Seite nahmen Vertreter der Fachreferate der Oberfinanzdirektion Koblenz sowie Vertreter des Finanzamtes Trier an der Tagung teil.

Luxemburg:

Das Umsatzsteuer-Referat der Oberfinanzdirektion richtete die turnusmäßige Amtshilfetagung im April 2013 in der OFD in Koblenz aus.

Belgien:

Die Amtshilfetagung wurde wegen Umstrukturierungen in Nordrhein-Westfalen auf Mai 2014 verschoben.

Gemeinsame Fortbildungsveranstaltung

Drei rheinland-pfälzische Kollegen konnten neben Teilnehmern aus Baden-Württemberg, dem Saarland und der Interrégion Est an einer dreitägigen gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung zum Thema Umsatzsteuer in Nancy teilnehmen.

ZENTRALE DATENVERARBEITUNG DER FINANZVERWALTUNG (ZDFIN)

PROJEKT- UND AUFTRAGSMANAGEMENT IN DER ZDFIN

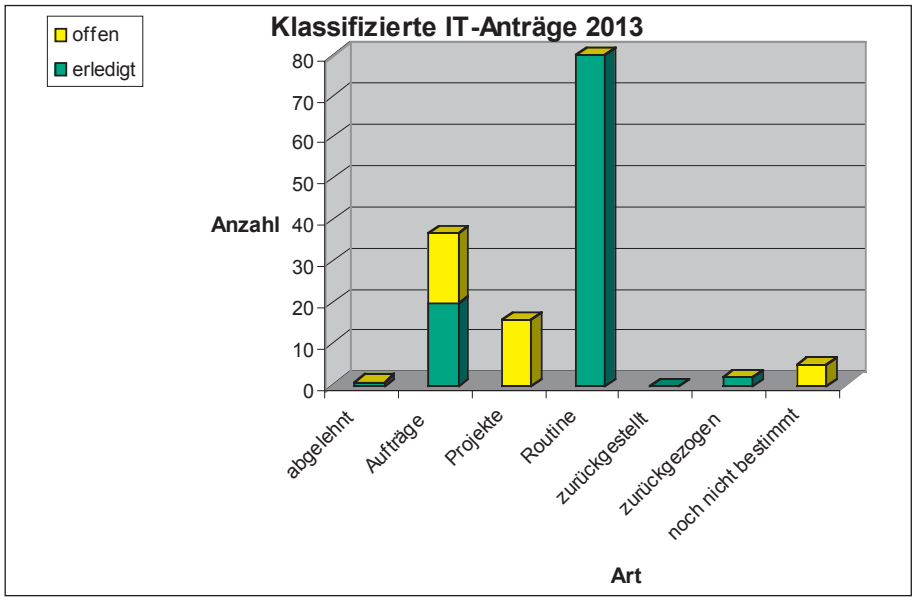
Seit November 2007 werden alle IT-Anforderungen an die ZDFin und die daraus resultierenden Aufträge, Projekte und Routinen im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) der ZDFin verwaltet und dort auch das Projektcontrolling betrieben.

Die IT-Anforderungen von IT-Kunden werden vom Projekt- und Auftragsbüro in drei Stufen klassifiziert:

- **Routinetätigkeiten** sind definierte IT-Prozesse, die i.d.R. ohne Unterbrechung und ohne Abstimmungsaufwand von einer Person abgearbeitet werden können.
- Ein **Auftrag** ist ein Vorhaben, das aus den Routinetätigkeiten herausragt, das aber nicht die Kriterien eines Projekts erfüllt.
- Ein **Projekt** ist ein Vorhaben, das sich von Routinetätigkeiten und von Aufträgen durch bestimmte Kriterien, insbesondere hohe Dauer, Komplexität und Abstimmungsaufwand, unterscheidet.

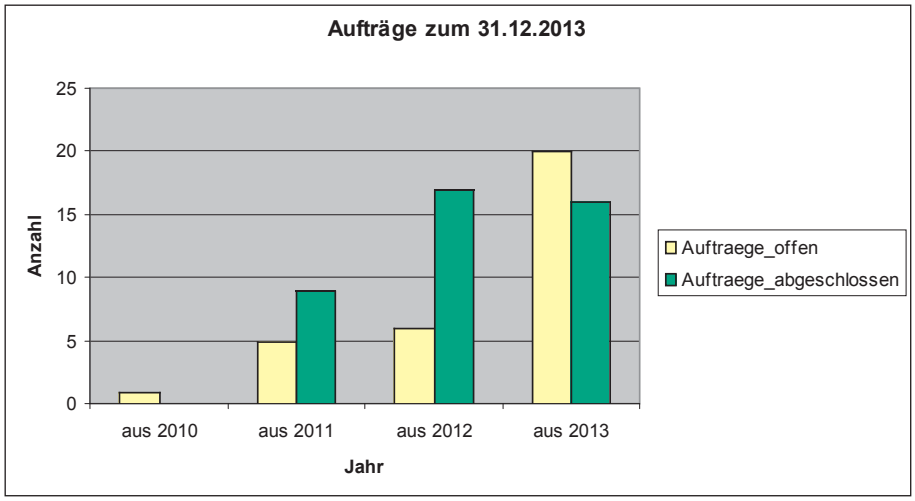
IT-Anträge

Im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) gingen im Jahr 2013 141 IT-Anträge ein.



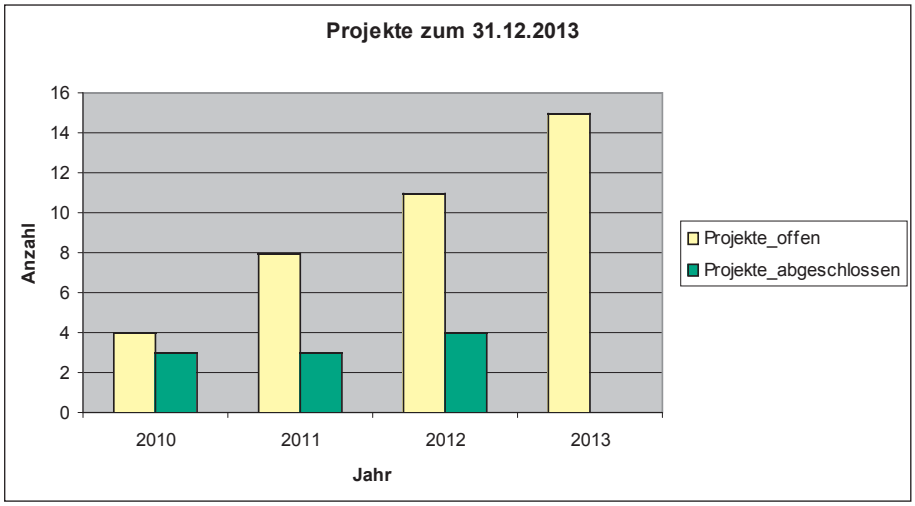
Aufträge

Aus den vor 2013 eingegangenen und als Aufträgen klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2012 38 Aufträge noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2013 33 neu klassifizierten Aufträgen konnten 42 Aufträge abgeschlossen werden, 32 Aufträge waren zum Stand 31.12.2013 noch in Bearbeitung und damit offen.



Projekte

Aus den vor 2013 eingegangenen und als Projekten klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2012 33 Projekte noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2013 15 neu klassifizierten Projekten konnten 10 Projekte abgeschlossen werden, 38 Projekte waren zum Stand 31.12.2013 noch in Bearbeitung und damit offen.



SERVICE-DESK DER ZDFIN

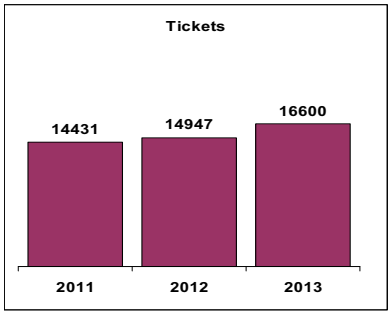
Neuerungen

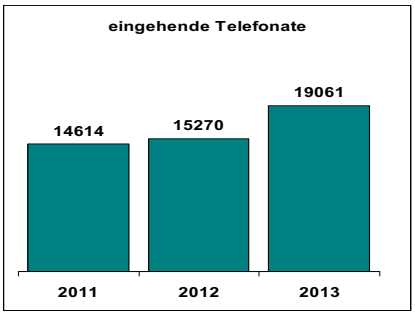
Das Jahr 2013 begann im ServiceDesk mit einer personellen Veränderung. Peter Becker trat die Nachfolge von Arno Brauer an. Er engagiert sich schwerpunktmäßig im Incident-/Problem-Management der Finanzverwaltung. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Bearbeitungsprozesse zur Lösung der vielfältigen kleinen und großen Störungen im täglichen IT- Betrieb.

Im Team werden Lösungsansätze sowie die Anpassungen und Optimierung von Verfahrensweisen erarbeitet mit dem Ziel, Störungen möglichst zu vermeiden, frühzeitig zu erkennen und schnell einer Lösung zuzuführen. In diesem Kontext wurden auch mehrere "Ticketvorlagen" eingeführt. Diese beschleunigen und vereinfachen den Bearbeitungsprozess der Serviceanfragen bei einer Masse von gleichgelagerten Fällen; z. B.: die Behebung von Fehlern in den externen KONSENS-Datenbeständen (ELSTAM, IDNR).

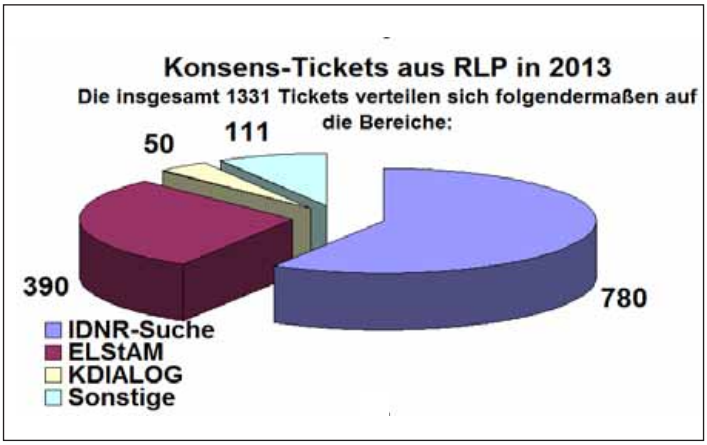
Zahlen

Das höhere Ticketaufkommen (+11%) und Telefonaufkommen (+25%) konnte weitestgehend durch den Einsatz der Ticketvorlagen - ohne zusätzliches Personal im ServiceDesk - bewältigt werden.

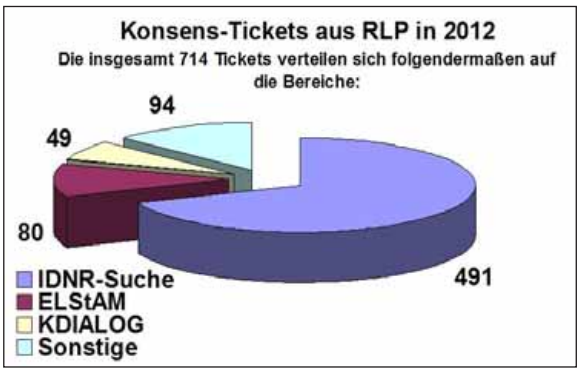




Ticketaufkommen im Bereich KONSENS



Im Vergleich zu 2012:



FACHREFERATE DER ZDFIN

Landerübergreifende Kooperation mit dem Saarland

Die Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz arbeiten zukünftig enger zusammen und bündeln in der Steuerverwaltung ihre Kräfte. Um die anstehenden und zukünftigen Aufgaben in der Informationstechnik sicher zu bewältigen und um Lösungen Ressourcen schonend, zeitnah und zielgerichtet zur Verfügung stellen zu können, schlossen der saarländische Finanzminister Stephan Toscani und der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl am 05.12.2014 eine entsprechende Rahmenvereinbarung.

Die Vereinbarung sieht eine langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechenzentren vor, insbesondere für den Betrieb der steuerlichen Verfahren. Grundlage der Vereinbarung ist eine gemeinsame, partnerschaftliche Aufgabenverteilung zwischen beiden Ländern.

Ab Herbst 2014 soll in einem ersten Schritt die Produktion der außersteuerlichen Verfahren auf dem Großrechner der Zentralen Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin) betrieben werden. Bis Ende 2015 soll auch die Produktion für die steuerlichen Verfahren in der ZDFin erfolgen. Dabei umfasst die Zusammenarbeit aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten voraussichtlich auch die gesamte Produktionssteuerung, die dann ggf. durch Rheinland-Pfalz für beide Länder erfolgt.

Kooperationsprojekt ZDV Saar / LDI / ZDFin

Darüber hinaus wurden die zuständigen Fachministerien von Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit Ministerratsbeschluss vom 18.09.2012 beauftragt,

„eine Untersuchung zur Errichtung eines gemeinsamen Rechenzentrums Rheinland-Pfalz-Saarland für den Betrieb der IT-Verfahren der derzeitigen Rechenzentren ZDFin (Koblenz), LDI (Mainz) und ZDV-Saar (Saarbrücken) auf Basis einer partnerschaftlichen Aufgabenverteilung und einer gemeinsamen betrieblichen und institutionellen Verantwortung durchzuführen. Hierbei soll auch die Möglichkeit eines späteren optionalen Beitritts von kommunalen bzw. Einrichtungen anderer Länder offen sein."

Ein Zwischenbericht hierzu liegt vor. Die weitere Vorgehensweise wird noch gemeinsam abgestimmt.

Zentralisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen beim Finanzamt Kusel-Landstuhl

Im Rahmen des beim Ministerium für Finanzen in Mainz angesiedelten Projektes „Kooperation Rheinland-Pfalz und Saarland (KoRPuS)“ wurde festgelegt, dass im Vorfeld eine Zusammenführung der Erbschaft- und Schenkungsteuer-Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl erfolgen soll.

Planmäßig wurde am 9. Dezember 2013 die Zentralisierung durch Umstellung der Speicherkonten und der Migration der Daten von der AUSTER-Datenbank des Finanzamtes Koblenz auf die Datenbank des Finanzamtes Kusel-Landstuhl erfolgreich durchgeführt.

Es wurden insgesamt 28.829 Speicherkonten vom Finanzamt Koblenz an das Finanzamt Kusel-Landstuhl abgegeben.

Der technischen Durchführung gingen intensiv mit allen Beteiligten geführte Gespräche voraus. Ganz besondere Erfahrungen konnten im Hinblick auf die geplante Übernahme der saarländischen Erbschaft- und Schenkungsteuerfälle zum 1. Januar 2015 gewonnen werden.

An der Realisierung waren neben der ZDFin, Vertreter der beiden Finanzämter, alle Bediensteten der Erbschaft- und Schenkungsteuerstellen sowie die Fachreferate Erbschaftsteuer und Organisation der Oberfinanzdirektion Koblenz beteiligt.

An dieser Stelle ist besonders zu erwähnen, dass die Anwendungsentwicklung für das Verfahren AUSTER beim bayerischen Landesamt für Steuern in Nürnberg für unsere Probleme immer ein offenes Ohr hatte.

Allen beteiligten Personen wird für ihr Engagement gedankt.

Übergabe der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer an den Bund

Der Bund hat zum 1. Juli 2009 durch Änderung der Finanzverfassung des Grundgesetzes die Ertrags- und Verwaltungshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt) von den Ländern übernommen. Die Länder verwalten seitdem die KraftSt im Wege der Organleihe bis längstens 30. Juni 2014.

Am 1. Juli 2010 hat der Bund das Projekt KraftSt Zoll ins Leben gerufen. Ab 2014 soll demnach innerhalb des Geschäftsbereichs des BMF die Zollverwaltung mit 41 Hauptzollämtern für die Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer zuständig sein.

Der Bund analysierte zunächst unter Mitwirkung der Länder deren Verfahrensbesonderheiten, um ein neues Festsetzungsverfahren und die Anpassung eines bestehenden Erhebungsverfahrens zu konzipieren. Das neu konzipierte IT-Verfahren des Zoll wurde seit Juli 2013 pilotiert.

Gleichzeitig wurde der gesamte KraftSt-Kontenbestand zu Testzwecken übergeben. Seither werden die täglichen Verarbeitungsergebnisse zu Vergleichszwecken über Elster an den Bund weitergeleitet. Die Pilotierungsphase endet am 17.01.2014.

Wegen des enormen Datenvolumens, das der Zoll von den 16 Ländern erhält, wird die Produktivmigration in vier Tranchen stattfinden. Rheinland-Pfalz stellte zum 04.04.2014 die EDV-Produktionen für Kraftfahrzeugsteuer einstellen und an dem folgenden Wochenende alle Daten für die Übergabe vorbereiten. Elektronische Datenbestände sowie die Papierakten werden an vorher festgelegten Tagen nach dem Migrationsstichtag an den Zoll übergeben.

Einrichtung einer Landesfinanzkasse (Stufe 1)

Am 01.07.2013 wurde im Rahmen der Strukturreform als erstes Umsetzungsprojekt die Landesfinanzkasse (LFK) in Daun eingerichtet.

Im Briefkopf aller Ausdrucke und individuellen Schreiben, bei denen die ausstellende Behörde die neue Landesfinanzkasse ist, musste die Bezeichnung der Finanzkasse in "Landesfinanzkasse Daun" geändert werden. Diese und diverse analoge Änderungen waren darüber hinaus auch in den Abrechnungsteilen und sonstigen Verweisen in sämtlichen Bescheiden nachzuvollziehen. Dazu mussten insgesamt über 100 Ausdrucke, Vorlagen und Programme - teilweise durch die federführenden Länder und teilweise in Eigenregie in Rheinland-Pfalz - angepasst werden.

SEPA – Single Euro Payments Area

Am 31. März 2012 ist die SEPA-Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates in Kraft getreten. Inländische Überweisungen und Lastschriften werden danach bis zum 1. Februar 2014 durch die europäischen SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften abgelöst.

In der Bundesarbeitsgruppe Erh.SEPA und diversen weiteren Arbeitsgruppen wurde auch 2013 die Analyse der erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen fortgesetzt. In den ZDFin-Projekten ‚SEPA-Überweisung' und ‚SEPA-Lastschrift' wurde die landesinterne Umsetzung gesteuert.

SEPA-Überweisung

Die Bankverbindungsdaten der Finanzämter werden seit dem 01.07.2013 in steuerlichen Bescheiden, Vordrucken, Anschreiben, etc. ausschließlich im SEPA-Format mit IBAN / BIC ausgegeben.

In diesem Rahmen erfolgte ein Wechsel der Leitbank von der Landesbank Baden-Württemberg zur Bundesbank bei gleichzeitiger Einführung einer neuen Zahlungsverkehrssoftware.

Ab dem 22.07.2013 führte die Finanzverwaltung RLP in den steuerlichen Verfahren neben herkömmlichen Überweisungen im sogenannten Koexistenzbetrieb auch SEPA-Überweisungen aus. Seit dem Abschluss der Gesamtbestandsumstellung der Bankverbindungen in den Speicherkonten der Steuerpflichtigen auf IBAN / BIC Anfang September werden über 95% aller Erstattungen im SEPA-Format ausgeführt. Konkret bedeutet das, dass täglich ca. 7.000 Erstattungen als SEPA-Überweisungen erfolgen. Ab 01.02.2014 werden sämtliche Auszahlungen der Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz als SEPA-Überweisungen ausgeführt.

SEPA-Lastschrifteinzug

Seit 30.10.2013 können die Bediensteten der Finanzämter die ersten SEPA Mandate speichern. Ab diesem Termin werden die bisher gespeicherten Lastschrifteinzugsermächtigungen sukzessive in SEPA-Basislastschriftmandate umgewandelt. Bisher wurden für die KraftSt 884.177 und für die übrigen Steuerarten 499.429 Benachrichtigungsschreiben erzeugt und versandt. Für die KraftSt werden die restlichen 1.3 Millionen Benachrichtigungsschreiben im Januar bzw. im Februar 2014 erstellt werden.

Ab 29.01.2014 werden nur noch SEPA Lastschriften beauftragt.

Migration auf Windows 7

Die Migration auf die neuen Betriebssysteme "Windows 7" und "Windows Server 2008 R2" wurde insbesondere durch die auslaufende Herstellerunterstützung für die bisher eingesetzten Betriebssysteme "Windows XP" und "Windows Server 2003" erforderlich. Darüber hinaus bieten sie eine wesentlich höhere Leistungsfähigkeit und Stabilität.

Nach umfangreicher Test- und Vorbereitungsphase begann der Rollout für die Finanzämter im Mai 2013 mit einer Pilotphase im Finanzamt Bingen-Alzey.

Der Personalaufwand für dieses Projekt betrug allein in der ZDFin bisher knapp 1.000 Personentage - also ein Riesenprojekt.

Das Projekt, das aufgrund der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen den Bearbeitern der ZDFin und den Systemadministratoren in den angeschlossenen Dienststellen mit relativ geringen Problemen durchgeführt wurde, war zum Jahresende 2013 zwar weitgehend abgeschlossen, die erforderlichen Abschlussarbeiten werden sich aber noch bis in den Jan./Febr. 2014 erstrecken.

Projekt „Neukonzipierung des Exchange-Systems unter Einführung von Exchange Server 2010 und Zentralisierung des UMS-Systems"

Im Rahmen des Projektes "Neukonzipierung des Exchange-Systems unter Einführung von Exchange Server 2010 und Zentralisierung des UMS-Systems" wurde das E-Mail-System und das UMS-System im Standort Koblenz zentralisiert. UMS steht für Unified Messaging Service und beinhaltet bei uns die Komponenten PC-Fax und Voice-Mail.
Die alten - dezentralen - Systeme bestanden aus insgesamt 57 Servern.
Die neuen - zentralen - Systeme bestehen aus lediglich neun Servern und zwei zusätzlichen Netzwerkkomponenten.

Zusammengefasste Eckpunkte der neuen Systeme:

Festplattenbedarf:	13,3 TerraByte (TB)
Arbeitsspeicher:	312 GigaByte (GB)
Postfächer im E-Mail-System:	11.500
Benutzer im UMS-System:	8.000

Die Postfachgrenze wurde im Projekt von 80 auf 200 MegaByte (MB) erhöht.

Fachhochschule für Finanzen (FHFin) Landesfinanzschule Rheinland-Pfalz (LFS)

Luitpoldstraße 33
67480 Edenkoben
Telefon: 0 63 23 94 89 - 0
Telefax: 0 63 23 94 89 - 380 00

E-Mail: poststelle@fhfin-ed.fin-rlp.de
www.fachhochschule-edenkoben.de
www.landesfinanzschule-edenkoben.de

Personal

[1] Quelle: IPEMA, Stand 01.01.2014
[2] Quelle: Ermittlung durch Schulen
[3] BZSt = Bundeszentralamt für Steuern

Direktor der FHFin und Leiter der LFS: Norbert Krischer

Personalstand: 61 (Kopfzahlen)[1]

Teilzeitquote: 8,2 %[2]

Zertifizierung „audit berufundfamilie": seit 2012

Durchschnittsalter: 45,61 Jahre (aktive Bedienstete)[2]

Schülerzahlen: (Stand: 01.01.2014)

3. Einstiegsamt: 476
- Studiengang 07/2013: 176 (davon 28 für das Saarland, 4 für das BZSt[3])
- Studiengang 07/2012: 149 (davon 23 für das Saarland, 5 für das BZSt[3])
- Studiengang 07/2011: 151 (davon 25 für das Saarland)

2. Einstiegsamt: 246
- Ausbildungsgang 10/2013: 120 (davon 28 für das Saarland, 17 für das BZSt[3])
- Ausbildungsgang 10/2012: 126 (davon 30 für das Saarland, 5 für das BZSt[3])

Studienfächer für das 3. Einstiegsamt

Abgabenrecht (Abgabenverordnung,Vollstreckungsrecht, Steuerstrafrecht, Finanzgerichtsordnung);
Bewertungsrecht und Vermögensbesteuerung;
Steuern vom Einkommen und Ertrag (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer);
Umsatzsteuer; Bilanzsteuerrecht, Betriebliches Rechnungswesen, Außenprüfung;
Internationales Steuerrecht;
Besteuerung der Gesellschaften;
Privatrecht (Bürgerliches Recht, Insolvenzrecht);
Öffentliches Recht (Staatsrecht, Europarecht, Öffentliches Dienstrecht);
Wirtschaftswissenschaften (Finanzwissenschaft, Betriebswirtschaftslehre in Wirtschaft und Verwaltung, Ökonomisches Verwaltungshandeln);
Informations- und Wissensmanagement (Risikomanagementsysteme);
Arbeits- und Selbstorganisation sowie Verwaltungsmanagement;
Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Verwaltungshandelns;
Methoden der Rechtsanwendung;
Wahlpflichtveranstaltungen;
Schwerpunktthemen; Fallstudien

Ausbildungsfächer für das 2. Einstiegsamt

Politische Bildung, Staatskunde, Geschichte der Steuerverwaltung; Allgemeine Verwaltungskunde, Recht des öffentlichen Dienstes; Allgemeines Abgabenrecht; Allgemeine Rechtskunde; Steuern vom Einkommen und Ertrag; Umsatzsteuer; Buchführung und Bilanzwesen; Bewertungsrecht und Vermögensbesteuerung; Steuererhebung (Kassen- und Rechnungswesen sowie Vollstreckungswesen); Wirtschafts- und Sozialkunde Sozialwissenschaftliche Grundlagen des Verwaltungshandelns (Kommunikation, Kooperation, bürgerorientiertes Verhalten);
Organisation (insbesondere Arbeitsabläufe, Arbeitstechnik), ökonomisches Verwaltungshandeln und Datenverarbeitung sowie moderne Steuerungsinstrumente in der Steuerverwaltung

Landesfinanzkasse Daun

Hauptstelle in Daun

Hauptstelle:
Berliner Straße 1
54550 Daun
Telefon: 0 65 92 95 79 - 7 10 00
Telefax: 0 65 92 95 79 - 161 76

E-Mail: poststelle.lfk@fin-rlp.de
www.landesfinanzkasse-daun.fin-rlp.de

Bundesbank Koblenz
IBAN: DE04570000000057001517
BIC: MARKDEF1570

Außenstellen:

Hauptstraße 199
55743 Idar-Oberstein
Telefon: 0 67 81 68 - 7 20 00
Telefax: 0 67 81 68 - 1 85 55
Bundesbank Koblenz
IBAN: DE31570000000057001516
BIC: MARKDEF1570

Koblenzer Straße 15
56410 Montabaur
Telefon: 0 26 02 1 21 - 7 30 00
Telefax: 0 26 02 1 21 - 2 76 99
Bundesbank Koblenz
IBAN: DE74570000000057001518
BIC: MARKDEF1570

Kaiserstraße 2
66950 Pirmasens
Telefon: 0 63 31 7 11 - 7 40 00
Telefax: 0 63 31 7 11 - 3 09 30
Bundesbank Koblenz
IBAN: DE47570000000057001519
BIC: MARKDEF1570

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Klaus Fischer	**Auszubildende:**	0*
Personalstand:	199 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*	**Anzahl der Sachgebiete:**	5
Teilzeitquote:	20,11 %*	**Zertifizierung "audit berufundfamilie":**	seit 01.07.2013 (Gründung der Landesfinanzkasse)
Durchschnittsalter:	47,87 Jahre*		

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Landesweite Zuständigkeit für die Führung der Kassengeschäfte

Hauptstelle Daun: **Finanzkasse** für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Trier (ohne Grunderwerbsteuer)
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIT, BKS, DAU, PRÜ, SAB, TR und WIL

Außenstelle Idar-Oberstein: **Finanzkasse** für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Koblenz (nur Erbschaft-/Schenkungsteuer), Kusel-Landstuhl, Landau (nur Grunderwerbsteuer), Mainz-Mitte, Mainz-Süd, Mayen (nur Grunderwerbsteuer), Trier (nur Grunderwerbsteuer) und Worms-Kirchheimbolanden
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AZ, BIN, BIR, BW, KH, KIB, KL, KUS, MZ, ROK, RPL und WO

Außenstelle Montabaur: **Finanzkasse** für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz (ohne Erbschaftsteuer-/Schenkungsteuer), Mayen (ohne Grunderwerbsteuer), Montabaur-Diez, Neuwied, St. Goarshausen-St. Goar und Simmern-Zell
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AK, AW, COC, DIZ, EMS, GOA, GOH, KO, MY, MYK, NR, SIM, WW und ZEL

Außenstelle Pirmasens: **Finanzkasse** für die Finanzämter Frankenthal, Landau (ohne Grunderwerbsteuer), Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens und Speyer-Germersheim
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BAZ, DÜW, FT, GER, LD, LU, NW, PS, RP, SP, SÜW und ZW

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro (Gesamtaufkommen der Finanzämter)

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	7.319.500 €	**Umsatzsteuer:**	5.757.986 €	**Übrige Steuern:**	2.012.472 €
Einkommensteuer:	1.882.429 €	**Grunderwerbsteuer:**	366.020 €	**Aufkommen gesamt:**	**18.832.453 €**
Körperschaftsteuer:	1.033.802 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	460.244 €		

Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg

Hauptstelle:
Frankfurter Str. 21
57610 Altenkirchen

Telefon: 0 26 81 86 - 0
Telefax: 0 26 81 86 - 10 090

Außenstelle:
Tilmannstr. 8
57627 Hachenburg

Telefon: 0 26 62 94 52 - 0
Telefax: 0 26 62 94 52 10 092

E-Mail: poststelle@fa-ak.fin-rlp.de
www.finanzamt-altenkirchen-hachenburg.de

Hauptstelle in Altenkirchen

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Wirth
Personalstand:	249 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,39%*
Durchschnittsalter:	45,62 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Altenkirchen, vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod und Westerburg
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	223.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Liquiditätsprüfung* auch für das Finanzamt Neuwied

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	220.037 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	79.836 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	28.087 €	**Übrige Steuern:**	42.320 €
Umsatzsteuer:	268.242 €	**Aufkommen gesamt:**	**638.522 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 37,0 %

Trier | Worms-Kirchheimbolanden | Altenkirchen-Hachenburg | **Bad Kreuznach** | Bad Neuenahr-Ahrweiler | Bernkastel-Wittlich | Bingen-Alzey

Finanzamt Bad Kreuznach

Ringstraße 10
55543 Bad Kreuznach

Telefon: 06 71 7 00 - 0
Telefax: 06 71 7 00 - 11 772

E-Mail: poststelle@fa-kh.fin-rlp.de
www.finanzamt-bad-kreuznach.de

Personal

Vorsteher:	Michael Nauth
Personalstand:	212 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,53 %*
Durchschnittsalter:	46,95 Jahre*
Anwärter:	17*
Anzahl der Sachgebiete:	10
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bad Kreuznach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft* auch für das Finanzamt Bingen-Alzey *Liquiditätsprüfung* auch für die Finanzämter Idar-Oberstein und Kusel-Landstuhl *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für die Finanzämter Mainz-Mitte, Mainz-Süd, Hauptstelle Bingen des Finanzamts Bingen-Alzey *Bausachverständige* auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Mainz-Süd

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	179.094 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	60.595 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	30.603 €	**Übrige Steuern:**	30.265 €
Umsatzsteuer:	188.050 €	**Aufkommen gesamt:**	**488.607 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 38,1 %

Worms-Kirchheimbolanden | Altenkirchen-Hachenburg | Bad Kreuznach | **Bad Neuenahr-Ahrweiler** | Bernkastel-Wittlich | Bingen-Alzey | Bitburg-Prüm

Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Römerstraße 5
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon: 0 26 41 382 - 0
Telefax: 0 26 41 38 2 - 12 060

E-Mail: poststelle@fa-aw.fin-rlp.de
www.finanzamt-ahrweiler.de

Personal

Vorsteher:	Carolin Philipps
Personalstand:	178 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	19,08%*
Durchschnittsalter:	45,62 Jahre*
Anwärter:	17*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Ahrweiler
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	129.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Spielbankaufsicht* für die Spielbank Bad Neuenahr-Ahrweiler und das Ring Casino am Nürburgring

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	101.745 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	44.830 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	14.068 €	**Übrige Steuern:**	30.251 €
Umsatzsteuer:	148.264 €	**Aufkommen gesamt:**	**339.158 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 35,5 %

Finanzamt Bernkastel-Wittlich

Hauptstelle:
Unterer Sehlemet 15
54516 Wittlich

Telefon: 0 65 71 95 36 - 0
Telefax: 0 65 71 95 36 - 13 400

Außenstelle:
Cusanusstraße 21
54470 Bernkastel-Kues

Telefon: 0 65 31 506 - 0
Telefax: 0 65 31 506 - 13 600

E-Mail: poststelle@fa-wi.fin-rlp.de
www.finanzamt-bernkastel-wittlich.de

Hauptstelle in Wittlich

Personal

Vorsteher:	Wilhelm Simon
Personalstand:	166 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,40 %*
Durchschnittsalter:	45,79 Jahre*
Anwärter:	19*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bernkastel-Wittlich
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	113.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften* auch für das Finanzamt Daun

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	182.786 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	77.310 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	23.030 €	**Übrige Steuern:**	27.983 €
Umsatzsteuer:	149.001 €	**Aufkommen gesamt:**	**460.110 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 36,7 %

Bad Kreuznach | Bad Neuenahr-Ahrweiler | Bernkastel-Wittlich | **Bingen-Alzey** | Bitburg-Prüm | Daun | Frankenthal

Finanzamt Bingen-Alzey

Hauptstelle:
Rochusallee 10
55411 Bingen

Telefon: 0 67 21 706 - 0
Telefax: 0 67 21 706 - 14 080

Außenstelle:
Römerstraße 33
55232 Alzey

Telefon: 0 67 31 400 - 0
Telefax: 0 67 31 400 - 14 081

E-Mail: poststelle@fa-bi.fin-rlp.de
www.finanzamt-bingen-alzey.de

Hauptstelle in Bingen

Personal

Vorsteher:	Werner Boos
Personalstand:	250 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,50 %*
Durchschnittsalter:	43,64 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Städte Bingen und Ingelheim, die Verbandsgemeinden: Rhein-Nahe, Gau-Algesheim, Heidesheim/Rhein und Sprendlingen-Gensingen. Vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Alzey und die Verbandsgemeinden Alzey-Land, Wöllstein und Wörrstadt.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	186.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Liquiditätsprüfung* auch für das Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	372.191 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	249.548 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	276.317 €	**Übrige Steuern:**	69.376 €
Umsatzsteuer:	259.419 €	**Aufkommen gesamt:**	**1.226.851 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 35,4 %

Bad Neuenahr-Ahrweiler | Bernkastel-Wittlich | Bingen-Alzey | **Bitburg-Prüm** | Daun | Frankenthal | Idar-Oberstein

Finanzamt Bitburg-Prüm

Hauptstelle:
Kölner Straße 20
54634 Bitburg

Telefon: 0 65 61 603 - 0
Telefax: 0 65 61 603 - 15090

Außenstelle:
Kreuzerweg 2
54595 Prüm

Telefon: 0 65 51 940 - 0
Telefax: 0 65 51 940 - 15 093

E-Mail: poststelle@fa-bt.fin-rlp.de
www.finanzamt-bitburg-pruem.de

Hauptstelle in Bitburg

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Natus
Personalstand:	108 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,17 %*
Durchschnittsalter:	44,38 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Stadt Bitburg und die Verbandsgemeinden Bitburg-Land, Irrel, Kyllburg, Neuerburg und Speicher. Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Verbandsgemeinden Arzfeld und Prüm.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	95.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	98.129 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	38.033 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	8.173 €	**Übrige Steuern:**	19.403 €
Umsatzsteuer:	133.486 €	**Aufkommen gesamt:**	**297.224 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 39,2 %

Bernkastel-Wittlich | Bingen-Alzey | Bitburg-Prüm | **Daun** | Frankenthal | Idar-Oberstein | Kaiserslautern

Finanzamt Daun

Berliner Straße 1
54550 Daun

Telefon: 0 65 92 95 79 - 0
Telefax: 0 65 92 95 79 - 16 175

E-Mail: poststelle@fa-da.fin-rlp.de
www.finanzamt-daun.de

Personal

Vorsteher:	Wilhelm Simon
Personalstand:	84 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,27 %*
Durchschnittsalter:	45,57 Jahre*
Anwärter:	13*
Anzahl der Sachgebiete:	4
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Vulkaneifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	63.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIT, BKS, DAU, PRÜ, SAB, TR und WIL *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für das Finanzamt Bitburg-Prüm

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	13.507 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	22.467 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	63.558 €
Körperschaftsteuer:	-	**Übrige Steuern:**	1.693 €
Umsatzsteuer:	47.307 €	**Aufkommen gesamt:**	**148.532 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 38,1 %

Bingen-Alzey | Bitburg-Prüm | Daun | **Frankenthal** | Idar-Oberstein | Kaiserslautern | Koblenz

Finanzamt Frankenthal

Friedrich-Ebert-Straße 4a
67227 Frankenthal

Telefon: 0 62 33 49 03 - 0
Telefax: 0 62 33 49 03 - 17 082

E-Mail: poststelle@fa-ft.fin-rlp.de
www.finanzamt-frankenthal.de

Personal

Vorsteher:	Peter Schall
Personalstand:	120 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,40 %*
Durchschnittsalter:	43,34 Jahre*
Anwärter:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Frankenthal und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Bobenheim-Roxheim und Lambsheim und die Verbandsgemeinde Heßheim, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	119.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	139.355 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	47.018 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	13.698 €	**Übrige Steuern:**	26.508 €
Umsatzsteuer:	148.802 €	**Aufkommen gesamt:**	**375.381 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 37,8 %

Bitburg-Prüm | Daun | Frankenthal | **Idar-Oberstein** | Kaiserslautern | Koblenz | Kusel-Landstuhl

Finanzamt Idar-Oberstein

Hauptstraße 199
55743 Idar-Oberstein

Telefon: 0 67 81 68 - 0
Telefax: 0 67 81 68 - 18 333

E-Mail: poststelle@fa-io.fin-rlp.de
www.finanzamt-idar-oberstein.de

Personal

Vorsteher:	Margarete Möllenkamp-Lintz
Personalstand:	114 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,73 %*
Durchschnittsalter:	49,21 Jahre*
Anwärter:	16*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Birkenfeld
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	87.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIR und KH

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	81.563 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	30.727 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	27.706 €
Körperschaftsteuer:	4.579 €	**Übrige Steuern:**	11.873 €
Umsatzsteuer:	92.716 €	**Aufkommen gesamt:**	**249.164 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 34,2%

Daun | Frankenthal | Idar-Oberstein | **Kaiserslautern** | Koblenz | Kusel-Landstuhl | Landau

Finanzamt Kaiserslautern

Eisenbahnstraße 56
67655 Kaiserslautern

Telefon: 06 31 36 76 - 0
Telefax: 06 31 36 76 - 49 700

E-Mail: poststelle@fa-kl.fin-rlp.de
www.finanzamt-kaiserslautern.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Arnold Arndt
Personalstand:	263 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	26,04 %*
Durchschnittsalter:	45,24 Jahre*
Anwärter:	24*
Anzahl der Sachgebiete:	14
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Kaiserslautern, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn, Hochspeyer, Otterbach und Otterberg

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 138.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz, Großbetriebsprüfung auch für die Finanzämter Kusel-Landstuhl und Pirmasens
Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Kusel-Landstuhl
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen KL und KUS
Einzelprüfungsverfahren nach dem NATO-Truppenpenstatut und Arbeitnehmerüberlassung (grenzüberschreitend) sofern nicht Baugewerbe für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz
Liquiditätsprüfung auch für das Finanzamt Pirmasens
Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Außenstelle Landstuhl des Finanzamts Kusel-Landstuhl und für das Finanzamt Pirmasens
Bausachverständige auch für die Finanzämter Idar-Oberstein, Landau, Kusel-Landstuhl, Pirmasens, Außenstelle Kirchheimbolanden des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	343.232 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	56.096 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	29.174 €
Körperschaftsteuer:	19.108 €	**Übrige Steuern:**	46.894 €
Umsatzsteuer:	170.861 €	**Aufkommen gesamt:**	**665.365 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 34,4 %

Frankenthal | Idar-Oberstein | Kaiserslautern | **Koblenz** | Kusel-Landstuhl | Landau | Ludwigshafen

Finanzamt Koblenz

Ferdinand-Sauerbruch-Straße 19
56073 Koblenz

Telefon: 02 61 49 31 - 0
Telefax: 02 61 49 31 - 20 090

E-Mail: poststelle@fa-ko.fin-rlp.de
www.finanzamt-koblenz.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Klaudia Hendricks
Personalstand:	498 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	20,95 %*
Durchschnittsalter:	44,40 Jahre*
Anwärter:	36*
Anzahl der Sachgebiete:	29
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Koblenz

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die Stadt Bendorf und die Verbandsgemeinden Rhens, Untermosel, Vallendar und Weißenthurm
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	198.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977* auch für die Finanzämter Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt-Goar, Simmern-Zell *Großbetriebsprüfung* auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell *Betriebsprüfung-Mittelbetriebe* auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-St. Goar *Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft* auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Montabaur-Diez, Mayen, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell *Steuerfahndung* auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar

Fortsetzung Finanzamt Koblenz

Zuständigkeiten

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar

Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-Sankt Goar

Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen COC, EMS, GOA, GOH, KO, SIM und ZEL

Rennwett- und Lotteriesteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zerlegung Körperschaftsteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zentralstelle für Zustellersuchen in Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß dem Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	1.366.911 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	109.089 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	47.302 €
Körperschaftsteuer:	143.744 €	**Übrige Steuern:**	936.628 €
Umsatzsteuer:	656.783 €	**Aufkommen gesamt:**	**3.260.457 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 34,3 %

Idar-Oberstein | Kaiserslautern | Koblenz | **Kusel-Landstuhl** | Landau | Ludwigshafen | Mainz-Mitte

Finanzamt Kusel-Landstuhl

Hauptstelle:
Trierer Straße 46
66869 Kusel

Telefon: 0 63 81 99 67 - 0
Telefax: 0 63 81 99 67 - 21 060

Außenstelle:
Kaiserstraße 51
66849 Landstuhl

Telefon: 0 63 71 61 73 - 0
Telefax: 0 63 71 61 73 - 21 070

E-Mail: poststelle@fa-ku.fin-rlp.de
www.finanzamt-kusel-landstuhl.de

Hauptstelle in Kusel

Personal

Vorsteher:	Carmen von Briel
Personalstand:	196 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	21,03 %*
Durchschnittsalter:	44,23 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Kusel, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Kaiserslautern-Süd, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach und Weilerbach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	123.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Erbschaft- und Schenkungsteuer* für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	21.113 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	39.017 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	- €	**Übrige Steuern:**	139.615 €
Umsatzsteuer:	60.091 €	**Aufkommen gesamt:**	**259.836 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 38,8 %

Kaiserslautern | Koblenz | Kusel-Landstuhl | **Landau** | Ludwigshafen | Mainz-Mitte | Mainz-Süd

Finanzamt Landau

Weißquartierstraße 13
76829 Landau

Telefon: 0 63 41 913 - 0
Telefax: 0 63 41 913 - 22 100

E-Mail: poststelle@fa-ld.fin-rlp.de
www.finanzamt-landau.de

Personal

Vorsteher:	Volker Groß
Personalstand:	244 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	30,13 %*
Durchschnittsalter:	46,46 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	10
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Landau und den Landkreis Südliche Weinstraße
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Grunderwerbsteuerstelle* auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens, Speyer-Germersheim *Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BZA, GER, LD und SÜW *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	190.204 €	**Grunderwerbsteuer:**	104.242 €
Einkommensteuer:	80.868 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	34.322 €
Körperschaftsteuer:	36.274 €	**Übrige Steuern:**	40.446 €
Umsatzsteuer:	259.488 €	**Aufkommen gesamt:**	**745.844 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 40,5 %

Koblenz | Kusel-Landstuhl | Landau | **Ludwigshafen** | Mainz-Mitte | Mainz-Süd | Mayen

Finanzamt Ludwigshafen

Bayernstraße 39
67061 Ludwigshafen

Telefon: 06 21 56 14 - 0
Telefax: 06 21 56 14 - 23 067

E-Mail: poststelle@fa-lu.fin-rlp.de
www.finanzamt-ludwigshafen.de

Personal

Vorsteher:	Peter Schall
Personalstand:	331 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	28,62%*
Durchschnittsalter:	45,69 Jahre*
Anwärter:	24*
Anzahl der Sachgebiete:	21
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Ludwigshafen, vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Altrip, Neuhofen und die Verbandsgemeinde Maxdorf
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	171.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Betriebsprüfung Mittelbehörde* auch für das Finanzamt Frankenthal *Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977* auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim *Großbetriebsprüfung* auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim *Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen FT, LU und RP *Liquiditätsprüfung* auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	991.650 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	47.073 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	36.346 €
Körperschaftsteuer:	40.854 €	**Übrige Steuern:**	95.152 €
Umsatzsteuer:	- 91.168 €	**Aufkommen gesamt:**	**1.119.907 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 34,7 %

Kusel-Landstuhl | Landau | Ludwigshafen | **Mainz-Mitte** | Mainz-Süd | Mayen | Monatbaur-Diez

Finanzamt Mainz-Mitte

Schillerstraße 13
55116 Mainz

Telefon: 0 61 31 2 51 - 0
Telefax: 0 61 31 2 51 - 24 090

E-Mail: poststelle@fa-mz.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-mitte.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Dr. Peter Tress
Personalstand:	228 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,16 %*
Durchschnittsalter:	41,38 Jahre*
Anwärter:	25*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Mainz ohne die Stadtteile Mainz-Hechtsheim und Mainz-Ebersheim, vom Landkreis Mainz-Bingen die Gemeinde Budenheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	189.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977* auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Süd und Worms-Kirchheimbolanden *Besteuerung der Körperschaften* auch für das Finanzamt Mainz-Süd *Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz und Feststellung der Einkünfte aus Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften* für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz *Spielbankaufsicht* für die Spielbank Mainz *Liquiditätsprüfung* auch für das Finanzamt Mainz-Süd

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	717.103 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	109.720 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	72.007 €	**Übrige Steuern:**	152.030 €
Umsatzsteuer:	608.605 €	**Aufkommen gesamt:**	**1.659.465 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 35,6 %

Landau | Ludwigshafen | Mainz-Mitte | **Mainz-Süd** | Mayen | Montabaur-Diez | Neustadt

Finanzamt Mainz-Süd

Emy-Roeder-Straße 3
55129 Mainz

Telefon: 0 61 31 5 52 - 0
Telefax: 0 61 31 5 52 - 25 272

E-Mail: poststelle@fa-ms.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-sued.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Karlheinz Eppelmann
Personalstand:	301 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,91 %*
Durchschnittsalter:	43,98 Jahre*
Anwärter:	23*
Anzahl der Sachgebiete:	19
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Verbandsgemeinden Bodenheim, Guntersblum, Nieder-Olm, Nierstein-Oppenheim, von der Stadt Mainz die Stadtteile Mainz-Ebersheim und Mainz-Hechtsheim.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	110.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Großbetriebsprüfung* auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden *Betriebsprüfung Mittelbetriebe* auch für das Finanzamt Mainz-Mitte *Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen* auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden *Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIN, BW, MZ und RPL

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	22.883 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	60.548 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	41.099 €
Körperschaftsteuer:	-	**Übrige Steuern:**	3.960 €
Umsatzsteuer:	78.555 €	**Aufkommen gesamt:**	**207.045 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 37,1 %

Ludwigshafen | Mainz-Mitte | Mainz-Süd | **Mayen** | Montabaur-Diez | Neustadt | Neuwied

Finanzamt Mayen

Westbahnhofstraße 11
56727 Mayen

Telefon: 0 26 51 70 26 - 0
Telefax: 0 26 51 70 26 - 26 090

E-Mail: poststelle@fa-my.fin-rlp.de
www.finanzamt-mayen.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Oliver Schiffer
Personalstand:	177 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	22,29 %*
Durchschnittsalter:	44,99 Jahre*
Anwärter:	17*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mayen-Koblenz die Städte Andernach, Mayen und die Verbandsgemeinden Pellenz, Maifeld, Mendig und Vordereifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	120.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Grunderwerbsteuer* auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell *Liquiditätsprüfung* auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler und Simmern-Zell *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für die Außenstelle Zell des Finanzamts Simmern-Zell Baus*achverständige* auch für die Finanzämter Daun und Simmern-Zell

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	153.721 €	**Grunderwerbsteuer:**	86.639 €
Einkommensteuer:	51.901 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	23.574 €	**Übrige Steuern:**	27.035 €
Umsatzsteuer:	49.650 €	**Aufkommen gesamt:**	**392.520 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 30,3 %

Mainz-Mitte | Mainz-Süd | Mayen | **Montabaur-Diez** | Neustadt | Neuwied | Pirmasens

Finanzamt Montabaur-Diez

Hauptstelle:
Koblenzer Straße 15
56410 Montabaur

Telefon: 0 26 02 1 21 - 0
Telefax: 0 26 02 1 21 - 27 099

Außenstelle:
Parkstraße 16
65582 Diez

Telefon: 0 64 32 5 04 - 0
Telefax: 0 64 32 5 04 - 27 088

E-Mail: poststelle@fa-mt.fin-rlp.de
www.finanzamt-montabaur-diez.de

Hauptstelle in Montabaur

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Günter Krämer
Personalstand:	287 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	26,24 %*
Durchschnittsalter:	44,90 Jahre*
Anwärter:	27*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen, Montabaur, Ransbach-Baumbach, Selters, Wallmerod und Wirges. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Verbandsgemeinden Bad Ems, Diez, Hahnstätten, Katzenelnbogen und Nassau.

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 195.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AK, DIZ und WW
Spielbankaufsicht für die Spielbank Bad Ems
Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Koblenz und St. Goarshausen-St. Goar
Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für das Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg
Baus*achverständige* auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und St. Goarshausen-St. Goar

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	264.910 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	80.361 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	39.773 €
Körperschaftsteuer:	93.311 €	**Übrige Steuern:**	37.135 €
Umsatzsteuer:	365.429 €	**Aufkommen gesamt:**	**880.919 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 35,9 %

Mainz-Süd | Mayen | Montabaur-Diez | **Neustadt** | Neuwied | Pirmasens | St. Goarshausen-St. Goar

Finanzamt Neustadt

Konrad-Adenauer-Straße 26
67433 Neustadt

Telefon: 0 63 21 9 30 - 0
Telefax: 0 63 21 9 30 - 28 600

E-Mail: poststelle@fa-nw.fin-rlp.de
www.finanzamt-neustadt.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Christian Baur
Personalstand:	356 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	26,65 %*
Durchschnittsalter:	46,22 Jahre*
Anwärter:	18*
Anzahl der Sachgebiete:	21
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Neustadt a. d. Weinstraße, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Bad Dürkheim, die Gemeinde Haßloch und die Verbandsgemeinden Deidesheim, Freinsheim, Lambrecht und Wachenheim.

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 193.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft auch für die Finanzämter Frankenthal, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Landau, Ludwigshafen, Pirmasens und Speyer-Germersheim
Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Frankenthal, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Landau, Ludwigshafen, Pirmasens und Speyer-Germersheim
Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Frankenthal und Landau

Spielbankaufsicht für die Spielbank Bad Dürkheim
Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden
Bausachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer-Germersheim und für die Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden
Amtliche gärtnerische Sachverständige für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	311.800 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	85.556 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	19.121 €	**Übrige Steuern:**	37.338 €
Umsatzsteuer:	201.435 €	**Aufkommen gesamt:**	**655.250 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 39,1 %

Mayen | Montabaur-Diez | Neustadt | **Neuwied** | Pirmasens | St. Goarshausen-St. Goar | Simmern-Zell

Finanzamt Neuwied

Augustastraße 70
56564 Neuwied

Telefon: 0 26 31 9 10 - 0
Telefax: 0 26 31 9 10 - 29 906

E-Mail: poststelle@fa-nr.fin-rlp.de
www.finanzamt-neuwied.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Brigitte Bollinger-Wechsler
Personalstand:	312 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	20,79%*
Durchschnittsalter:	45,98 Jahre*
Anwärter:	22*
Anzahl der Sachgebiete:	16
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Neuwied
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	184.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977* auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Montabaur-Diez *Großbetriebsprüfung* auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und Montabaur-Diez *Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AW, MY, MYK und NR *Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für die Republik Bulgarien* für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige sowie* Bausachverständige auch für das Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	292.904 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	73.890 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	61.086 €
Körperschaftsteuer:	28.463 €	**Übrige Steuern:**	39.030 €
Umsatzsteuer:	263.181 €	**Aufkommen gesamt:**	**758.554 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 37,3 %

Montabaur-Diez | Neustadt | Neuwied | **Pirmasens** | St. Goarshausen-St. Goar | Simmern-Zell | Speyer-Germersheim

Finanzamt Pirmasens

Kaiserstraße 2
66955 Pirmasens

Service-Center Zweibrücken:
Maxstraße 1
66482 Zweibrücken

Telefon: 0 63 31 7 11 - 0
Telefax: 0 63 31 7 11 - 30 950

E-Mail: poststelle@fa-ps.fin-rlp.de
www.finanzamt-pirmasens.de

Bis 31.12.2013: Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken
Ab 01.01.2014: Finanzamt Pirmasens

Personal

Vorsteher:	Dr. Frank Klasing
Personalstand:	207 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,22%*
Durchschnittsalter:	44,69 Jahre*
Anwärter:	29*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Südwestpfalz sowie die Städte Pirmasens und Zweibrücken.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	180.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen PS und ZW

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	185.130 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	55.363 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	19.922 €
Körperschaftsteuer:	17.450 €	**Übrige Steuern:**	28.854 €
Umsatzsteuer:	150.175 €	**Aufkommen gesamt:**	**456.894 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 43,4 %

Neustadt | Neuwied | Pirmasens | **St. Goarshausen-St. Goar** | Simmern-Zell | Speyer-Germersheim | Trier

Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar

Hauptstelle:
Wellmicher Straße 79
56346 St. Goarshausen

Telefon: 0 67 71 95 90 - 0
Telefax: 0 67 71 95 90 - 31 090

Außenstelle:
Markt 4
56329 St. Goar

Telefon: 0 67 41 98 10 - 0
Telefax: 0 67 41 98 10 31 091

E-Mail: poststelle@fa-gh.fin-rlp.de
www.finanzamt-sankt-goarshausen-sankt-goar.de

Hauptstelle in Sankt Goarshausen

Personal

Vorsteher:	Klaudia Hendricks
Personalstand:	90 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,78 %*
Durchschnittsalter:	43,71 Jahre*
Anwärter:	10*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Stadt Boppard und die Verbandsgemeinden Emmelshausen und St. Goar-Oberwesel. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Stadt Lahnstein und die Verbandsgemeinden Loreley und Nastätten
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	93.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	32.578 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	36.607 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	- 6 €	**Übrige Steuern:**	3.205 €
Umsatzsteuer:	17.825 €	**Aufkommen gesamt:**	**90.209 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 36,3 %

Neuwied | Pirmasens | St. Goarshausen-St. Goar | **Simmern-Zell** | Speyer-Germersheim | Trier | Worms-Kirchheimbolanden

Finanzamt Simmern-Zell

Hauptstelle:
Brühlstraße 3
55469 Simmern

Telefon: 0 67 61 8 55 - 0
Telefax: 0 67 61 8 55 - 32 053

Außenstelle:
Schlossstraße 42
56856 Zell

Telefon: 065 42 7 09 - 0
Telefax: 065 42 7 09 - 32 063

E-Mail: poststelle@fa-si.fin-rlp.de
www.finanzamt-simmern-zell.de

Hauptstelle in Simmern

Personal

Vorsteher:	Johannes Gasber
Personalstand:	158 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,05 %*
Durchschnittsalter:	43,63 Jahre*
Anwärter:	17*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Verbandsgemeinden Kastellaun, Kirchberg (Hunsrück), Rheinböllen und Simmern sowie Landkreis Cochem-Zell.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	134.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für das Finanzamt Idar-Oberstein

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	128.779 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	56.495 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-
Körperschaftsteuer:	20.795 €	**Übrige Steuern:**	19.404 €
Umsatzsteuer:	143.387 €	**Aufkommen gesamt:**	**368.860 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 36,3 %

Pirmasens | St. Goarshausen-St. Goar | Simmern-Zell | **Speyer-Germersheim** | Trier | Worms-Kirchheimbolanden | Altenkirchen-Hachenburg

Finanzamt Speyer-Germersheim

Hauptstelle:
Johannesstraße 9-12
67346 Speyer

Telefon: 0 62 32 60 17 - 0
Telefax: 0 62 32 60 17 - 33431

Außenstelle:
Königsplatz 8
76726 Germersheim

Telefon: 0 72 74 9 50 - 0
Telefax: 0 72 74 9 50 - 33438

E-Mail: poststelle@fa-sp.fin-rlp.de
www.finanzamt-speyer-germersheim.de

Hauptstelle in Speyer

Personal

Vorsteher:	Ulrike Dreßing-Steinhübel
Personalstand:	317 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	33,55 %*
Durchschnittsalter:	46,13 Jahre*
Anwärter:	23*
Anzahl der Sachgebiete:	15
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Germersheim, Stadt Speyer und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim, Dudenhofen und Waldsee und die Gemeinden Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Römerberg und Schifferstadt
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	273.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen DÜW, NW und SP

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	314.844 €	**Grunderwerbsteuer:**	-
Einkommensteuer:	103.990 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	27.497 €
Körperschaftsteuer:	33.986 €	**Übrige Steuern:**	41.967 €
Umsatzsteuer:	336.115 €	**Aufkommen gesamt:**	**858.399 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 41,9 %

St. Goarshausen-St. Goar | Simmern-Zell | Speyer-Germersheim | **Trier** | Worms-Kirchheimbolanden | Altenkirchen-Hachenburg | Bad Kreuznach

Finanzamt Trier

Hubert-Neuerburg-Straße 1
54290 Trier

Telefon: 06 51 93 60 - 0
Telefax: 06 51 93 60 - 34 900

E-Mail: poststelle@fa-tr.fin-rlp.de
www.finanzamt-trier.de

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Jürgen Kentenich
Personalstand:	418 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	20,71 %*
Durchschnittsalter:	46,18 Jahre*
Anwärter:	35*
Anzahl der Sachgebiete:	24
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007, Re-Auditierung in 2010, Konsolidierung in 2012, Mitglied im Unternehmensnetzwerk, Erfolgsfaktor Familie, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Trier

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	249.000

Besonderheiten/Zuständigkeitüber das eigene Amt hinaus:

Betriebsprüfung Mittelbetriebe auch für die Finanzämter Bitburg-Prüm und Idar-Oberstein

Großbetriebsprüfung auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein

Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977 sowie Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein

Steuerfahndung, Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Idar-Oberstein und Simmern-Zell

Grunderwerbsteuer auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun

Wohnungsbauprämie für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Spielbankaufsicht für die Spielbank Trier

Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für das Königreich Belgien für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland

Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun

Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für das Finanzamt Bernkastel-Wittlich

Bausachverständige auch für die Finanzämter Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	349.699 €	**Umsatzsteuer:**	886.448 €	**Übrige Steuern:**	46.130 €
Einkommensteuer:	126.006 €	**Grunderwerbsteuer:**	48.838 €	**Aufkommen gesamt:**	**1.490.869 €**
Körperschaftsteuer:	33.748 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	-		

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 37,3 %

Simmern-Zell | Speyer-Germersheim | Trier | **Worms-Kirchheimbolanden** | Altenkirchen-Hachenburg | Bad Kreuznach | Bad Neuenahr-Ahrweiler

Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Hauptstelle:
Karlsplatz 6
67549 Worms

Telefon: 0 62 41 30 46 - 0
Telefax: 0 62 41 30 46 - 35 060

Außenstelle:
Neumayerstraße 7
67292 Kirchheimbolanden

Telefon: 0 63 52 4 07 - 0
Telefax: 0 63 52 4 07 - 35 077

E-Mail: poststelle@fa-wo.fin-rlp.de
www.finanzamt-worms-kirchheimbolanden.de

Hauptstelle in Worms

Personal

** Quelle: IPEMA / Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 01.01.2014*

Vorsteher:	Gerhard Bißbort
Personalstand:	243 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	28,16 %*
Durchschnittsalter:	45,97 Jahre*
Anwärter:	20*
Anzahl der Sachgebiete:	12
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Konsolidierung in 2012

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Worms und vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinden Eich, Monsheim und Westhofen, Donnersbergkreis
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	206.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	*Kraftfahrzeugsteuer* für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AZ, KIB, ROK und WO *Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft* auch für die Finanzämter Mainz-Mitte und Mainz-Süd *Grunderwerbsteuer* auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Mainz-Mitte und Mainz-Süd *Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige* auch für die Außenstelle Alzey des Finanzamts Bingen-Alzey und für die Hauptstelle Kusel des Finanzamts Kusel-Landstuhl

Steueraufkommen 2013 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	243.632 €	**Grunderwerbsteuer:**	126.301 €
Einkommensteuer:	59.485 €	**Kraftfahrzeugsteuer:**	32.459 €
Körperschaftsteuer:	52.818 €	**Übrige Steuern:**	57.977 €
Umsatzsteuer:	165.839 €	**Aufkommen gesamt:**	**738.511 €**

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2013):* 35,1 %

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE (ZBV)

ALLGEMEINES

Auch das Jahr 2013 war überwiegend geprägt durch die Projekte „IPEMA" (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) und „RHESCABA" (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung).

Das am 01.07.2013 in Kraft getretene Landesbeamtenversorgungsgesetz Rheinland Pfalz erforderte eine Neukonzeption des bisher durch die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle der Oberfinanzdirektion Koblenz genutzten Auskunftsprogramms.

Mit Hilfe des nun erstellten Versorgungsauskunftsprogramms ist es allen Beamten des Landes Rheinland-Pfalz möglich, ihre Versorgungsansprüche bis zum Bearbeitungstag (bei Dienstunfähigkeit), aber auch in die Zukunft hinein nach der neuen Rechtslage zu ermitteln. Durch die Anwendung sind, sofern die notwendigen Dateneingaben erfolgen, die Voraussetzungen geschaffen worden, einzelne Berechnungsprozesse vornehmen zu lassen, die letztlich mit einem voraussichtlichen Versorgungsbezug schließen.

PERSONALSTAND

Gesamt/Beamte/Arbeitnehmer (siehe Seite 10)

Schwerbehinderte Quote: 4,83 % Vorjahr: 5,81 %

	Gesamt	männlich	weiblich
31.12.2012	37	20	17
31.12.2013	31	16	15

Einstellung von Anwärtern im Jahr 2013

Laufbahn	Anzahl Bewerbungen	Tests	Vorstellungs-gespräche	Einstellungen
2. Einstiegsamt	122	24	16	6
3. Einstiegsamt	165		12	4

FACHBEREICHE

Zentraldezernat (ZBV 11)

Themen der Personalstelle:

■ Änderung Beurteilungs- und Beförderungs-VV ab 01.01.2013

In 2013 waren letztmals unter Berücksichtigung der alten Beurteilungs-VV die Beurteilungen des 1. Einstiegsamtes (ehemals einfacher Dienst mit Beurteilungsstichtag 01.12.2012) und des 3. Einstiegamtes (gehobener Dienst mit Beurteilungsstichtag 01.07./01.12.2012) abzuschließen. Für beide Beurteilungsverfahren mit insgesamt 74 Beurteilten übernahm die Personalstelle die hierzu erforderlichen Arbeiten bis hin zur endgültigen Bekanntgabe der Beurteilungen. In 2013 selbst gab es nach der neuen Beurteilungs-VV noch keine regelmäßige Beurteilung.

■ Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Beschäftigte und Beamte

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 20.03.2012 die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach dem Lebensalter wegen eines Verstoßes gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Lebensalters für unwirksam erklärt. Darauf hin wurde der Tarifvertrag für die Arbeitnehmer und die Urlaubsverordnung für Beamte in 2013 an die neue Rechtsprechung angepasst. Danach erhalten alle Tarifangehörige und alle Beamte einheitlich 30 Arbeitstage Erholungsurlaub im Kalenderjahr. Bei Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst beträgt der jährliche Erholungsurlaub 27 Arbeitstage.

■ Dienstvereinbarung alternierende Telearbeit

In 2013 wurde die bestehende Dienstvereinbarung überarbeitet und neu geschlossen. Insgesamt verfügt die ZBV über 57 alternierende Telearbeitsplätze. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Boot-CD für die vorübergehende Arbeit von zu Hause wurde seit dem 01.01.2013 von über 13 Mitarbeitern genutzt.

■ Vorstellungsgespräche

In 2013 wurden an 18 Arbeitstagen Vorstellungsgespräche mit insgesamt 70 Bewerbern geführt.

■ Landesamt für Finanzen

Voraussichtlich zum 01.09.2014 werden die Oberfinanzdirektion Koblenz und das Amt für Wiedergutmachung in Saarburg aufgelöst. Dafür werden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen zum gleichen Zeitpunkt das „Landesamt für Steuern“ (vormals Besitz- und Verkehrsteuerabteilung der OFD), das „Landesamt für Finanzen“ (vormals ZBV der OFD) und das „Amt für Bundesbau“ (vormals Abteilung Bundesbau der OFD) als neue Landesbehörden errichtet. In das „Landesamt für Finanzen“ wird das Amt für Wiedergutmachung eingegliedert. Die vorbereitenden Arbeiten haben schon in 2013 in hierzu gegründeten Arbeitsgruppen begonnen.

Themen aus dem Organisationsbereich:

- Das Projekt „Tiefgaragensanierung“ wurde mit Beginn der Sommerferien gestartet. Baustelleneinrichtung am 08.07.2013. Tatsächliches Ende der Baumaßnahmen und Nutzung der Tiefgarage im Untergeschoss 2 ab 07.10.2013. Während der gesamten Zeit der Baumaßnahme wurden den Bediensteten Ersatzparkplätze zur Verfügung gestellt. 60 Parkplätze bei der VHS bis 06.09.2013. 40 Parkplätze bei der Bundeswehrfachschule bis 04.10.2013. 60 Parkplätze vom 09.09. – 04.10.2013 im Parkhaus Autohaus Scherhag.
  Die Bauabnahme erfolgte am 04.11.2013 durch die Bezirksärztekammer Koblenz. Bei den Baumaßnahmen ist ein erheblicher Wasserschaden in den umliegenden Räumlichkeiten (Archivräume und Lagerräume) der ZBV aufgetreten. Die Beseitigung der Folgeschäden wird sukzessive durch den Auftraggeber Bezirksärztekammer Koblenz erfolgen.

- Durchführung der Lehrgänge „Belastung im beruflichen Alltag durch Veränderung“, „Telefonschulung“, „Wirkungsvolle Texte - moderne Korrespondenz“, Infoveranstaltung „Bildschirmarbeit und gesundes Sehen“ und „Souveränes Präsentieren leicht gemacht“.

- Einführung der Urlaubsgewährung im Workflow über das Zeiterfassungsprogramm Novatime zum 01.01.2014 in elektronischer Form.

- Die erste Arbeitsschutzausschusssitzung der ZBV hat am 29.10.2013 stattgefunden. Teilnehmer der ASA-Sitzung waren der Sicherheitsbeauftragte, der Brandschutzbeauftragte, zwei Vertreter des Personalrates, die vom Arbeitgeber beauftragte Person und die Betriebsärztin des BAD. Es wurde sich darauf geeinigt, dass die nächste Sitzung erst stattfindet, wenn die noch zu gewinnende Fachkraft für Arbeitssicherheit bestimmt ist. Die Ausschreibung dieser Leistung (Fachkraft für Arbeitssicherheit) erfolgt zentral für die Landesverwaltung durch die ZBL (Zentrale Beschaffungsstelle des Landes).

- Freistehende Räumlichkeiten in der Reisekostenstelle Pirmasens, wurden ab dem 01.07.2013 an das Finanzamt Pirmasens untervermietet.

- Ausschreibung Unterhaltsreinigung/Glasreinigung wird durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) vorbereitet und durchgeführt.

Finanzierungsfonds

Im Bereich des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz wurden Anpassungen hinsichtlich der Schnittstellenlieferung sowie im Zusammenhang mit diversen Personalbuchungen vorgenommen. Anlässlich des neuen Doppelhaushaltes sind des Weiteren haushaltstechnische Vorarbeiten erfolgt.

Personalausgabenbudgetierung

Durch die Geschäftsstelle PAB Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2013, in Abstimmung mit den Kooperationspartnern (der Länder Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg), ein Änderungspaket (sog. Release 2013/1) für die Anwendung Personalausgabenbudgetierung - PAB zusammen gestellt.

In diesem Jahr wurden von Seiten der Geschäftsstelle zwei PAB-Schulungen im Hause der ZBV und zwei PAB-Schulungen im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur durchgeführt.

Automation/Administration

Windows 7 Migration

Die Windows 7 Migration ist weitestgehend abgeschlossen.

Erstellung Versorgungsauskunft zu großen Teilen mit eigenen Kräften

Bedingt durch das am 01.07.2013 in Kraft getretene Landesbeamtenversorgungsgesetz Rheinland-Pfalz (LBeamtVG) konnte die ursprünglich von Baden-Württemberg übernommene Anwendung zur Berechnung der Versorgungsauskunft nicht weiter genutzt werden. Mit Hilfe von ZBV-internen Ressourcen und in Zusammenarbeit mit der Kevag-Telekom wurde eine neue Anwendung geschaffen. Diese neuerstellte Anwendung ist zukunftssicher und flexibel erstellt, so dass auch künftige Gesetzesänderungen problemlos eingearbeitet werden können.

Das Programm ist seit dem 16.09.2013 auf der Homepage der ZBV veröffentlicht. Seit Produktivschaltung der Anwendung haben bisher über 13.000 Personen die Berechnung ihrer Versorgungsauskunft mit dem neuen Programm durchgeführt (Stand 17.02.2014).

Überführung virtuelle Server in OFD-Cluster

Für das RHESCABA Beihilfeverfahren wurden 12 Applikationsterminalserver in den OFD Cluster migriert. Die in der Beihilfebearbeitung bis zu diesem Zeitpunkt aufgetretenen Performanceprobleme wurden damit gelöst.

Haushalt und Rechnungswesen

- Vorbereitung zur Einführung des EKV bei der LOK
- Vorbereitungen zur Einführung von SEPA zum 01.02.2014
- Weitere haushaltsmäßige u. KLR-mäßige Begleitung der Einführung der neuen Reisekostenstellen
- Bearbeitung und Weiterentwicklung (z. B. BI, Web2.0) der zentralen KLR des Landes Rheinland-Pfalz
- Aufbau und lfd. Mitarbeit am Benchmarking der bezügeabrechnenden Stellen

Klageverfahren

Zum 31.12.2013 waren noch 120 Klageverfahren in Bearbeitung. Davon entfielen

84 Verfahren vor Verwaltungsgerichten
18 Verfahren vor Sozialgerichten
5 Verfahren vor Arbeitsgerichten und
13 Verfahren vor den Finanzgerichten

Bei den Neuzugängen in 2013 sind mehrere Musterklageverfahren zu folgenden Themen eingegangen:

13 Verfahren zum 1. Dienstrechtsänderungsgesetz vom 01.01.2012 im Hinblick auf die amtsangemessene Alimentierung wegen der Erhöhungen um 5 x 1 %

4 Verfahren betreffend Art. 17 zum 1. Dienstrechtsänderungsgesetz wegen Umstrukturierung des Familienzuschlags zum 01.01.2012 und dem Abschmelzen der Zulage

1 Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit der W-Besoldung und

2 Verfahren zum Verlust des Pensionistenprivilegs nach § 2 e BeamtVGErgG sowie

11 Klagen vor dem Sozialgericht wegen Säumniszuschlägen auf Nachversicherungsbeiträge, wenn der Berufung auf die Verjährungsfrist der Nachversicherungsbeiträge Treu und Glauben entgegensteht.

Bis zum Stichtag sind für 2013 insgesamt 105 Klageverfahren erledigt. Hiervon wurden 61 Fälle durch Urteil/Beschluss zugunsten der Behörde und 21 Fälle durch Vergleich erledigt. Zu Gunsten der Gegenseite wurden durch Urteil/Beschluss 23 Fälle erledigt.

Beschwerdemanagement

Bis zum 31.12.2013 sind insgesamt 103 Beschwerden eingegangen. Im Vergleich zum Vorjahr mit 122 Beschwerden ist die Entwicklung leicht rückläufig. Von den eingegangenen 103 Beschwerden entfielen auf

ZBV 11:	2	=	1,94 %	(im Vorjahr 2,5 %)
ZBV 12:	40	=	38,83 %	(im Vorjahr 39,7 %)
ZBV 13:	5	=	4,85 %	(Vorjahr 3,3 %)
ZBV 14:	11	=	10,68 %	(Vorjahr 9,9 %)
ZBV 15:	2	=	1,94 %	(Vorjahr 0,0 %)
ZBV 18:	43	=	41,75 %	(Vorjahr 44,6 %)

An berechtigten Beschwerden waren zu verzeichnen : 26 = 25,24 %

Dezernat Beamtenbesoldung und -versorgung (ZBV 12)

Fallzahlen

Art	11/2012	11/2013	Differenz nominal	Differenz in %
Besoldung	73.664	72.639	-1.025	-1,39
Versorgung	41.031	42.806	+1.775	+4,33
Emeriten	240	220	-20	-8,33
Summe	**114.935**	**115.665**	**+730**	**+0,64**

Bezügeanpassung zum 01.Januar aufgrund des Ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzen.

Die technische Umsetzung der Besoldungsanpassung erfolgte pünktlich zum 01.01.2013.

Gesetzesänderungen/
Landesgesetz zur Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts

Darin enthalten und zum 01.07.2013 in Kraft getreten:

- Vollfassung des LBesG
- Vollfassung des LBeamtVG

Die Umsetzung konnte fristgerecht zum 01.07.2013 abgeschlossen werden.

Ruhestandsversetzungen zum 01. August 2013 (Bereich ADD/Lehrer)

Aufgrund der Tatsache, dass die programmtechnische Umsetzung des neuen LBeamtVG abgeschlossen sein musste, bevor die ersten Ruhestandsversetzungen ins System eingepflegt werden konnten, war die Zeitspanne für die Dateneingabe äußerst gering. Erst ab dem 08.04.2013 konnten die Fälle eingegeben werden. Etwa 1600 Festsetzungen wurden innerhalb eines Zeitfensters von drei Monaten eingegeben, so dass die Versorgungsbezüge fristgerecht ab dem 01.08.2013 gezahlt wurden.

Besoldungsanpassung bei der W-Besoldung (Professoren) rückwirkend ab 01.01.2013

Die technische Umsetzung erfolgte mit der Auszahlung der Bezüge 11/2013. Darüber hinaus war dann mit der Besoldungsanpassung im Rechenlauf November ein eventuelles Abschmelzen der vorhandenen Zulagen zu prüfen. Mangels einer technische Lösung wurden die Zulagen im Bereich der W2- und W3-Besoldung manuell berechnet.

Produktivstart Statistisches Landesamt

Der Datenabgleich und die Tests wurden durchgeführt.

ZfA (Private Altersvorsorge / Riester- Rente)

Es gibt weiterhin erhebliche Probleme bei den Entgeltmeldungen. Entsprechend hoch ist die Zahl telefonischer Anfragen.

ELStAM

Hohe Belastung durch Telefonate, Abrechnungskorrekturen und Listenbearbeitung. Aufgrund der Komplexität der Probleme und der Flut von - sich zum Teil widersprechenden - Lösungsvorschlägen wurde die Fehlerbearbeitung in der Kopfstelle zentralisiert.

Dezernat Familienkasse (ZBV 13)

Die Familienkasse der ZBV ist als Bundesfinanzbehörde für die Bearbeitung und Auszahlung des Kindergeldes an die Beamten, Beschäftigten und Versorgungsempfänger des Landes zuständig.

Weiterhin ist die Familienkasse als Landesfamilienkasse seit 2006 auch berechtigt für andere Familienkasse der mittelbaren Landesverwaltung deren Kindergeldfälle zu bearbeiten. Davon haben bisher 17 Dienststellen Gebrauch gemacht, sodass für annähernd 2.500 Berechtigte mit 3.700 Kindern dieser Dienststellen das Kindergeld bearbeitet und ausgezahlt wird.

Insgesamt wird durch die Familienkasse das Kindergeld für knapp 36.000 Berechtigte mit insgesamt 42.900 minderjährigen und 16.200 volljährigen Kindern bearbeitet.

Zurzeit sind mit der Bearbeitung 6, zum Teil teilzeitbeschäftigte Sachbearbeiter und 15,25 Vollzeitarbeitsplätze im Mitarbeiterbereich betraut.

Eine Sachbearbeiterin ist ausschließlich für die Bearbeitung von Einspruchsentscheidungen und sich evtl. anschließender Finanzgerichtsverfahren und die Bearbeitung von bußgeld- und strafsachenrechtlich relevanten Fällen zuständig.

Die abschließende Prüfung der ab 2012 neu eingeführten Anspruchsvoraussetzungen, hier insbesondere die Prüfung einer anspruchsschädlichen Erwerbstätigkeit nach einer ersten Ausbildung, ist in 1.600 Fällen vorgenommen worden.

Klageverfahren:

Zum 31.12.2013 waren bei ZBV 13 noch 13 Klageverfahren vor dem Finanzgericht in Bearbeitung. Hierin sind 14 Neuzugänge aus 2013 enthalten.

Bis zum Berichtstag wurden in 2013 insgesamt **19** Klageverfahren **erledigt.**

Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer (ZBV 14)

Migration des Statistischen Landesamtes zum 01.09.2013

Übernahme des Personals in das integrierte Verfahren wurde in 2013 abgeschlossen. Die nächste Staffel erfolgt zum 01.02.2014 mit dem Personal von drei rheinland-pfälzischen Ministerien (FM, ISIM und MIFKJF).

Statistik

Saisonale Schwankung der Fallzahlen zwischen 44.000 und 51.000 Fällen (Grund: Uni und Lehrerbereich). Arbeitsspitzen und Mehrbelastungen sollen durch organisatorische Maßnahmen abgepuffert werden: dies sind unter anderem der Aufbau der Qualitätssicherung sowie die zentralisierte Bearbeitung von Listen und speziellen Fallkonstellationen.

Fachliche Themen

- Tariferhöhungen u.a. zum 01.01. TV-L, TVK, Beschäftigte nach Besoldungsrecht; zum 01.03. bzw. 01.04. Wissenschaftliche Hilfskräfte,
- Aufbau Audit & Compliance (Plausi-Prüfungen),

- Schulung EEL (Entgeltersatzleistungen), Pilotversuch ab Mai 2013 → Ausrollen aufs Dezernat bis Ende Oktober 2013,
- Schwierigkeiten bei Einführung ELStAM → ca. 1.000 fehlerhafte Einträge monatlich, die in jedem Einzelfall geprüft und in Einzelfallentscheidung korrigiert werden müssen,
- Redesign Entgeltnachweis → vorgesehene Einführung des neuen Entgeltnachweises nach der Entgeltbescheinigungsverordnung → Januar 2014
- Prüfungen: DRV-, LSt- und LRH-Prüfung (Zulagen, Krankenbezüge)
- Besprechungen mit LBM → Schulungen zum Entgeltnachweis

Dezernat Reisekosten und Pfändungen/Schadensersatz (ZBV 15)

Reisekosten-, Trennungsgeld- und Umzugskostenbearbeitung

Übernahme neuer Zuständigkeiten

Zum 01.01.2013 wurde die Bearbeitung der Reisekosten und des Trennungsgeld von der Finanzschule und der FHFin in Edenkoben durch die Reisekostenstelle Koblenz übernommen.

Zum 01.08.2013 hat auch das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID) in Trier die Bearbeitung der Reisekostenangelegenheiten seiner Bediensteten auf die ZBV übertragen.

Zentrale Ticketbuchung

Im Verlauf des Jahres konnte der bisher auf den Bereich der OFD begrenzte Service einer zentralen Ticketbuchung (Bahn und Flug) auch den Dienstreisenden der Finanzämter zur Verfügung gestellt werden.

REIKA ZBV

Zur Kompensation des altersbedingten Personalrückgangs in den Reisekosten-Außenstellen wurde die Verbreitung der Anwendung REIKA ZBV in der Landesverwaltung in Angriff genommen. Dieses über das Internet zur Verfügung gestellte System erlaubt den Nutzern standortunabhängig die Erledigung aller im Zusammenhang mit Dienstreisen anfallenden Vorgänge (Antrag, Abschlagszahlung, Abrechnung). Neben einer Präsentation wurden für verschiedene Verwaltungsbereiche Testzugänge zur Verfügung gestellt.

Pfändungen und Abtretungen, Ersatzansprüche nach § 72 LBG

In einem Grundsatzurteil hat das Bundesarbeitsgericht am 17. April 2013 entgegen der bisher überwiegend im Schrifttum vertretenen Auffassung und der vorherrschenden Praxis entschieden, dass die Berechnung des pfändbaren Betrages bei gleichzeitiger Zahlung unpfändbarer Bezüge nach § 850a ZPO nach der Nettomethode zu erfolgen hat. Nachdem inzwischen das BMI im Einvernehmen mit den für das Recht der Amtsbezüge, das Besoldungsrecht und das Versorgungsrecht des Bundes zuständigen Referaten seines Hauses für die Bundesverwaltung die Anwendung der Nettomethode angeordnet hat, wird auch in Rheinland-Pfalz zukünftig die im Vergleich zur Bruttomethode verfahrenstechnisch erheblich aufwändigere Berechnung in allen Bezügebereichen durchgeführt werden.

Dezernat Beihilfe (ZBV 18)

Projekt RHESCABA (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung)

Die seit Projektbeginn (01.06.2011) zu beklagenden Schwankungen bei den EDV-Antwortzeiten konnten im Sommer 2013 durch verschiedene Maßnahmen (Einführung der 64-bit AFAM-Version, Wechsel auf Applikationsterminalserver im OFD-Cluster, geringfügige weitere Erhöhung der Großrechner-Leistung) beseitigt werden.

Trotz der technischen Probleme konnte dank des hohen Arbeitseinsatzes der Beschäftigten der Beihilfestelle eine zeitnahe Auszahlung der Beihilfen im gesamten Kalenderjahr 2013 gewährleistet werden.

Zentralisierung der Pflegefälle in der Beihilfestelle

Die zum 05.11.2012 vorgenommene Zentralisierung der Pflegefälle in anderthalb Beihilfe-Sachgebieten hat sich im Laufe des Jahres 2013 bewährt und zu einer Qualitätssteigerung bei der Bearbeitung geführt.

Telearbeit in der Beihilfestelle

Nach Einführung der papierlosen Beihilfebearbeitung unter RHESCABA hatte der rheinland-pfälzische Beauftragte für den Datenschutz der Telearbeit auch im Bereich der Beihilfe zugestimmt. Im Laufe des Jahres 2013 konnten elf Kollegen Telearbeitsplätze in der Beihilfestelle bewilligt werden. Einigen Kolleginnen wurde erst hierdurch eine Aufstockung der täglichen Arbeitszeit ermöglicht. Die neue Arbeitsform trägt maßgeblich zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

Arbeitskreis „Beihilfe“

Zur Ausarbeitung von Vorschlägen, wie bei der Beihilfefestsetzung eine effiziente und risikoorientierte Arbeitsweise sichergestellt werden kann, um die Vielzahl der täglich eingehenden Beihilfeanträge qualitativ und quantitativ weiterhin in einem angemessenen zeitlichen Zusammenhang zum Eingang zu bearbeiten, wurde ein Arbeitskreis „Beihilfe“ gegründet. Dieser setzt sich aus Mitarbeitern, Sachbearbeitern, einer Referentin des Beihilfedezernates und einem Vertreter des Beihilfereferates des Ministeriums der Finanzen zusammen.

Erste Vorschläge des Arbeitskreises konnten bereits in die tägliche Arbeit umgesetzt werden.

Elektronischer Regelwerkabgleich

Die drei Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz kooperieren auch beim weiteren Ausbau der elektronischen Systeme.

Im Rahmen des Projektes RHESCABA ist künftig auch der Einsatz von Prüfprogrammen vorgesehen, mit denen die Rechnungen der Leistungserbringer auf Konformität mit Gebührenordnungen und anderen Abrechnungsbestimmungen geprüft werden (sogenannter elektronischer Regelwerksabgleich).

Trotz umfangreicher Projekt-Zuarbeit durch Bedienstete der beteiligten Länder konnte die beauftragte Softwarefirma bisher leider noch kein lauffähiges Prüf-Referenzsystem installieren. Erst hiernach können die vorgesehenen Tests und Installationen in den einzelnen Bundesländern zur Implementierung der ersten Projektmoduls, der PZN-Prüfung, erfolgen.

Redesign des Beihilfeabrechnungsprogramms BABSY

Die technologische Basis von BABSY besteht immer noch aus einer aus heutiger Sicht veralteten Großrechneranwendung aus dem Jahre 1992. Es ist zu erwarten, dass künftig erforderlich werdende Anpassungen an Rechtsänderungen und die Einbindungen der Regelwerke nicht mehr technisch umgesetzt werden können.

Da auch die Kooperationsländer Nordhein-Westfalen und Hessen ähnliche Probleme haben, hat die Kooperation die gemeinsame Entwicklung bzw. Beschaffung eines neuen Fachverfahrens beschlossen.

Auch in diesem Teilprojekt haben in 2013 zahlreiche Arbeitsgruppensitzungen unter Beteiligung der ZBV stattgefunden.

Einziehung von Arzneimittelrabatten

Unter RHESCABA konnte schon sehr zeitnah ein Verfahren entwickelt werden, das einen weitgehend maschinellen Aufbau der für die Einziehung der Arzneimittel-Rabatte erforderlichen Datensätze erlaubt. Damit gehört die Beihilfestelle der ZBV zu den ersten öffentlichen Leistungsträgern, die die Rabatte in Anspruch nehmen konnte.

Bis einschließlich Januar 2014 wurden von der ZESAR GmbH - Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH - bereits rund 8,7 Millionen € an Rabatten an die ZBV überwiesen.

Dezernat Bescheinigende Stelle (ZBV 20)

Der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) umfasst die Direktzahlungen an Landwirte und Maßnahmen zur Regulierung der Agrarmärkte. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) beinhaltet die Programme der Mitgliedstaaten zur Entwicklung des Ländlichen Raums.

Das sehr hohe Mittelvolumen erfordert umfassende funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme, die gewährleisten, dass die Mittel ordnungsgemäß verwendet und vorschriftswidrige Zahlungen aufgedeckt und wieder eingezogen werden.

Entsprechenden Zahlungen an Begünstigte werden durch die Mitgliedstaaten mit Hilfe von nationalen oder regionalen Zahlstellen ausgeführt. Diese sind auch für die Aufstellung und die ordnungsgemäße Darstellung der Jahresrechnungen verantwortlich, was die Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines Internen Kontrollsystems bedingt. In Rheinland-Pfalz liegt die Leitung der Zahlstelle im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten.

Um eine angemessene Gewähr dafür zu haben, dass die der Kommission von der Zahlstelle vorgelegten Abschlüsse verlässlich, vollständig und korrekt sind und die internen Kontrollverfahren in zufrieden stellender Weise funktioniert haben, stellt die Bescheinigende Stelle eine Bescheinigung aus, in der sie erklärt, dass sie sich von diesen Bedingungen hinreichend überzeugt hat (VO [EG] Nr. 885/2006).

Diese Bescheinigung stützt die Bescheinigende Stelle auf eine Prüfung der Verwaltungsstrukturen und -verfahren sowie eine Stichprobe von Geschäftsvorgängen der Zahlstelle.

Jährlich wiederkehrende Tätigkeitsfelder:

- Erstellung des Jahresberichts und des Zertifikats der Bescheinigenden Stelle (als Resultat der Prüftätigkeiten)
- Stellungnahme der Bescheinigenden Stelle zur Zuverlässigkeitserklärung des Leiters der Zahlstelle

- Gesamtbewertung des internen Kontrollsystems der Zahlstelle für jede Grundgesamtheit jedes Fonds (im Jahresbericht integriert)
- Erstellung der Prüfstrategie
- Erstellung der Prüfvorgaben
- Kontakt mit externen Stellen zu Fragen und Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung (insbesondere Zahlstelle, Zuständige Behörde, BMELV)
- Allgemeine Leitungsaufgaben (z. B. Organisation)
- Überprüfung, ob die Zahlstelle die Zulassungskriterien (Internes Umfeld, Kontrollen, Information und Kommunikation, Überwachung, Sicherheit der Informationssysteme) erfüllt; hierbei werden auch Außenprüfungen in Bewilligungsstellen vorgenommen
- Prüfung operativer Vorgänge (Einzelfallprüfungen):
  2 Fonds à 3 Grundgesamtheiten à 10 Übereinstimmungsprüfungen
  2 Fonds à 3 Grundgesamtheiten à 78 bis 181 (je nach Risikoanalyse) vertiefte Prüfungen
- Durchführung von mindestens 40 Vor-Ort-Kontrollen
- Follow-up der Vorjahresempfehlungen
- Überprüfung bestimmter Tabellen der Zahlstelle (z.B. Abgleich zwischen den Monatsabschlüssen und den Jahreserklärungen des EGFL-Fonds)
- Überprüfung bestimmter Statistiken der Zahlstelle (z.B. Kontrollstatistik aus flächenbezogenen Vor-Ort-Kontrollen)

Dezernat ISC

Arbeitsschwerpunkte im Projekt IPEMA®/IPEMA®-Service-Center

IPEMA® steht für das Integrierte Personalmanagement und Bezügeabrechnungssystem, das in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung bereits jetzt eingesetzt wird bzw. zukünftig eingesetzt werden soll.

Projekt IPEMA® Phase 1

Zu Jahresbeginn 2011 wurde die Bezügeabrechnung vollständig auf ein SAP-Verfahren umgestellt, die Personalverwaltung folgte parallel (Geschäftsbereich der OFD) bzw. anschließend im Jahre 2012 (Lehrerpersonalverwaltung bei der ADD).

Projekt IPEMA® - Phase 2

In seiner Sitzung am 16.11.2011 hat der Lenkungsausschuss des Projekts IPEMA® den Start der sog. Phase 2 des Projekts beschlossen, die den Roll-out der Personalverwaltung in die noch nicht angeschlossenen Ressorts bzw. Dienststellen umschreibt. Dazu hat der Lenkungsausschuss die Projektleitung aufgefordert, die weiteren Arbeiten (Einbindung der AG der Personalreferenten, Ausschreibung weiterer Dienstleistungen pp) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen und dem ISC zu beginnen.

Das Roll-Out-Projekt hat noch im Jahre 2011 begonnen. In verschiedenen Staffeln sollen sukzessive über die nächsten Jahre hinweg die Personalverwaltungen der verschiedenen Ressorts in das Verfahren IPEMA® integriert werden. In einem ersten Schritt wurde die Personalverwaltung des Statistischen Landesamtes zum 30.08.2013 übernommen.

Im Frühjahr 2013 startete bereits das zweite Roll-Out-Projekt mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, dem Ministerium für Finanzen sowie dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Hier hat der Echtbetrieb am 31.01.2014 stattgefunden.

Die Staffel 3 des Roll-Out-Projekts mit dem Landesbetrieb für Mobilität (LBM) und dem Landesbetrieb für Daten und Information (LDI) hatte ihren Startschuss am 17.10.2013, hier ist der Echtbetrieb aktuell für den 29.06.2014 geplant.

IPEMA®-Service-Center

Dem IPEMA®-Service-Center (ISC) obliegt im Schwerpunkt die Aufgabe der Wartung und Weiterentwicklung des SAP-Systems sowie die Durchführung der monatlichen Abrechnungsläufe, aus denen u.a. die Bezügezahlungen an die Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz resultieren.

Neben den regelmäßigen Systemupdates wurden im Jahre 2013 mehrere markante Weiterentwicklungen in das bestehende System implementiert. Beispielhaft seien hier erwähnt:

- Verfahren zur Übertragung der elektronischen Steuerabzugsmerkmale ELStAM
- Implementierung des Tools „audit & compliance“ zur Plausibilisierung von Dateneingaben, dessen Ausbau stetig weiter verfolgt wird
- Überweisungsverfahren Single Euro Payments Area (SEPA)
- Elektronische Meldeverfahren für Entgeltersatzleistungen (EEL)
- Umsetzung des Landesbesoldungsgesetzes (in Kraft getreten zum 01.07.2013)
- Umsetzung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes (in Kraft getreten zum 01.07.2013)
- Bezügeanpassung zum 01.01./01.07.2013
- Diverse Tarifanpassungen für unterschiedliche Tarifverträge zu unterschiedlichen Stichtagen
- Automatisierung der Erstellung von Vergleichsmitteilungen
- Implementierung eines neuen Formulars für Entgeltnachweise
- Pilotierung eines Bruttoreport für die Bezügedezernate der ZBV

ABTEILUNG BUNDESBAU (ABB)

Baumaßnahmen für den Bund

Das Jahr 2013 war in erster Linie durch die Auswirkungen der Stationierungsentscheidung im Bereich BMVg (Bundesministerium der Verteidigung) geprägt.

Im Einzelnen ging es um die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr am Standort Idar-Oberstein für den Umzug des Artillerie Bataillons 345 von Kusel nach Idar-Oberstein, da beschlossen wurde, den Standort Kusel nicht länger zu betreiben.

Entsprechende Verlegungskonzepte und Machbarkeitsstudien mit detaillierten Aussagen zur Umnutzung der Bausubstanz und entsprechenden Kostenansätzen waren innerhalb kürzester Zeit zu erstellen. Dieser Auftrag entpuppte sich bereits nach kürzester Zeit für die zuständige Niederlassung des Landesbetriebes LBB als große Herausforderung. Ein hohes Maß an baufachlichem Sachverstand und Kreativität im Umgang mit den Regularien war gefragt.

Ebenfalls wurde die Bauverwaltung mit der Zwischenunterbringung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in der Deines-Bruchmüller-Kaserne und der Wehrtechnischen Dienststelle 51 beauftragt, wobei auch hier bis zum Ende des dritten Quartals 2014 ca. 650 neue Arbeitsplätze errichtet werden müssen.

Langfristig sollen jedoch diese Arbeitsplätze auch in der Liegenschaft des ehemaligen BWB im Stadtteil Koblenz-Rauental integriert werden. Die Vorbereitungen für diese Zielunterbringung wurden ebenfalls in 2013 begonnen.

Gleichzeitig erteilte das BMVg den Auftrag eines Ausbau- und Entwicklungskonzeptes für das Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz (BwZKh).

Viele medizinische Abteilungen des BwZKh sind mittlerweile in die Jahre gekommen oder die funktionalen Bezüge innerhalb des Gesamtkomplexes der Klinik stimmen nicht mehr. Hier soll das beauftragte Ziel- und Ausbaukonzept aufzeigen, wie unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen langfristig mit der vorhandenen Bausubstanz umzugehen ist.

Vorweg genommen wurde hier die Einrichtung einer Kindertagesstätte zur Schaffung eines Betreuungsangebotes für die Kinder der Bediensteten des Bundeswehrzentral-

krankenhauses. Im August 2013 erfolgte der Spatenstich unter Beteiligung des parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey (BMVg). Das Bauvolumen beträgt 2,7 Mio. Euro.

Baumaßnahmen für die amerikanischen Gaststreitkräfte

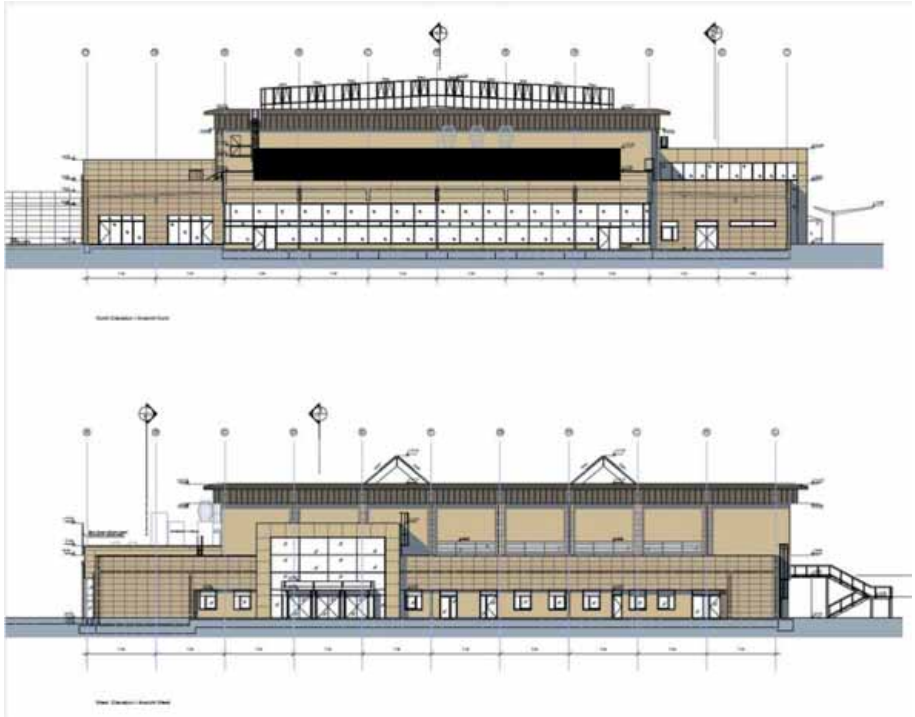
Gemäß Artikel 49 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA NTS) werden Baumaßnahmen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Gaststreitkräfte durch die für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden durchgeführt.

Wie bereits in den Jahren zuvor, machten auch in 2013 die für die US-Gaststreitkräfte abgewickelten Baumaßnahmen den größten Anteil des für den Bundesbau in Rheinland-Pfalz umgesetzten Bauvolumens aus.

Eine Vielzahl der in 2013 bearbeiteten Maßnahmen war noch in der planerischen Vorbereitung. Als größte und wichtigste Maßnahme ist hierbei der im Bereich der Air Base Ramstein vorgesehene Neubau des Hospitals Weilerbach mit einem derzeit geplanten Investitionsvolumen von rd. 641 Mio. Euro zu nennen. Ebenfalls zu erwähnen ist hier auch das nach neuen US-Schulbaustandards - 21 Century Learning - auf verschiedenen US-Liegenschaften in Rheinland-Pfalz umzusetzende US-Schulbauprogramm mit insgesamt 14 Schulen und einem derzeit geplanten Investitionsvolumen von rd. 650 Mio. Euro.

Für das Hospital Weilerbach konnten die Untersuchungen und Studien für die umfangreiche und auch sehr komplexe Umweltverträglichkeitsprüfung noch in 2013 abgeschlossen werden. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung erfolgte die Offenlage der Unterlagen im Oktober / November 2013.

Als eine in 2013 fertiggestellte Maßnahme ist das neue und hochmoderne Fitness Center auf der Airbase (AB) Spangdahlem zu nennen, das das mit 61 Jahren veraltete, bisherige Trainingszentrum ersetzt. Die Baukosten des neuen Fitness Centers, welches den US Air Forces in Europe (USAFE) in einer feierlichen Zeremonie am 13. Januar 2014 übergeben wurde, lagen bei rd. 15 Mio. Euro.



Baupläne Fitness-Center.

Im November 2013 wurde der Auftrag für den auf der AB Ramstein zu errichtenden Flugsimulator für C 130 – Flugzeuge erteilt, ansonsten sind diverse Arbeiten an den Flugverkehrsflächen sowie Truppenunterkünfte, Kindergarten – teils in Planung, teils in Bauausführung - zu nennen.

Darüber hinaus beteiligt sich die Abteilung Bundesbau umfangreich an „Bauen für die Gaststreitkräfte" betreffender Grundsatzarbeit und unterstützt hierbei das für Bau zuständige Bundesministerium.

HAUSHALTSANGELEGENHEITEN 2013

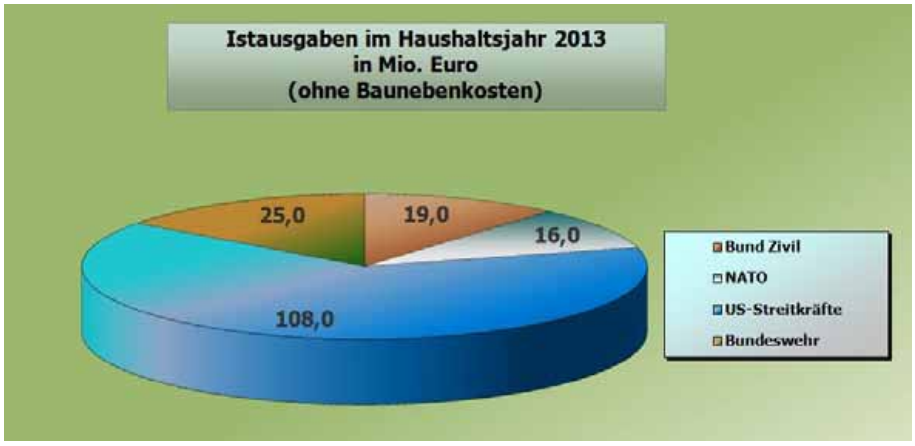
Die Bauausgaben für Maßnahmen des Bundes in Rheinland-Pfalz liegen in 2013 bei rd. 168,0 Mio. € und somit rd. 4,0 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Es befinden sich derzeit zahlreiche Großprojekte in Vorbereitung, die umfangreiche Planungsleistungen verursachen, die aber noch zu keinen Bauausgaben geführt haben. Den größten Anteil an den Bauausgaben bilden erneut die Baumaßnahmen für Gaststreitkräfte mit rd. 108,0 Mio. € Bedingt durch verstärkte Bautätigkeiten und angekündigte Großaufträge der US-Streitkräfte, ist hier in den nächsten Jahren weiterhin mit einem höheren Bauvolumen zu rechnen, dass es für die Bauverwaltung umzusetzen gilt. Im besonderen Fokus steht hier die Neubaumaßnahme US-Hospital-Weilerbach, mit einem Bauvolumen von ca. 641 Mio. €. Baubeginn für die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen ist nach den Rodungsarbeiten vorgesehen, die im Februar 2014 durchgeführt wurden. Baubeginn für Hochbauarbeiten der Klinik ist in 2016, Bezugsfertigstellung und Nutzungsbeginn für das US-Hospital ist derzeit für 2021 eingeplant.

Bauausgabenentwicklung seit 2006

2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
272	224	243	235	230	213	172	168

Einen weiteren Schwerpunkt bei den Bauausgaben bilden die Baumaßnahmen für die Bundeswehr. Die Ausgaben für große und kleine Baumaßnahmen sowie für Bauunterhalt liegen hier bei rd. 25,0 Mio. €. Auch im Hinblick auf die Strukturreform der Bundeswehr ist die Bauverwaltung in hohem Maße gefordert, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verausgaben.

Die Bauausgaben für NATO-Baumaßnahmen betragen rd. 16,0 Mio. €. Bei den Zivilen Baumaßnahmen des Bundes verbuchen wir in 2013 Bauausgaben von rd. 19,0 Mio.



Herausgeber

Oberfinanzdirektion Koblenz
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Tel.: 02 61/49 32-0
Fax: 02 61/49 32-3 67 40
E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de

Koordination

Pressestelle

Layout und Satz

Peter Haag (Pressestelle)

Druck

PRINZ-DRUCK
Print Media GmbH & Co KG
Felsenmühlstraße 15
55743 Idar-Oberstein

Bildnachweise

Titel: Foto: © Luc Lombardo/fotolia.com
S. 12: Foto: © Maiha/pixelio
S. 23: Foto: © meschike/fotolia.com
S. 31: Foto: © mpixs/fotolia.com
S. 52: Foto: © bilderbox/fotolia.com
S. 59: Foto: © Klaus Rein/fotolia.com
S. 67: Foto: © Ktsdesign/fotolia.com
S. 103: Foto: © Siegfried_Fries_bikemen/pixelio
S. 116: Foto: © Architekturbüro Baurconsult Darmstadt

Oberfinanzdirektion Koblenz
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Telefon: 02 61/49 32-0
Telefax: 02 61/49 32-3 67 40
E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de
Internet: www.fin-rlp.de